

lvb inform

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

- **Die Antworten der BKSD-Spitze auf die Fragen der LVB-Mitglieder zur Bildungsharmonisierung**
Bericht von der DV/MV vom 02. April 2014
- **Anspruchsvolle Aufgaben erfordern Ressourcen!**
Der Bedarf angehender 6.-Klass-Lehrpersonen
- **Werden Sie pensioniert?**
Bleiben Sie beitragsfrei LVB-Mitglied und profitieren Sie!
- **Früh fremd? Honni soit qui mal y pense**
Zur aktuellen Lage der Fremdsprachendebatte

Nachdenken über HarmoS



Liebe Leserin, lieber Leser

114 Millionen Defizit – dies die aktuelle unerfreuliche Prognose für den Staatshaushalt 2014 des Kantons Baselland. Sie wäre noch viel schlechter herausgekommen, wäre nicht den Fachlehrerinnen und Fachlehrern der Sekundarstufen I und II eine zusätzliche Pflichtstunde aufgebürdet worden. Obwohl dies von den rund 180 Sparmassnahmen des Entlastungspakets 2012-15 eine der wenigen ist, die tatsächlich zu nennenswerten Einsparungen führt, ist es dennoch weiterhin die BKSD, die als Kostentreiber im Kanton am Pranger steht. Inzwischen kennen wir den Hauptgrund: Die Integrative Schulung hat nicht etwa, wie ursprünglich erhofft, zu einem Rückgang der separativen Sonderschulung geführt, sondern einfach einen neuen Budgetposten eröffnet. Dumm gelaufen.

Viel Geld wurde aber auch in die Schulung der Primarlehrkräfte für den Frühfremdsprachenunterricht sowie in den Umbau des Schulsystems auf 6/3 gesteckt. Der LVB kritisiert es natürlich nicht, wenn Reformen finanziell angemessen ressourciert werden, hat er doch genau das immer gefordert. Aber mit Bildungsreformen verhält es sich eben auch nicht anders als mit Bauprojekten: Im Lauf der Durchführung stösst man auf versteckte oder übersehene Kosten

sowie neue Notwendigkeiten. Nun sollen sich also die Mittelstufenlehrkräfte der Primarschulen auf das 6. Schuljahr vorbereiten (was man bei der Planung der Bildungsharmonisierung «übersehen» hatte), und die Lehrkräfte der Sek I sollen befähigt werden, Kombifächer zu unterrichten (neue Ansprüche aufgrund des Lehrplans 21), für die sie nur teilweise ausgebildet wurden.

Die Lehrkräfte sowohl der Mittelstufe wie auch der Sek I bräuchten für ihre zusätzlichen Aufgaben vor allem eines: Zeit! Doch obwohl für Weiterbildungs-massnahmen und die Umsetzung des Lehrplans 21 über 30 Millionen Franken eingestellt wurden, ist für Entlastungen angeblich kein Geld vorhanden. Davon, dass Weiterbildungen in einem derartigen Ausmass nicht ohne anderweitige Entlastungen möglich sind, will die BKSD noch immer gerade gar nichts wissen, obwohl sich auch in der Bildungsverwaltung die Überstunden türmen. Gewerkschaftliches Denken scheint der einzigen sozialdemokratisch geleiteten Direktion des Kantons leider fremd (geworden) zu sein. Stattdessen betont der Bildungs-direktor gerne auch öffentlich, mit wie viel Engagement, Motivation, Professionalität und Loyalität seine Mitarbeitenden eine ständig wachsende Aufgabenmenge bewältigen würden. Sicherlich spricht daraus auch seine aufrichtige Anerkennung. Aber ist sich der ehemalige VPOD-Gewerkschaftssekretär Urs Wüthrich-Pelloli bewusst, dass er damit im Grunde genommen seiner Freude darüber Ausdruck verleiht, wie willfährig sich seine Untergebenen ausbeuten lassen?

Die Erkenntnis, dass man es sich in finanziell so schwierigen Zeiten schlicht nicht leisten kann, derart gewaltige Bildungsreformen zu stemmen, reift in der kantonalen Politik erst jetzt langsam heran. Für eine Rückkehr auf Feld eins ist es inzwischen viel zu spät. Die Frühfremdsprachen und die Integrative Sonderpädagogik sind eingeführt, die Umstel-

lung auf 6/3 weitgehend durchorganisiert, und die Einführung des Lehrplans 21 wohl nur noch eine (wenn auch gewichtige!) Frage der Zeit. Da steht eine Initiative zum Austritt aus dem HarmoS-Konkordat auf den ersten Blick doch recht quer in der Landschaft. Macht es zu diesem Zeitpunkt also überhaupt noch Sinn, über einen HarmoS-Austritt nachzudenken?

Ich persönlich meine ja. Spätestens dann, wenn wir in einigen Jahren merken sollten, dass ein Teil der heute aufgegleisten Reformen sich nicht bewährt, müsste die Möglichkeit erhalten bleiben, Änderungen vorzunehmen. Diese Überlegung sollte den Stimmberechtigten deutlich gemacht werden. Sie sollen entscheiden, ob sie weiterhin der Meinung sind, die Bildungsharmonisierung als übergeordnetes Ziel (von dem wir ohne die Vereinheitlichung der Fremdsprachenreihenfolge allerdings noch weit entfernt sind) sei so wichtig, dass sie dafür auch unsinnige Reformelemente wie beispielsweise die neuen Kombifächer mittragen möchten, oder ob sie eine Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme mit gewissen kantonal bestimmten Ausnahmen (vergleichbar mit dem bilateralen Weg der Schweiz mit der EU) nicht doch als das sinnvollere Vorgehen ansehen.

Aus diesem Grund vertrete ich weiterhin die Ansicht, dass der Austritt aus dem HarmoS-Konkordat zur Debatte stehen darf und auch stehen soll. Wenn Sie es ähnlich sehen, bitte ich Sie darum, dazu beizutragen, dass die HarmoS-Austrittsinitiative zustande kommt. Ein Unterschriftenbogen liegt diesem Heft bei.

Michael Weiss,
Präsident ad interim LVB

Inhalt

- 2 Editorial: Nachdenken über HarmoS
Von Michael Weiss
- 3 Inhalt/Impressum
- 4 Die Antworten der BKSD-Spitze auf die Fragen
der LVB-Mitglieder zur Bildungsharmonisierung
Von Gabriele Zückert
- 10 Protokoll der ausserordentlichen DV vom 27. Mai 2014
Von Gabriele Zückert
- 12 Anspruchsvolle Aufgaben erfordern Ressourcen!
Von Renato Angst, Präsident PLK
- 14 Nachruf auf Walter Müller
Von Max A. Müller, Ehrenpräsident LVB
- 15 Herzlichen Dank und alles Gute, Christoph Straumann!
Von Heinz Bachmann
- 16 Der Neue hat das Wort – Gedanken vor dem Amtsantritt
Von Philipp Loretz
- 19 Werden Sie pensioniert? Bleiben Sie beitragsfrei LVB-Mitglied!
Von Michael Weiss
- 20 Zwei Klarstellungen dank dem LVB
Von Michael Weiss
- 22 Arbeits- und Vertragssituation an den Baselbieter Musikschulen
Vom Vorstand des LMS
- 25 Früh fremd? Honni soit qui mal y pense
Von Roger von Wartburg
- 34 Zwei Erfahrungsberichte zum Frühfremdsprachen-Unterricht
- 36 Strichwörtlich
Von Hanspeter Stucki
- 38 Das pädagogische Quartett
Von Michael Weiss
- 40 Perlenfischen
Von Roger von Wartburg
- 46 LVB-Informationen
- 48 «Bekenntnisse des Schulentwicklers Felix Walldorf» – Dritter Teil
Eine Fortsetzungsgeschichte von Michael Weiss
- 50 Der letzte Schrei: Herr Von Arx im Elektrodiscounter
Von Roger von Wartburg

Impressum

lvb.inform 2013/14-04
Auflage 2700
Erscheint 4-5-mal jährlich

Herausgeber

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
4133 Pratteln
Kantonalsektion des Dachverbands
Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
LCH
Website: www.lvb.ch

Redaktion

LVB-Geschäftsstelle per Adresse
Michael Weiss
Sonnenweg 4, 4133 Pratteln
Tel 061 821 50 21
michael.weiss@lvb.ch

Abonnemente

Für Mitglieder des LVB ist das
Abonnement von lvb.inform im
Verbandsbeitrag enthalten.

Layout

Schmutz & Pfister, Grafik und Design
www.schmutz-pfister.ch

Gestaltung, Lektorat, Textumbruch, Bilder

Roger von Wartburg

Druck

Schaub Medien AG, 4450 Sissach

Die Antworten der BKSD-Spitze auf die Fragen der LVB-Mitglieder zur Bildungsharmonisierung

Von Gabriele Zückert



Anlässlich der Delegierten- und Mitgliederversammlung des LVB vom 02. April 2014 stellten sich die Verantwortlichen der BKSD den vielfältigen, im Vorfeld der Veranstaltung gesammelten Fragen der LVB-Mitglieder zu den verschiedenen Bereichen der Bildungsharmonisierung. Ihre Antworten sowie Rückfragen und Reaktionen aus dem Publikum sowie seitens der LVB-Geschäftsleitung sind in diesem Artikel protokolliert. Es wird bewusst darauf verzichtet, nachträglich weitere Kommentare, welche nicht an jenem Abend geäußert wurden, hinzuzufügen und abzu- drucken. Die Leserschaft möge sich anhand der getätigten Äusserungen ihr eigenes Bild machen.

Michael Weiss (MW) moderiert das Traktandum und erläutert eingangs den Ablauf: Es gibt 6 Themenblöcke: «HarmoS allgemein», «Pädagogische Kooperation», «Fort- und Weiterbildung», «Sozialisation/Integration», «Unterricht» und «Laufbahn».

Zu den Antworten auf die Fragen jedes Themenblocks sollen die Mitglieder ihr Feedback abgeben, wofür sie am Eingang einen **Feedbackbogen** erhalten haben. Einem **Ampelsystem** entsprechend kann pro Themenblock eine von drei Farben gewählt werden, welche die folgende Bedeutung hat:

Grün: In diesem Bereich schliesse ich mich den Vorstellungen der BKSD mehrheitlich an.

Orange: In diesem Bereich bleiben wesentliche Fragen unbeantwortet.

Rot: In diesem Bereich geht die Bildungspolitik in eine falsche Richtung.

MW betont, es sei möglich, dass aus Zeitgründen nicht alle Fragen beantwortet werden können, da der Katalog sehr umfangreich sei. Bildungs- direktor Urs Wüthrich-Pelloli (UWP), Alberto Schneebeli (AS), Projektleiter Bildungsharmonisierung, sowie Thomas von Felten (TvF), Mandatsleiter Bildungsharmonisierung SekI und Schulleiter der Sekundarschule Pratteln, beantworten die ihnen gestellten folgenden Fragen.

A) HarmoS allgemein

MW schlägt vor, die ersten zwei Fragen zusammen zu beantworten.

1. Welche Mobilitätshindernisse konnten dank HarmoS in der Zwischenzeit aus der Welt geschafft werden?
2. Was rechtfertigt den Begriff «Harmonisierung», wenn der einzig wirklich eklatante Unterschied zwischen den Kantonen – die Reihenfolge der Fremdsprachen – bestehen bleibt?

UWP: Wichtig sei, dass die Grundkompetenzen durch vereinheitlichte Stundentafeln verstärkt würden. Fest stehe nur der Start der Fremdsprachen, nicht aber die Reihenfolge.

MW hakt nach und fragt, ob es denn früher für ein Kind schwieriger gewesen sei, von einem Kanton in den anderen zu ziehen.

UWP: Das sei nicht jetzt zu beantworten. Dies solle man dereinst seine Nachfolgerin oder seinen Nachfolger fragen.

3. Die Umstellung auf 6/3 kostet insbesondere die Gemeinden viel Geld (Gruppenräume in den Schulhäusern, mehr Computer, ICT-Verantwortliche, neue Lehrmittel, Erweiterungen von Sammlungen, zusätzliche Einrichtungen in den Werkräumen, neue Spezialräume). Welchen Gegenwert erhalten die Steuerzahlenden dafür?

UWP: In der Landratsvorlage werde das 6. Schuljahr den Gemeinden fair abgegolten. Die ICT-Vorlage werde jetzt umgesetzt. Gruppenräume seien bereits heute Realität. Dieses Thema habe sich unabhängig davon entwickelt. Der Strukturwandel sei eine Möglichkeit, Betriebskosten zu senken. Dies werde dem Sparauftrag der BKSD angerechnet.

4. Wieso waren die Bildungs- harmonisierungs-OLs so angelegt, dass pro Posten jeweils maximal 2-3 Minuten für Fragen zur Verfügung standen? Oder anders gefragt: Warum besteht der Bildungs- harmonisierungs-OL nur aus Frontalunterricht?

UWP: Bei ihm sei der Input maximal zehn Minuten gewesen, in der Zwischenzeit sei eine Vorgabe von nur fünf Minuten für das Inputreferat gegeben.

AS: Diskussionszeit müsse geschützt werden.

5a. Welche Schlüsse zieht die BKSD aus der Tatsache, dass mehr als 1100 Lehrpersonen vor der Umsetzung des Lehrplans 21 eine Kurskorrektur bezüglich Kombifächer-Ausbildung fordern, weil sie einen Qualitätsabbau befürchten?

UWP: Dies sei ein schwieriges Thema innerhalb des Bildungsraums Nordwestschweiz, da man in einer Doppelrolle als Besteller und Abnehmer sei. Es werde intensiv diskutiert. Aber Wissen als Basis sei wichtig.

AS: Die Umstellung müsse nicht auf 2016 vollzogen sein. Er rechne mit einer Übergangsphase bis etwa 2021. Dann müssten genügend Lehrpersonen für die Kombifächer ausgebildet sein.

Roger von Wartburg (RvW) fragt nach, ob es für diese Übergangszeit eine klare kantonale Regelung geben werde, wer diese Kombifächer unterrichten dürfe und wer entscheide, wer an den einzelnen Schulen die Kombifächer übernehme.

AS: Es gelte das Primat des Lehrplans. Anfangs sei es sicher möglich, dass die Kombifächer von zwei verschiedenen Lehrpersonen unterrichtet würden. Aber der Druck nehme sicherlich zu, dass bis 2021 nur noch die neu ausgebildeten Lehrpersonen dafür eingesetzt werden.

MW will wissen, was dann mit älteren Lehrpersonen passieren werde. Ob es eine entsprechende Weiterbildung geben werde.

AS: Die Fortbildungsangebote kämen noch nicht gerade auf den Markt. Die PHs könnten ein Grundangebot bzgl. Facherweiterungen machen. Dieses werde sukzessive eingeführt gemäss Bedarf der Schulleitungen. Der Projektausschuss Bildungsharmonisierung beschäftige sich mit diesem Thema. Es stünden ja im Bereich E des Berufsauf-

trags 2% der Jahresarbeitszeit für Weiterbildungen zur Verfügung. Die Weiterbildung müsse nicht in einem Jahr geleistet werden, sondern könne auf mehrere Jahre verteilt werden.

MW fragt nach, ob wirklich keine «Kurzkürsli» angeboten würden, sondern reguläre Facherweiterungen gemeint seien.

AS: Dem sei so, wenn auch nicht ohne Ausnahmen.

MW fragt, ob es wirklich nötig sei, diejenigen Sek-I-Lehrkräfte, welche den konsekutiven Lehrgang absolviert haben und nur zwei Fächer unterrichten können, mit der Einreihung in eine tiefere Lohnklasse abzustrafen?

UWP: Es gebe einen Widerspruch zwischen Ansprüchen der Schulorganisation, die eher in die Breite gehe und Lehrpersonen mit hohen Ansprüchen. Das Thema sei bei der Aktualisierung der Modellumschreibungen traktandiert.

5b. Welche Schlüsse zieht die BKSD aus der Tatsache, dass gerade einmal 22.4% der Teilnehmenden einer LVB-Umfrage sich gegen einen HarmoS-Austritt aussprechen?

UWP: Er sei froh um diese Leute. Es gebe eine Ambivalenz zwischen dem Anspruch der Mitwirkung und dem Anspruch, fertige Lösungen präsentiert zu bekommen. Die Anstrengungen für einen direkten Dialog seien da. Politisch habe er einen klaren Auftrag, der aber nur gelingen könne, wenn man viele gewinnen könne.

MW meint, dass es da offensichtlich noch einiges zu tun gebe.

6. Die meisten Kantone planen die Einführung des Lehrplans 21 nicht vor 2017/18. Der Kanton BL hat den Lehrplan 21 in der vorliegenden Form zurückgewiesen. Trotzdem will BL den LP21 bereits 2015/16 einführen. Wie passt das zur BKSD-Lösung «Sorgfalt vor Tempo»?

UWP: Dieses Motto werde bei Fremdsprachen und Integration bereits gelebt. Die Einführung des Lehrplans 21 auf 2015/16 sei kein Dogma. Am 30. Juni 2015 werde es eine Stellungnahme geben.

MW moniert, dass dann also über die Sommerferien entschieden werde.

UWP: Die materielle Beurteilung des definitiven Lehrplans stehe noch bevor. Man suche Verbündete.

Publikumsfrage: Ob man mit einer Ausbildung an jeder PH auch überall werde arbeiten können.

UWP: Die unterschiedlichen Ausbildungen seien schweizweit anerkannt.

Publikumsfrage: Ob es stimme, dass für die Kombifächer eine fachliche Weiterbildung im Umfang von weniger als einem CAS geplant sei. Es solle überall Lehrer drin sein, wo Lehrer draufstehe.

AS: Auf 2016 gebe noch keine Lösung, da man nicht hetzen wolle. Eine Erweiterung um 25 ECT-Punkte entspreche der Vorlage. Taugliche Lösungen existierten noch nicht, würden aber im Projektausschuss diskutiert.

LCH-Präsident Beat W. Zemp ergänzt, es gebe eine EDK-Arbeitsgruppe, die die Anerkennung der Kombifächer diskutiert. Erst wenn es eine EDK-Lösung gebe, werde bei den Kantonen nach Lösungen für die Ausbildung gesucht. Aufgabe sei es, Schnellbleichen durch ein Anerkennungsreglement zu verhindern.

Die Auswertung des Feedbacks der Anwesenden zum Themenblock «HarmoS allgemein» ergab folgendes Resultat:

Grün: 3%
Orange: 52%
Rot: 45%

B) Pädagogische Kooperation

1. Die BKSD hat eine Broschüre zur pädagogischen Kooperation herausgegeben, die die Freiheit von Ort und Zeit der

Unterrichtsvor- und Nachbereitung massiv einschränkt und den Berufsauftrag grundsätzlich unterwandert. (direkt an UWP gerichtet) Am 2. Dezember 2013 haben wir Sie gebeten, zu deklarieren, welcher Auftrag an die Schulen mit dieser Broschüre verbunden ist. Seither haben Sie uns vier Mal eine entsprechende Aussage in Aussicht gestellt. Können Sie diese Aussage jetzt machen?

UWP: Pädagogische Kooperation sei eine aktuelle Notwendigkeit. Die Broschüre sei ein Denkanstoss mit guten Beispielen, keine verbindliche Weisung.

2. Der Berufsauftrag ist bereits vor der weiteren Umsetzung von HarmoS und Lehrplan 21 massiv überlastet. Woher soll die Zeit für die Verwirklichung der Pädagogischen Kooperation kommen?

TvF: Er habe an dieser Broschüre mitgearbeitet. Sie sei ein Denkanstoss und solle helfen, Zusammenarbeit als Thema auf den Tisch zu bringen. Viele Schulen hätten schon eine ausgezeichnete Praxis, auch in Pratteln. Als Schulleitung stelle sich die Frage, in welcher Form man die pädagogische Kooperation verbindlich erklären solle. Er sei überzeugt, dass durch Teamarbeit Zeit gewonnen werden könne.

MW: Bei der Einführung sei aber eine Mehrbelastung zu erwarten. Ob das in dieser Phase klug sei.

TvF: Neue Sachen sollte nicht jede Lehrperson alleine angehen, sondern in Kooperation. Schulen müssten aber in kleinen Schritten anfangen.

3. Der Kanton BL rühmt sich, als Arbeitgeber das Vereinbaren von Beruf und Familie zu fördern. Die Inhalte der Broschüre «Pädagogische Kooperation» rufen aber durch

massiv erhöhte Präsenzzeiten genau das Gegenteil hervor: Lehrpersonen im Teilpensum und/oder im Jobsharing werden so tendenziell aus der Erwerbsarbeit gedrängt. Wie rechtfertigen das die Auftraggeber der Broschüre?

TvF: An seiner Schule gebe es ausser zwei Stunden Konventszeit keine weiteren Präsenzzeiten. Für das Prattler Schulentwicklungsprojekt «Lernlandschaften» sei aber zusätzliche Kooperation nötig. Zeit und Ort könne man selber bestimmen. Er sei überzeugt, dass man so Lehrberuf und Familie unter einen Hut bringen könne. So viel werde sich nicht ändern.

4. Rechtfertigen Sie die Tatsache, dass nun an einigen Schulen den Lehrkräften vorgeschrieben wird, wann und mit wem sie in pädagogischen Teams zusammenzuarbeiten haben, mit der Teilautonomie der Schulen? Was steht höher, die gesetzlich festgehaltene Grundlage der Methodenfreiheit und der Grundsatz, Ort und Zeit der Vor- und Nachbereitung selbst wählen zu dürfen, oder die pädagogische Weisungsbefugnis der Schulleitungen? Wie weit kann eine Schule den Berufsauftrag im Bereich B ritzen?

UWP: Der Anteil der individuellen Vor- und Nachbereitung könne nicht auf null gehen. Das wäre nicht im Sinn des ursprünglichen Gedankens. Sitzungen und Absprachen fielen an, auch fixe Termine. Für Teilzeitbeschäftigte müsse mitgedacht werden. Die Schulleitung könne nicht mit einem Modell kommen ohne vorherige Mitwirkung der Lehrpersonen. Der Schulrat müsse das Schulprogramm ja auch noch genehmigen.

AS: §58 des Bildungsgesetzes beinhalte, dass die Lehrperson viel Gestaltungs-

raum habe, den sie auch brauche. Mikrosteuerung ergäbe sicher schlechte Ergebnisse. Man könne da unglaublich viele Fehler machen. Man müsse fokussieren und nicht zu viel anreissen. Die Broschüre fokussiere auf gute Beispiele. Sie sei eine Hilfe und nicht eine Aufforderung.

RvW sagt, es sei eine Selbstverständlichkeit, dass Lehrpersonen zusammenarbeiten müssten. Es sei aber in diesem Kontext eine Frage des Masses und der Formalisierung. Auf seine Nachfrage zu diesem Thema im Rahmen der Arbeitsgruppe «Arbeitszeit der Lehrpersonen» habe die AVS-Vertretung explizit bestätigt, dass auch 100% verordnete Vorbereitung im Team je nach Schule eine Möglichkeit darstelle.

TvF: Nein, das sei nicht möglich.

RvW: Die Lehrpersonen sind die einzige nichtselbständige Arbeitsgruppe, die ihre Büro-Infrastruktur selber unterhält und bezahlt. Mehr Präsenzzeit an den Schulen würde gewaltige Investitionen in die Infrastruktur vor Ort erforderlich machen. Dabei müsse ja jetzt schon überall gespart werden. Das gehe unmöglich auf.

LCH-Vertreter Jürg Brühlmann ergänzt, wichtig sei, womit man die Teamarbeit fülle. Die rote Linie sei dann überschritten, wenn man Vorbereitungszeit für die Umsetzung von neuen Projekten einsetze.

Die Auswertung des Feedbacks der Anwesenden zum Themenblock «Pädagogische Kooperation» ergab folgendes Resultat:

Grün: 3%
Orange: 41%
Rot: 56%

C) Fort- und Weiterbildung

1. Für die Verschiebung des 6. Schuljahres an die Primarschulen müssen die Primarschullehrpersonen etliche einmalige Aufwände leisten: Einarbeiten

in das neue Fach IKT, Umstellen auf kompetenzorientierten Unterricht und Bewertung, Stoff des 6. Schuljahrs in allen Fächern im Selbststudium aneignen, neues Material kennenlernen, Räume einrichten und den noch nie erteilten Unterricht vorbereiten. Welche zeitlichen und finanziellen Mittel wurden dafür eingestellt?

AS: Die Politik hat Ressourcen bereitgestellt, 12.5 Mio. für das Sprachenkonzept. Andere Kantone stünden da viel schlechter da. Für die Umstellung auf 6/3 stünden 13.5 Mio. und zusätzlich 4 Halbtage als Übergangsmassnahme zur Verfügung. Die BKSD musste zur Kenntnis nehmen, dass Arbeitsressourcen entzogen wurden durch die 5. Ferienwoche (Streichung der schulinternen Weiterbildungen vor Ostern). Für die Umsetzung auf das 6. Schuljahr stünden 2 Tage pro Jahr schulinterne Weiterbildung, 2% der Jahresarbeitszeit, aber keine finanziellen Ressourcen zur Verfügung.

2. Was spricht dagegen, den Unterricht in den neuen Kombifächern des Lehrplans 21 (v.a. «Natur und Technik» sowie «Räume, Zeiten, Gesellschaften») auf mehrere Lehrpersonen zu verteilen, die jeweils für ein Teilfach (oder deren zwei) fundiert ausgebildet worden sind? Weshalb soll das schlechter sein als die geplanten Nachqualifikationen mit geringerem Umfang als ein CAS?

AS: Anfangs könnten zwei Lehrpersonen das Fach unterrichten, später nicht mehr.

3. Wurden die Abnehmer (Lehrbetriebe wie z.B. die regionalen Pharma-Unternehmen, weiterführende Schulen) jemals gefragt, ob ein Zusammenlegen der traditionellen

Fächer zu «Sammelfächern» von ihrer Seite erwünscht ist?

UWP: Die Wirtschaft sei in Bildungsrat vertreten. Vor allem die Wirtschaftskammer habe zur Diskussion beigetragen. Was genau gesagt würde, dürfe er nicht sagen wegen des Kommissionsgeheimnisses.

4. Wird die Fortbildung zum Lerncoach (CAS von der FHNW) vom Arbeitgeber bezahlt (inkl. zeitliche Entlastung)? Können auch nicht ausgebildete Lehrkräfte als Lerncoaches eingesetzt werden?

TvF: Es müsse eine Lehrperson sein, die eine Ausbildung auf Sek I habe und als Klassenlehrperson unterrichte. Es sei ein CAS. Der Lerncoach begleite Schüler und Schülerinnen in selbstgesteuertem Lernen. Zeitliche Entlastung gebe es keine.

Publikumsfrage: Wann sie als Fremdsprachenlehrperson, die zwingend eine Weiterbildung zu einem neuen Lehrmittel besuchen müsse, nun auch noch die Lerncoach-Ausbildung machen solle.

TvW: Er kenne das Problem. Für diese Weiterbildung müsse man die Weiterbildungszeit über zwei bis drei Jahre einsetzen.

Publikumskommentar: Die Schüler und Schülerinnen würden sich an der Sekundarschule, im Unterschied zur Primarschule, eben gerade über die «getrennten Fächer» freuen, die von fachlich fundiert ausgebildeten Lehrpersonen unterrichtet würden. Er glaube nicht, dass die Kombifächer auf Sek I sich positiv auf die Motivation der Schülerinnen und Schüler auswirken werden, die in die Sekundarschule eintreten.

Die Auswertung des Feedbacks der Anwesenden zum Themenblock «Fort- und Weiterbildung» ergab folgendes Resultat:

Grün: 1%
Orange: 23%
Rot: 76%

D) Sozialisation/Integration

Aus Zeitgründen wird dieser Themenblock ausgelassen.

E) Unterricht

1. Wie steht es in Zukunft um die methodische Freiheit der Lehrpersonen? Sollen Lernlandschaften als pädagogische Monokultur in BL flächendeckend eingeführt werden?

TvF: Nein, sicher nicht. Dies sei kein Dogma. Bei allen Schulentwicklungsprojekten sei Zeit ein Faktor. Es werde sicher nichts von heute auf morgen gehen. Da steuere der Kanton nicht und überlasse es den Schulen. Jede Schule könne dies in einem eigenen Prozess entwickeln.

UWP: Es sei nicht als Vorgabe in die Schulraumplanungen aufzunehmen. Eher umgekehrt: Bei Schulhausumbauten und Schulentwicklungsprozessen werde die Frage geklärt. Wenn man die nötige Akzeptanz habe und wenn die nötige Überzeugungsarbeit geleistet werde, dann könne man es angehen. Aber es sei keine kantonale Vorgabe.

2. Kann sich eine Schulleitung unter Berufung auf ihre Teilautonomie und pädagogische Weisungsbefugnis für ein bestimmtes Unterrichtskonzept entscheiden und die Lehrpersonen vor die Wahl stellen, dieses Konzept zu befolgen oder andernfalls die Stelle zu wechseln?

TvF: Nein. Das pädagogische Konzept müsse im Schulprogramm festgehalten werden und dieses werde federführend von der Schulleitung unter Mitwirkung des Konvents und Bewilligung des Schulrates erstellt. Ein Schulleiter könne das nicht diktatorisch einführen. *RvW möchte wissen, was die Einführung eines neuen pädagogischen Konzepts wie jenes der Lernlandschaften in einem Schulprogramm konkret für*

die Methodenfreiheit des betroffenen Kollegiums bedeute.

TvF: Wenn man dieses Modell wähle, seien zwei Drittel weiterhin traditioneller Unterricht. Bei den Input-Lektionen sei die Kooperation grösser. Wenn man in solchen Systemen arbeite, sei man dann praktisch gezwungen mitzumachen. Die Frage sei, wie man als Schulleiter damit umgehe, mit welcher Wertschätzung gegenüber Lehrpersonen, die fünf, sechs Jahre vor der Pensionierung stünden, die nicht mehr in dieser neuen Form arbeiten wollten und nicht als Nein-Sager dastehen sollten, sodass diese ihre Berufslaufbahn im alten System beenden könnten. Da sei das Führungsgeschick der Schulleitungen gefragt. Bei älteren Lehrpersonen vor der Pensionierung könne man eventuell auch andere Möglichkeiten finden.

Gabriele Zückert (GZ) empfindet es als respektlos gegenüber den älteren Lehrpersonen, wenn man damit quasi signalisiere, froh zu sein, wenn sie endlich weg seien. Und was das für jüngere Lehrpersonen bedeute, die das neue System ablehnten. Ob diese dann kündigen müssten.

Heinz Bachmann (HB) ergänzt fragend, ob das also heisse, dass die Konvente über die Berechtigung diskutieren würden, wer an ihrer Schule noch Platz habe.

TvF: Auf Dauer sei das der Fall. Es sei aber nicht so, dass dieses Modell von heute auf morgen flächendeckend eingeführt werde. Es gebe Schulen in der Schweiz, die dies sehr schnell gemacht hätten und da habe es Kündigungen gegeben. In Pratteln werde versucht, dies pfleglicher und anständiger zu machen.

3. Warum hat man Geschichte und Geografie einerseits sowie Biologie, Physik und Chemie andererseits zu Kombifächern verschmolzen? Genauso gut hätte man Mathematik und Physik oder die romanischen

Sprachen zusammenfügen können. Weshalb also gerade diese Fächer?

UWP: Das wisse er auch nicht.

AS: Das komme ursprünglich nicht aus dem Kanton Baselland. Bei der Mehrsprachendidaktik sei zur Debatte gestanden, ob man dies mit einem gemeinsamen Lehrmittel machen wolle. Das sei an differenziertem Widerstand gescheitert. Zum Vorläufer in BL für die Kombination «Biologie mit Chemie» habe er eher Positives gehört. Es gebe in der Schweiz überall verschiedene Kombifächer und es bestehe eine Diskrepanz zwischen dem, was Schulen konzipierten und dem, wie Lehrpersonen ausgebildet seien. Es brauche daher eine schweizerische Lösung.

MW gibt zu bedenken, dass es für das neue Kombifach aus Geschichte und Geografie im Lehrplan 21 keine einzige fächerübergreifende Kompetenz gebe. Es sehe so aus, als ob die Autoren der entsprechenden Lehrplanteile überhaupt nicht zusammengearbeitet hätten.

4. Stundentafel und Lernplan sollen für alle drei Niveaus gleich aussehen. Auf der anderen Seite haben wir die «binnendifferenzierende» Dreiteilung der Sek I – wie löst man diesen Widerspruch auf?

TvF: Es sei sicher eine Erhöhung von Chancengleichheit und Durchlässigkeit. Im Lehrplan 21 fehle diese Differenzierung der drei Niveaus. Sobald dieser definitiv da sei, handle es sich hierbei um eine Folgehandlung, die angegangen werden müsse.

MW hakt mit der Frage nach, wieso Chancengleichheit von identischen Stundentafeln abhängt. Man nehme dann ja sicher in den verschiedenen Niveaus in gleich viel Zeit unterschiedlich viel Stoff durch.

AS: Das Bildungsangebot solle grundsätzlich gleich sein, angereichert mit individuellen Wahlpflichtmöglichkei-

ten und ergänzenden Angeboten. Man solle nicht zwangsweise im Niveau A doppelt so viel Werken haben wie in den anderen Niveaus. Man solle individuell wählen können und nicht zwangsweise kollektiv. Dann gebe es eine Annäherung von Bildungschancen. Aber eine Anforderungsdifferenzierung müsse sein, das sei klar.

UWP: Ob man dies gut finde oder nicht, Unterschiede beim Eintritt und beim Übertritt in die nächste Stufe würden bleiben.

Publikumskommentar: AS habe die im Kanton Baselland schon vor Jahren erfolgte Weiterbildung im Kontext der Zusammenlegung von Biologie und Chemie auf Sek I als positiv dargestellt. Die Lehrperson konstatiert aber, dass besagte Weiterbildung damals lange Zeit gar nicht an die Hand genommen worden sei. Erst als der Sicherheitsaspekt im praktischen Chemieunterricht zum Thema geworden sei, habe der Kanton eine «Schnellbleiche» organisiert und den Lehrpersonen eine ausgebildete Lehrkraft zur Seite gestellt. Ob das diesmal auch wieder so sein werde.

AS: Nein, das sei nicht die Absicht. Es solle langfristig gelöst werden.

Publikumsfrage: Er frage sich, wieso an seiner Schule der Eindruck vermittelt werde, der noch nicht verabschiedete Lehrplan 21 und die Broschüre zur pädagogischen Kooperation müssten jetzt zwingend eingeführt werden. Dies seien Weisungen aus dem AVS.

AS: Wahr sei, die Volksschulen hätten einen Auftrag der Bildungsdirektion. Die Schulleitungen müssten in Verbindung mit Lehrpersonen und Schulrat das Schulprogramm erstellen und beschliessen. Die BKSD habe aus diesem Grund eine Fortbildungs-Choreographie erstellt, die die Schulen nutzen könnten. Es sei aber kein direkter Auftrag vom AVS und der Projektleitung Bildungsharmonisierung.

UWP: Die Neuerung des Schulprogramms solle doch als Chance genutzt werden.

MW ergänzt, ihm habe ein Schulleiter bereits im November gesagt, die Schulleitungen würden daran gemessen, wie sie die pädagogische Kooperation umsetzen. Da müsse wohl eine Kommunikationspanne vorliegen – oder sonst etwas.

Publikumsfrage: Wie der Unterricht in Geschichte und Geografie ohne Qualitätsabbau stattfinden solle, wenn die Dotation von vier auf drei Lektionen gesenkt werde.

AS: Abstriche gebe es. Die Stundentafel bringe eine Festigung des Kernunterrichts. Klassenstunden seien ausgebaut worden. Der Bildungsrat habe die Stundentafel nach zähen Verhandlungen austariert. Es sei wohl nicht besser oder schlechter als vorher.

Publikumsfrage: Er sei ein so genannter «lokaler Sachverständiger Lehrplan 21» an seiner Schule. Beim Studieren des Lehrplans 21 habe er festgestellt, dass es für ein Schuljahr mehr Kompetenzen als Schultage gebe. Wie das für eine Lehrperson bewältigbar sein solle. Eine Lehrperson wolle einen guten Job machen. Ob eine Kürzung dieser Kompetenzenliste vorgesehen sei.

UWP: Diese Forderung sei deponiert, eine Verwesentlichung und Straffung sei erforderlich. Die Kompetenzen sollten keine Checkliste sein, sondern einen Orientierungsrahmen bieten. Es solle kein «Abarbeiten» der Kompetenzen geben.

Publikumsfrage: Es wird dem Bedauern Ausdruck verliehen, dass der Frageteil zur Integration heute entfalle. Das Werkjahr werde aufgehoben und die Schüler und Schülerinnen schrittweise integriert. Das sei ein unglaublicher Spagat. Man höre zwar, dass das Knowhow des Werkjahres nicht verloren gehen dürfe. Was aber mache der Kanton tatsächlich dafür?

MW erklärt, dass alle Fragen, die aus Zeitmangel nicht beantwortet werden können, vom LVB auch schriftlich entgegengenommen würden. Man habe ausserdem die BKSD darum gebeten,

diese im Internet auf einer FAQ-Seite zu beantworten.

AS: Es sei der BKSD bewusst, dass es sich hierbei um eine Schlüsselfrage handle; dass die Schülerschaft heterogener geworden sei und gleichzeitig die bildungspolitische Anforderung bestehe, wonach 95% einen Abschluss auf Sek II haben müssten. Durch Pisa 2006 wisse man, dass 11% die minimalen Anforderungen nicht erreichen würden. Ihnen solle eine Chance gegeben werden, mindestens ein Berufsattest machen können. Die Vorlage «Integrative Schulung» sage, man habe den regulären Unterricht und Förderressourcen (auf 100 Schüler ein 100%-Pensum), damit sie im Förderkonzept tragfähiger werden. Der Abbau des Werkjahrs könne so als Aufbau des Förderkonzepts an den Sekundarschulen gesehen werden. Als Sofortmassnahme könnten die IWG-Kurse an den heilpädagogischen Master angerechnet werden. Dies finanziere der Kanton. Es bringe eine grössere Beweglichkeit an den Schulen, eine Dezentralisierung der Ressourcen. Zurzeit habe es zu wenig ausgebildete Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, da müsse man investieren.

RvW lädt den Fragesteller dazu ein, eine Geschäftsleitungssitzung zu besuchen, um mit der Geschäftsleitung über diesen Themenkreis zu sprechen.

UWP: Kleinklassen und Einführungsklassen würden ausdrücklich nicht abgeschafft. Ausserdem werde festgelegt, wer eine integrative Schulung unterbrechen könne: Die Schulleitung solle das entsprechende Antragsrecht bekommen. Es werde einen entsprechenden Flyer geben, wenn die Vorlage verabschiedet worden sei.

Die Auswertung des Feedbacks der Anwesenden zum Themenblock «Unterricht» ergab folgendes Resultat:

Grün: 2%

Orange: 35%

Rot: 63%

F) Laufbahn

Auch dieser Themenblock wird aus Zeitgründen ausgelassen.

MW schliesst damit die Fragerunde ab und bedankt sich bei den Gästen. Ihnen wird ein kleines Präsent überreicht.

Protokoll ausserordentliche Delegiertenversammlung vom Dienstag, 27. Mai 2014, 19.00–19.45 Uhr, Hotel Engel, Liestal

Von Gabriele Zückert

LVB-Delegierte: total 110, anwesend 22

LVB-Mitglieder: ca. 30

Vorsitz: Michael Weiss

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll DV/MV vom 02. April 2014

3. Änderungen an den LVB-Statuten
4. Budgetplan zur Begleichung der gegenüber der BLPK bestehenden Schulden in Höhe von ca. 250'000 Fr. (der genaue Betrag wird erst am 1.1.2015 bekannt sein und kann daher heute noch nicht genannt werden)

Berufspolitische Geschäfte

5. Diverses

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Michael Weiss begrüsst alle anwesenden Delegierten und im Besonderen Ehrenmitglied Christoph Straumann.

Übersicht: Die BLPK fordert vom LVB 254'988 Fr. wegen der Ausfinanzierung des einzigen Pensionierten des LVB, der zwischen 1969 und 1992 zu je 50% Sekretär des LVB und des swch gewesen ist. Damals hat man der Einfachheit halber die Finanzierung der Sozialabgaben, d.h. auch der Pensionskasse, nur über den LVB laufen lassen und intern zwischen LVB und swch abgerechnet. Die BLPK stellt deswegen ihre Forderung einzig an den LVB.

Der LVB muss nun selbst dafür besorgt sein, dass der swch, der seine Beteiligung nicht aus freien Stücken zu leisten bereit ist, den seinerseits geschuldeten Betrag bezahlen wird. Damit der LVB überhaupt auch als Kläger in einer juristischen Auseinandersetzung auftreten kann, braucht es mehrere Statutenänderungen. Damit der LVB für den schlechtesten Fall gerüstet ist, hat die Geschäftsleitung ein Zahlungsmodell entwickelt, welches sie nun der DV zur Genehmigung vorlegt.

Der Kanton bietet allen angeschlossenen Arbeitgebern, die Geld für die Ausfinanzierung der Pensionskasse brauchen, Pooling-Kredite mit 10, 15 oder 20 Jahren Laufzeit und entsprechend

gestaffelten Zinsen an und übernimmt eine Zahlungsausfallgarantie für sie. Anträge für dieses Pooling müssen bis zum 1. Juni 2014 eingereicht werden, was diese ausserordentliche DV notwendig machte. Daneben gibt es auch die Möglichkeit einer Soforteinlage sowie die Möglichkeit der Abzahlung im Forderungsmodell (40 Jahre, 3% Zins p.a.). M. Weiss erläutert alle Möglichkeiten ausführlich.

Als Stimmzähler werden Rico Zuberbühler und Urs Stambach einstimmig gewählt.

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll DV/MV vom 02. April 2014

Das Protokoll wird bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen genehmigt und der Verfasserin Gabriele Zückert verdankt.

3. Änderungen an den LVB-Statuten

M. Weiss hat die Gründe, die dazu führen, dass die Statuten angepasst werden müssen, in der Übersicht erläutert. Da es keine Fragen dazu gibt, geht er zur Abstimmung über.

3.1 Präzisierung von Artikel 23.2d

Die neue Formulierung im Rahmen der Aufzählung der Aufgaben des Kantonalvorstandes lautet: «Beschlussfassung über Rechtsschutzmassnahmen

zur Wahrung der Interessen von Mitgliedern». (Bisher hatte es nur ganz allgemein «Rechtsschutzmassnahmen» geheissen.) Die Präzisierung wird einstimmig angenommen, keine Enthaltungen, keine Gegenstimmen.

3.2 Neuer Artikel 23.2h

Die Formulierung lautet: «Genehmigung von Anklageerhebungen und Prozessführungen gegen Mitglieder oder Dritte durch den LVB» (Aus dem bisherigen Art. 23.2h wird dadurch ein Art. 23.2i.) Der neue Artikel wird einstimmig angenommen, keine Enthaltungen, keine Gegenstimmen.

3.3 Neuer Artikel 36.4

Die Formulierung lautet: «Die Verwendung der Gelder zum Kassenzweck liegt in der Kompetenz des Kantonalvorstands, der gegenüber der DV Rechenschaft ablegt. Die DV kann nachträglich eine andere Verwendung der Gelder beschliessen.» (Aus den bisherigen Artikeln 36.4, 36.5 und 36.6 werden dadurch die Artikel 36.5, 36.6 und 36.7.) Der neue Artikel wird einstimmig angenommen, eine Enthaltung, keine Gegenstimmen.

4. Budgetplan zur Begleichung der gegenüber der BLPK bestehenden Schulden in Höhe von ca. 250'000 Fr. (der genaue Betrag wird erst am 1.1.2015 bekannt sein und kann daher heute noch nicht genannt werden)

M. Weiss erläutert die Überlegungen der Geschäftsleitung: Der LVB sei in einem Spannungsfeld. Er müsse einerseits genügend flüssige Mittel haben, um seine Handlungsfähigkeit zu erhalten. Er möchte aber gleichzeitig auch die Zinsbelastung klein halten, ebenso die Dauer der Belastung. Aber der Kanton möchte natürlich auch nur für so wenig Schulden wie nötig bürgen.

M. Weiss stellt das Finanzierungsmodell der GL vor: Der LVB nimmt 150'000 Fr. im Pooling-Verfahren des Kantons auf und zahlt den Betrag innert 10 Jahren zurück. Der Zinssatz wird voraussichtlich bei 1.15% p.a. liegen. Der Rest der Schuld wird aus Eigenmitteln (Umwidmung von Geld aus der Rechtsschutzkasse und Auflösung des Obligationenfonds) finanziert.

Weitergehend plant die GL, den Sonderbeitrag von 20 Franken für die Kampfkasse im Geschäftsjahr 2014/15 beizubehalten und im schlimmsten Fall ab dem Geschäftsjahr 2015/16 einen Sonderbeitrag von insgesamt 30 Fr. zu erheben, von dem 5 bis 10 Fr. der Kampfkasse und der Rest der Vereinskasse zugesprochen werden. Über die letzteren Massnahmen kann aber an einer der nächsten DVs beschlossen werden. Ausserdem wird der LVB über weitere attraktive Angebote versuchen, Mitglieder zu werben. Verhandlungen dazu laufen.

M. Weiss gibt noch Antwort auf einige Fragen zur Klärung des Finanzierungsplanes, dann lässt er abstimmen. Die DV nimmt die Budgetplanung der GL zur Kenntnis und stimmt danach wie folgt ab:

4.1 Befürworten Sie die Auflösung des Obligationenfonds der Rechtsschutzkasse und seine Verwendung für eine Soforteinlage von ca. 105'000 Fr. per 31.12.2014?

Die Delegierten sagen einstimmig ja, keine Enthaltungen, keine Gegenstimmen.

4.2 Befürworten Sie die Aufnahme eines Darlehens von 150'000 Fr. im Poolingmodell mit Kantonsgarantie?

Die Delegierten stimmen einstimmig zu, keine Enthaltungen, keine Gegenstimmen.

4.3 Befürworten Sie die Abzahlung des Darlehens innerhalb von 10 Jahren?

Die Delegierten stimmen einstimmig zu, keine Enthaltungen, keine Gegenstimmen.

M. Weiss bedankt sich bei den Anwesenden für das der GL entgegengebrachte Vertrauen.

Berufspolitische Geschäfte

5. Diverses

Eine Sekundarlehrperson fragt an, wie die obligatorische Weiterbildung zum neuen Französischlehrmittel gehandhabt werde. Es sei an ihrer Schule nicht bezahlt und zeitlich nicht ressourciert. Antwort: An anderen Sekundarschulen sei das noch kein vordringliches Thema. M. Weiss ergänzt, dass die 30 Mio. Franken, die für die Umstellung gesprochen worden seien, nicht für Freistellungen freigegeben würden, obwohl dies das einzig sinnvolle sei. Der LVB bleibe dran.

Eine Lehrperson fragt nach, was aus der an der DV/MV vom 02. April 2014 verabschiedeten Resolution für die Primarlehrpersonen geworden sei. Antwort von M. Weiss: Alberto Schneebeili habe gesagt, für 3 Wochen Freistellung habe die BKSD kein Geld, aber ein gewisser Raum für Optimierungen sei da. Die BKSD nehme das Anliegen zur Kenntnis. Auch da müsse der LVB weiterhin bohren, sagt M. Weiss.

Die Geschäftsleitung ist am Überlegen, wie man das Delegiertensystem für die Zukunft optimieren kann.

M. Weiss bedankt sich nochmals bei den anwesenden Delegierten für ihr Kommen. Damit schliesst er die Sitzung.

Anspruchsvolle Aufgaben erfordern Ressourcen! Der Bedarf der angehenden 6.-Klass-Lehrpersonen

Von Renato Angst, Präsident der Primarlehrpersonenkonferenz PLK

Die Lehrpersonen der Primarschule, die per Schuljahr 2015/16 oder in den darauffolgenden Jahren erstmals eine 6. Klasse übernehmen werden, benötigen Ressourcen für eine gute und leistbare Umsetzung dieses Unterfangens.

Eine anspruchsvolle Aufgabe ...

Bekanntermassen wird im Zuge des Systemwechsels von 5/4 auf 6/3 im Kanton Baselland ab August 2015 das 6. Schuljahr zum ersten Mal an den Primarschulen abgehalten werden. Die betroffenen Lehrpersonen arbeiten dabei unter den folgenden Bedingungen:

- niveaudurchmischte Klassen
- Klassengrössen bis 24 Schülerinnen und Schüler
- 28 Lektionen Pflichtpensum für Klassenlehrpersonen

- Unterricht in *allen* Fächern, ausgenommen Textiles Gestalten und, je nach Ausbildung, auch ohne Fremdsprachen
- Halbklassenunterricht, welcher nur eine einmalige Lektionsvorbereitung benötigt, findet nur noch in zwei Werkstunden statt (währenddem immerhin in der 3./4. Klasse noch je eine Französischstunde im Halbklassenunterricht geführt werden kann).
- Schulung von Kindern mit speziellen Bedürfnissen im Rahmen von ISF
- Lohnklasse 13 – wie gehabt!

Schon diese Rahmenbedingungen offenbaren, dass die künftigen 6.-Klass-Lehrpersonen eine äusserst anspruchsvolle Unterrichtstätigkeit erwartet.

... in einem anspruchsvollen Umfeld ...

Die hohen Anforderungen, welche teilweise neue Lehrmittel und Unterrichtsinhalte an die Lehrpersonen stellen, müssen von diesen in einem Umfeld

geleistet werden, das momentan zusätzlich sehr viel von ihnen abverlangt:

- Solange der Lehrplan 21 noch nicht implementiert ist, müssen sich die Lehrpersonen mit den Inhalten des Überganglehrplans vertraut machen. Gleichzeitig gilt es jedoch, sich schon aktiv mit dem neuen Lehrplan auseinander zu setzen.
- Raumprobleme gilt es vielerorts noch zu lösen und sind nicht bloss Schulleitungsdiskussionen. Unbefriedigende Zwischenlösungen wirken sich auch negativ auf die Arbeitssituation der Lehrpersonen aus.
- Die Ausbildung zum Unterrichten der Frühfremdsprachen läuft für einige Lehrpersonen parallel und ist zeitintensiv. Gekoppelt an den Fremdsprachenunterricht fehlt es an einigen Schulen an Computern oder der Support ist nicht ausreichend gewährleistet.
- An «SchiWe»-Veranstaltungen, Konferenzen oder über den schulinternen Mailversand werden Zeitgefässe mit



Informationen zur Schulentwicklung und Veränderungen im Rahmen von HarmoS in Anspruch genommen, denen sich auch die 6.-Klass-Lehrpersonen nicht entziehen können (Pädagogische Teams, Checks 3/6, Integrative Schulung etc.).

... ohne Ressourcierung!?

Für die «neuen» 6.-Klass-Lehrpersonen sind keine Ressourcen geplant oder gesprochen worden! Dies wurde von Bildungsdirektor Urs Wüthrich-Pelloli und Alberto Schneebeli, Projektleiter Bildungsharmonisierung BL, anlässlich der LVB-Versammlung vom 2. April 2014 auf Nachfrage bestätigt.

Umfrageergebnisse der PLK

Während des 6. Schuljahres wird für die betroffenen Lehrpersonen eine freiwillige Weiterbildung während der Ferien und an Samstagen im Rahmen der obligatorischen beruflichen Weiterbildung (2% der Jahresarbeitszeit) angeboten. In diesen ca. 40 Stunden wird ein «Musterjahr 6. Klasse» in der Gruppe begleitet. Wie eine kürzlich durchgeführte Umfrage der Primarlehrpersonenkonferenz (PLK) bei 172 angehenden 6.-Klass-Lehrpersonen ergeben hat, entspricht dieses Angebot den Bedürfnissen der Mehrheit.

Über 85% dieser Lehrpersonen geben jedoch auch an, dass sie mehr Zeit für Selbststudium und persönliche Weiterbildung benötigten und über 70% wünschen sich ein Angebot an fachlicher Weiterbildung, vorab in den naturwissenschaftlichen Fächern sowie in Geschichte, Geografie und im Bereich ICT. Eine Mehrheit der Fachlehrpersonen «Textiles Gestalten» wünscht sich ebenso eine fundierte Weiterbildung in ihrem Fachbereich. Angehende 6.-Klass-Lehrpersonen können dies jedoch im Rahmen ihres Berufsauftrages nicht leisten!

Taten statt Worte!

«Sorgfalt vor Tempo» lautet das Motto von Bildungsdirektor Urs Wüthrich-Pelloli. Alberto Schneebeli liess sich in der Basellandschaftlichen Zeitung vom 14. Mai 2014 folgendermassen zitieren: « ... gut qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer sind die wichtigste Voraussetzung für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler.». Diese schönen Worte dürfen nun keine reinen Lippenbekennnisse bleiben!

Die betroffenen Lehrpersonen benötigen in den kommenden Jahren Zeitressourcen, wie dies auch der LVB mit seiner Resolution vom 2. April 2014 bereits gefordert hat. In einem Umfang von

mindestens drei Wochen müssen Freistellungen für Selbststudium und den Besuch von Weiterbildungsangeboten bezogen werden können.

Wie dies für die Umsetzung der Frühfremdsprachen auf der Primarstufe in unserem Kanton getan wurde, braucht es auch für Naturwissenschaften, ICT und andere Fachbereiche Weiterbildungsangebote und entsprechende Ressourcen, die den Lehrpersonen zur Verfügung stehen.

Eine bescheidene Forderung im Vergleich zum Spareffekt

Dies scheint uns eine äusserst bescheidene Forderung zu sein, angesichts des Sparpotenzials von mehreren Millionen Franken jährlich durch den Systemwechsel auf 6 Primarschuljahre.

In diesem Sinne stellt die PLK auch anlässlich der Delegiertenversammlung der AKK vom 4. Juni 2014 einen Antrag zu Händen der Bildungsdirektion und der landrätlichen Bildungskommission.

Die am 2. April 2014 von der LVB-Delegierten- und Mitgliederversammlung einstimmig verabschiedete Resolution im Wortlaut:

Ab dem Schuljahr 2015/16 übernehmen Primarlehrkräfte das 6. Schuljahr – und ermöglichen damit in Baselland jährliche Einsparungen bei den Bildungsausgaben von etlichen Millionen Franken! Gleichzeitig hat die Bildungsdirektion keinen roten Rappen zur Entlastung der Primarlehrkräfte bereitgestellt, welche sich fachlich, organisatorisch und einrichtungsmässig auf dieses neue Schuljahr vorbereiten und in teilweise völlig neue Lehrmittel einarbeiten müssen. Wir fordern daher, dass angesichts der eingesparten Gelder allen Primarlehrkräften, die erstmals eine 6. Klasse unterrichten, eine einmalige Entlastung in Form einer Freistellung vom Unterricht während insgesamt 3 Wochen zugesprochen wird.

Nachruf auf Walter Müller

Solidarität. Fachkompetenz. Lehrfreiheit.

Von Max A. Müller, Ehrenpräsident LVB

Am 19. Januar 2014 starb Walter Müller, 22 Jahre nach seiner Pensionierung. Er war LVB-Präsident von 1985 bis 1992, im Beruf Lehrer und zeitweise auch Rektor an der Sekundarschule Birsfelden.

Walter Müller übernahm die Leitung des historisch gewachsenen, damals erst auf die Lehrkräfte der Volksschule abgestützten LVB. Es war absehbar, dass die Berufe der Lehrerinnen und Lehrer in schweres Fahrwasser geraten würden.

Dem neuen Präsidenten war klar, dass Widerstand gegen eine Zerlegung der Lehrerschaft nur zu leisten war, wenn es gelang, mit möglichst allen Lehrerinnen und Lehrern geschlossen anzutreten.

Sein Berufsbild beruhte auf hochstehender fachlicher Ausbildung und einer von Erfahrung und Effizienz geprägten Pädagogik. Lehrerinnen und Lehrer sollten viel können und ihren

Schulbetrieb konkret an Aufwand und Ertrag orientieren. Die direkte Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer für den gesamten Lernablauf und die auf persönlicher Kompetenz basierende Lehrfreiheit waren für ihn unverzichtbar.

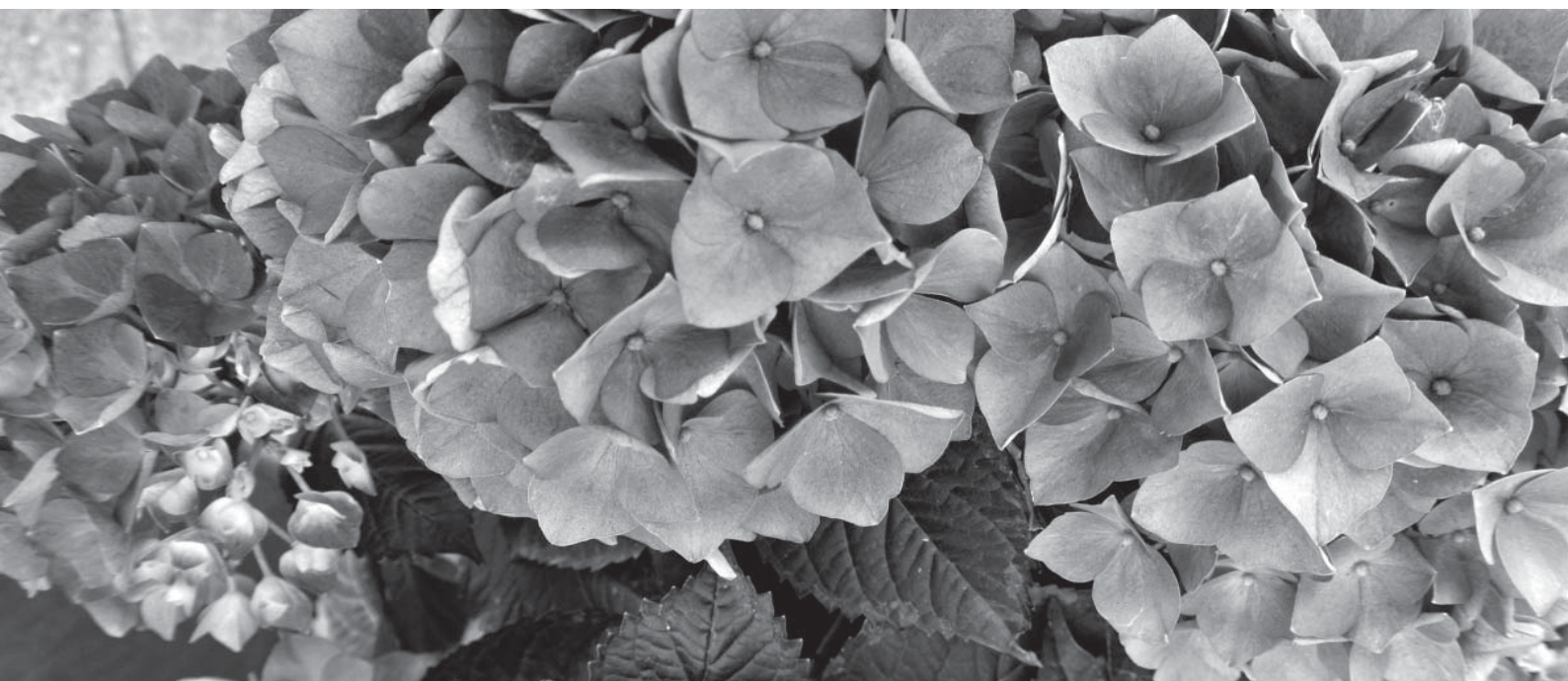
Es ging in jenen Jahren erstmals darum, die organisierte Lehrerschaft im direkten Verbund mit den Mitarbeitenden von Kanton und Gemeinden zu halten und sich Ausgliederungstendenzen, die sich nachteilig auf das Lohngefüge und die arbeitsrechtliche Position hätten auswirken müssen, zu verweigern.

Das führte in Jahren 1986-89 zu einem ersten beherzten Schlagabtausch mit der Absicht, die Lehrerschaft von der damals dem Personal gewährten Arbeitszeitverkürzung auszunehmen. Es gelang dem LVB, die Energien der Lehrerschaft zu bündeln, am Ende politische Mehrheiten zu überzeugen und sich in einer Volksabstimmung, in der alles noch einmal hätte gekippt werden sollen, auf eindrückliche Weise durchzusetzen.

Die dabei gewonnenen verbandspolitischen Erkenntnisse bestärkten Walter Müller in seiner Absicht, den Ersatz des damals an struktureller Altersschwäche leidenden Schweizerischen Lehrervereins SLV durch den neu zu schaffenden Dachverband LCH nachdrücklich zu unterstützen. Die fällige analoge Reform des LVB zeichnete sich bereits ab und konnte auf den Wechsel im Präsidium 1992 realisiert werden.

Für Walter Müller stand die Solidarität der Lehrerinnen und Lehrer aller Fachrichtungen und Stufen an erster Stelle. Dafür trat er energisch ein, und diesem Ziel diente auch seine Zusammenarbeit mit den damals erst assoziierten späteren Verbandssektionen, mit den Konferenzen und anderen, sehr viel kleineren Lehrerorganisationen, aber auch mit den befreundeten Arbeitnehmerverbänden des Kantons. Wer Walter Müller als Gewerkschafter erlebt hat, erinnert sich gerne an ihn.

Die Nachricht von seinem Tod erreichte den LVB erst nach Redaktionsschluss der letzten Ausgabe des lvb.inform.



Herzlichen Dank und alles Gute an die Adresse des abgetretenen LVB-Präsidenten Christoph Straumann

Von Heinz Bachmann

Mit lang anhaltendem, herzlichem Applaus dankten rund 200 Lehrpersonen an der Delegierten- und Mitgliederversammlung vom 2. April 2014 Christoph Straumann für sein langjähriges, enorm grosses LVB-Engagement. Christoph Straumann hat der Geschäftsleitung während rund 15 Jahren angehört und sich in dieser Zeit als Geschäftsführer, Vizepräsident und Präsident ein umfassendes Knowhow erarbeitet.

Als Geschäftsführer hat er für eine allzeit reibungslose Mitgliederadministration und eine vorausschauende Finanzverwaltung gesorgt. Er hat darauf geachtet, dass der Verband sich in allen bildungspolitischen Geschäften termingerecht und sachkompetent einbringt. Mit der Übernahme des Präsidiums rückte dann die öffentliche Vertretung der Interessen der basellandschaftlichen Lehrpersonen auf verschiedenen Ebenen zusätzlich in den Mittelpunkt seiner Agenda.

Christoph Straumann profilierte sich in unzähligen Gremien und Arbeitsgrup-

pen durch seine Dossiersicherheit und sein ruhiges, freundliches Auftreten. Dank seiner Hartnäckigkeit und seiner Fähigkeit, sich zu vernetzen, gelang es ihm immer wieder, für den Berufsstand wichtige Anliegen durchzusetzen.

Unter anderem war es massgeblich sein Verdienst, dass im Kanton Baselland (und später in diversen weiteren Kantonen) die Initiative für die freie Schulpflichtwahl vom Stimmvolk mehr als deutlich verworfen wurde. Auch in der Auseinandersetzung um die BLPK-Revision setzte sich Christoph Straumann mit grossem Sachverstand für die Interessen der Arbeitnehmenden ein und trug Entscheidendes dazu bei, dass die komplexe und äusserst umstrittene Revision der Pensionskasse die Akzeptanz der Stimmberechtigten fand.

Christoph Straumann besticht mit seinen menschlichen Qualitäten. Er ist überall ausserordentlich geschätzt als bedachter und ausgeglichener Themenhüter, als umsichtiger, vorausschauender Planer, als hartnäckiger, kompeten-

ter Verhandler und als geschickter Moderator interner Prozesse.

Für den LVB war Christoph Straumann ein Glücksfall. Er hatte wesentlichen Anteil daran, dass in der LVB-Geschäftsleitung jederzeit eine vertrauensvolle, freundschaftliche Atmosphäre herrschte, was effizientes Arbeiten ermöglichte. Für Christoph stand und steht jederzeit die Suche nach guten Lösungen im Mittelpunkt und nicht die persönliche Profilierung. Damit hebt er sich wohltuend von vielen Exponenten ab, welche im Spannungsfeld von sich verschärfendem Reform- und Spardruck vor allem das Rampenlicht suchen.

Lieber Christoph, Kantonalvorstand und Geschäftsleitung danken dir – selbstredend auch im Namen der LVB-Mitglieder – herzlich für dein grosses Engagement im Dienste des Verbandes und wünschen dir für deine zukünftigen Herausforderungen als SAL-Projektleiter, aber natürlich auch im Privatleben viel Freude, Erfolg und gute Gesundheit.



Der Neue hat das Wort – Gedanken vor dem Amtsantritt in der LVB-Geschäftsleitung

Von Philipp Loretz



Nach meiner Wahl in die LVB-Geschäftsleitung fragten mich Arbeitskolleginnen und -kollegen, Freunde und Verwandte, aus welchen Beweggründen ich mich für diesen Posten beworben hatte und für welche Anliegen ich mich in meiner neuen Funktion engagieren wolle.

Anlässlich der DV/MV vom 2. April 2014 habe ich mich den Anwesenden bereits kurz vorgestellt und ein paar meiner Anliegen skizziert. Diese möchte ich an dieser Stelle mit Hilfe einer Anekdote aus den 70er Jahren, einem Ausflug in die Medizin und einem tänzerischen Angebot präzisieren.

Des Kaisers neue Kleider reloaded

An den Primarschulen im Kanton Solothurn fand früher am Ende des Schuljahres das so genannte Examen statt. Es handelte sich dabei um eine offene Prüfungslektion, die von interessierten Schulkommmissionsmitgliedern, Eltern und Kolleginnen und Kollegen rege besucht wurde. Höchster Gast war jeweils der Schulinspektor, der es sich ganz im Sinne der Qualitätssicherung nicht nehmen liess, sich vor Ort höchstpersönlich von der Professionalität seines Lehrpersonals überzeugen zu lassen.

Nun wurde einem damals jungen, engagierten Primarlehrer im Vorfeld seines Examens Seltsames zugetragen: Der Schulinspektor pflegte offenbar bei all seinen Besuchen die Kinder mit den drei gleichen Fragen zu verwirren, was bei den Gästen stets für viel Rätselraten, ja sogar vereinzelt Stirnrunzeln sorgte. Unser Primarlehrer, der als Letzter vom hohen Besuch beehrt werden sollte, erkundigte sich kurzerhand bei seinen Kollegen nach dem genauen Wortlaut, rief drei zuverlässige Kinder seiner Klasse zu sich und flüsterte ihnen ins Ohr, was sie jeweils nach der ersten, der zweiten und der dritten Frage zu antworten hätten.

Die Prüfungslektion verlief reibungslos – der 36-köpfigen Klasse und den 40 Gästen zum Trotz. Der Schulinspektor zeigte sich beeindruckt, stellte sich vor die Klasse und begann: «In *einem* Fach habt ihr keine Note erhalten, in welchem?» Prompt meldete sich die erste eingeweihte Schülerin: «Im Fach «eine Freude bereiten».» Sichtlich überrascht ob der richtigen Antwort fragte der Inspektor weiter: «Und wem könnt ihr eine Freude bereiten?» Ohne zu zögern streckte der zweite kundige Schüler auf und rief mit strahlenden Augen: «Dem Stadtbaumeister.» Jäh durchfuhr es den guten Inspektor, dass

es hier nicht mit rechten Dingen zugehen konnte. Geistesgegenwärtig konterte er: «Wann sind die Solothurner zur Schlacht bei Dornach ausgezogen?» Zu seinem grossen Erstaunen schnellte wieder eine Hand nach oben und Eingeweihte Nummer drei antwortete wie aus der Kanone geschossen: «Wir können dem Stadtbaumeister eine Freude bereiten, indem wir in den Anlagen keine Blumen zertreten.»

Das Publikum quittierte die köstliche wie entlarvende Antwort mit langem, herzhaftem Lachen.

In den vergangenen 15 Jahren meiner eigenen Lehrtätigkeit als Klassenlehrer an der Oberstufe ist mir diese Anekdote gelegentlich in den Sinn gekommen. Nach dem ersten PISA-Schock zum Beispiel, als zwei freundliche Kollegen im Auftrag des AVS meinen Deutschunterricht besuchten und die Wortmeldungen meiner Schülerinnen und Schüler aufgrund eines einzigen (!) Kriteriums («Standardsprache» oder «Dialekt») bewerteten und auf einem Evaluationsbogen fein säuberlich quantitativ erfassten.

Oder als ich neulich vom Kanton Solothurn dazu angehalten wurde, die Kompetenzen meines 6-jährigen Sohnes zu beurteilen. Um herauszufinden, ob die Kinder schulreif sind, wartet der Standortbestimmungsbogen u.a. mit diesen Kompetenzen auf: «Das Kindergartenkind kann seine Zeit einteilen, die Welt differenziert wahrnehmen, zielorientiert spielen (!) und seine Stärken und Schwächen RICHTIG einschätzen.» Ich beschloss, meinem Sohn von nun an seine Fehleinschätzungen konsequent zurückzumelden; etwa, wenn er das imaginäre Tor im Garten um einen Meter verfehlt und trotzdem «Goal!» schreit.

In solchen Situationen male ich mir jeweils aus, was wohl das eingeweihte

Kind Nummer drei von damals sagen würde, um die Absurdität solcher Unterfangen bzw. Formulierungen humorvoll zu offenbaren. Heute dürfte es um die 50 Jahre alt sein. Wer weiss, ob es sich als Vater oder gar als Lehrer einmischt – oder vielleicht doch die Kirche im Dorf lässt und wie alle anderen freundlich schweigt und innerlich denkt, dass die Launen des Zeitgeistes in 50 Jahren keine Rolle mehr spielen werden.

Mit der Lehrplan-21-Lancierung und der HarmoS-Umsetzung hat die Reformhektik eine neue Dimension erreicht. Abwarten, Ignorieren oder gar Herunterspielen nach dem Motto «Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter» scheint mir eine allzu passive, ja fatalistische Haltung zu sein. Als LVB-Geschäftsleitungsmitglied will ich mich aktiv für den Erhalt und die umsichtige Weiterentwicklung des Erfolgsmodells «Bildung Schweiz» einsetzen.

Die von mir gelebte Haltung, trendige Modeströmungen kritisch zu hinterfragen, Bewährtes zu pflegen und Neues dosiert und nachhaltig einzubauen, birgt das Risiko, dass man von vermeintlich innovativen Reformtur-

bos in die Ecke der Ewiggestrigen gestellt wird. Ein Ausflug in die Medizin indes lässt den Hinweis unseres Bildungsdirektors, jede Schreinerei habe in den letzten Jahren mehr Reformen durchlebt als wir Lehrpersonen, in einem ganz anderen Lichte erscheinen.

Indikation Nichtstun

Der Innovationsdruck könnte einen glauben machen, dass unser Bildungssystem, welches «eine in Europa einmalige Integrationsleistung erbringt, an Lehrlingsweltmeisterschaften Goldmedaillen abräumt, die meisten Nobelpreisträger pro Kopf hervorbringt und dem Land eine rekordtiefe Jugendarbeitslosigkeit beschert»¹, schwer erkrankt sei und nur mit Hilfe eines ganzen Reigens von Therapien geheilt werden könne. Laut den Factsheets, die den Primar- und Sekundarlehrpersonen an den Bildungsorientierungsläufen verteilt wurden, scheint es angebracht so zu sein, dass ...

- bedarfsgerechte Zusammenarbeit nur noch dank von oben verordnetem kooperativem Professionsverständnis gelinge.
- der Unterricht mittels Inszenierungsvielfalt und effektivem Klassenmanagement reanimiert werde.

- die Schülerinnen und Schüler die besten Resultate erzielen, wenn sie ihr Lernen als selbstgesteuerten, reflexiven und dialogischen Prozess erkennen würden.
- eine evidenzbasierte Diagnose mit Hilfe von standardisierten, empirisch validierten bzw. kalibrierten Leistungsschecks überhaupt erst ermöglicht werde.

Mal ganz abgesehen von der akrobatischen Sprache, deren Worthülsen Leere und Orientierungslosigkeit zu maskieren versuchen, drängt sich die Frage auf, was denn mit all diesen Massnahmen bewirkt werden soll.

Hätten Sie es gewusst? Lediglich 50 Prozent der medizinischen Interventionen verfügen gemäss Prof. Peter Meier-Abt, Präsident der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMV), über einen strengen Wirkungsnachweis. Bei den anderen 50 Prozent stütze man sich lediglich auf Pseudowissen. Meier-Abt regt an, dass es vielfach gescheiter wäre, dieses Pseudowissen als solches zu deklarieren. Dieses Eingeständnis führe dann meistens dazu, dass man eher nichts tue, als dass man etwas unternehme, von dem man nicht wisse,



ob es tatsächlich wirke. Weiter gibt er zu bedenken, dass unerwünschte Nebenwirkungen in der Medizin immer unterschätzt würden. Man kenne die Risiken zwar sehr früh, wolle sie aber nicht wahrhaben. Man verdränge sie, bis es dann gar nicht mehr gehe.²

Ersetzt man im obigen Abschnitt die Begriffspaare «medizinisch/Medizin» mit «bildungspolitisch/Bildungspolitik», offenbart sich ein geradezu verblüffender Wiedererkennungseffekt. Genau wie in der Medizin lassen sich Bildungsverantwortliche dazu verleiten, «Dinge zu tun [...], deren Nutzen unklar ist, deren Nebenwirkungen und Risiken relativ gross sind. Trotzdem werden sie gemacht, weil das System halt Geld daran verdient.»³

Im Gegensatz zur Bildung beginnt die Medizin allmählich zu begreifen, dass weniger mehr sein kann. In ihrem Positionspapier «Nachhaltige Medizin» fordert die SAMV die Fachgesellschaften auf, «eine Liste mit 10 Interventionen zu erstellen, die offensichtlich unnötig sind und daher nicht mehr durchgeführt werden sollten.» Denn: «Die Haltung, möglichst alles zu machen und zwar möglichst sofort, sollte ersetzt werden durch die Haltung, genug zu machen, aber nicht zu viel.»⁴

Ich finde diese Einstellung der SAMV bemerkenswert und würde es unseren Schülerinnen und Schülern gönnen, wenn die Einsicht «wenn weniger Medizin mehr ist» bald auch bei den Bildungsverantwortlichen ankäme und sie ihr Tun oder eben ihr «Nicht-Tun» entsprechend überdenken würden. Dafür braucht es Bodenhaftung, Ehrlichkeit und Mut. Denn «am Nichtsmachen verdient man meistens nichts, am Machen hingegen schon.»⁵

Ein tänzerisches Angebot

Die Paartänzerinnen und -tänzer unter Ihnen wissen, dass ohne eine gute Ba-

lance auf dem Parkett im wahrsten Sinne des Wortes nichts läuft. Auch ein noch so schönes Lachen oder der betörendste Showeffekt kann auf Dauer nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie Ihre Basic-Schritte nicht beherrschen.

Was landläufig als «Führen» bezeichnet wird, nennen Turniertanzpaare «Connection». Die einstudierte, höchst komplexe Choreografie kann nur gemeinsam getanzt werden, wenn Partnerin und Partner spüren, wo sich ihr Gegenüber befindet. Dies geschieht über sanften Druck und Gegendruck, der bei eingespielten Turnierpaaren in den höheren Klassen kaum spürbar ist.

Anfänger glauben oft, dass sich die «Connection» verbessere, wenn möglichst viel Druck aufgebaut wird. Die Folge: Sie verschwenden viel Kraft und kommen kaum vom Fleck. Von aussen wirkt das Tanzen verkrampft. Die Wertungsrichter schauen weg, die nötigen Marks für das Erreichen der nächsten Runde bleiben aus.

Auch wenn sich eine Tanzpartnerschaft deutlich von einer Sozialpartnerschaft⁶ zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden unterscheidet, lassen sich in ihrem Wesen doch einige Parallelen erkennen: Druck führt zu Gegendruck, zu Verkrampfung und schliesslich zu Stillstand.

Will man dem «Publikum» – den Schülerinnen und Schülern respektive deren Eltern – etwas «bieten», müssen beide Parteien bereit sein, sich tatsächlich auf die Tanzfläche, ins Schulzimmer hinein, zu begeben. Eine gute Bodenhaftung, das nötige Taktgefühl und die Bereitschaft, auf den anderen einzugehen, sind wesentliche Grundvoraussetzungen, die dazu beitragen, dass die gemeinsam (!) einstudierte Choreografie auch wirklich zu Ende getanzt werden kann, sodass die Chance besteht, die nächste Runde zu erreichen.

In anderen Worten: Der Bildungstanz gelingt nur, wenn sich die Partner auf Augenhöhe begegnen. So lautet denn die Devise: Weniger «top down» – mehr Connection!

Als ehemaliger Turniertänzer lade ich interessierte Bildungsverantwortliche des Kantons gerne zu einem mehrfach erprobten Crashkurs nach Aesch ein, der sich ausnahmslos am Prinzip des «learning by doing» orientiert. Das geht ganz ohne Selbstreflexion und Kompetenzraster. Und der abschliessende Check – pardon, die abschliessende Präsentation – findet weder in Bologna noch in Pisa statt, sondern in Liestal.

Sie, liebe LVB-Mitglieder, lade ich herzlich ein, Ihre Stimme einzubringen. Als nebenberuflicher Funker bin ich auf vielen Frequenzen erreichbar und spreche mehrere Sprachen. Ich freue mich, auf einen regen Austausch mit Ihnen und hoffe, viele von Ihnen persönlich kennenzulernen.

¹ Alain Pichard, «Aufstand gegen die Bildungsbürokraten», Die Weltwoche 49/2013

^{2, 3, 5} Prof. Peter Meier-Abt, DRS 2, Kontext, Indikation Nichtstun – wenn weniger Medizin mehr ist, 14. Mai 2014

⁴ Nachhaltige Medizin, Positionspapier der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften SAMV, <http://www.samw.ch/de/Publikationen/Positionspapiere.html>

⁶ «Der Begriff Sozialpartnerschaft bezeichnet das kooperative Verhältnis der Sozialpartner (vor allem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) mit dem Ziel, Interessengegensätze durch Konsenspolitik zu lösen und offene Konflikte einzudämmen.» (Wikipedia)

Werden Sie pensioniert? Bleiben Sie beitragsfrei LVB-Mitglied und profitieren Sie!

Von Michael Weiss

Nicht wenige unserer Mitglieder verlassen per 31. Juli 2014 den Schuldienst. Viele davon kündigen gleichzeitig auch ihre Mitgliedschaft beim LVB, weil sie verständlicherweise als Pensionierte keine Mitgliederbeiträge mehr zahlen möchten. Die LVB-Mitgliedschaft ist für pensionierte Mitglieder jedoch kostenlos! Und sie lohnt sich auch weiterhin, denn der LVB bietet den Pensionierten ein vielfältiges Programm¹ an, das Sie auf unserer Website finden. Ausserdem bleiben Ihnen ausschliesslich als Mitglied die zahlreichen Vergünstigungen, die mit einer LVB-Mitgliedschaft möglich sind, erhalten!

Wo Sie überall profitieren können

Falls Sie bis anhin noch nicht von den zahlreichen Vergünstigungen² profitiert haben, die eine LVB-Mitgliedschaft mit sich bringt, dann ist spätestens jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, um sich genauer damit zu befassen:

- 15% Prämienrabatt auf Zusatzversicherungen bei der Krankenkasse Visana
- Vorzugszinsen für Wohneigentum bei der Bank Coop (bis 0.3% Vergünstigung) und 25% Vergünstigung auf Wertschriftendepot- und Courtagen-Gebühren
- Mastercard/VISA (Silber oder Gold) zum halben Preis bei der Bank Coop
- Spezialkonditionen bei der Protekta Rechtsschutzversicherung
- vergünstigte Online-Einkäufe über das Online-Shopping-Portal www.shariando.ch (über 130 angeschlossene Onlineshops, darunter Topanbieter wie z.B. Zalando, ebookers, iTunes, Weltbild, Officeworld oder LeShop)³
- besonders attraktive Konditionen für Mietwagenreservierungen im In- und Ausland beim Autovermieter Hertz GmbH

Melden Sie uns Ihre

Pensionierung per E-Mail!

Kündigen Sie also mit Ihrer Anstellung nicht auch noch gleich Ihre LVB-Mitgliedschaft, sondern teilen Sie uns einfach mit, dass Sie pensioniert werden. Sie erhalten dann keine Beitragsrechnungen mehr, dafür aber einen unbeschränkt gültigen Pensioniertenausweis und jährlich per Post eine gedruckte Version des Pensioniertenprogramms. Auf Wunsch können Sie auch das lvb.inform weiterhin beziehen oder den Pensionierten-Newsletter abonnieren.

Sie müssen Ihre Pensionierungsmeldung auch nicht per eingeschriebenen Brief schicken – eine E-Mail an info@lvb.ch genügt. Wir bestätigen diese jeweils.

¹ der direkte Link zum aktuellen Pensioniertenprogramm: <http://www.lvb.ch/lvb/aktuell-veranstaltungen-pensionierte.html>

² die gesamte Übersicht finden Sie auf der Website unseres Dachverbands LCH, der direkte Link lautet: <http://www.lch.ch/fuer-mitglieder/mehrwert-ich>

³ der direkte Link zu Shariando: <http://www.lch-ch.shariando.com/>



Zwei Klarstellungen dank dem LVB: «Pädagogische Kooperation» und Anstellungen Frühpensionierter

Von Michael Weiss

Klarstellung I: Die Broschüre «Pädagogische Kooperation» ist kein verbindlicher Auftrag an die Schulen

Vergangenen November gingen die Wogen hoch. Wie aus dem Nichts war da eine BKSD-Broschüre namens «Pädagogische Kooperation» aufgetaucht, in der angekündigt wurde, dass die Freiheit in Ort und Zeit der Unterrichtsvor- und -nachbereitung nicht mehr gelte und man seinen Unterricht in Zukunft in verordneten Teams und Zeitgefässen vorzubereiten habe.

Vier Monate zähen Nachbohrens und etliche deutliche Worte im letzten lvb. inform waren nötig, um die BKSD-Spitze zu einer Stellungnahme zu bewegen. An der LVB-Mitgliederversammlung vom 2. April schliesslich erfolgte endlich die Klarstellung: «Pädagogische Kooperation» ist kein genereller neuer Auftrag an die Schulen; Zweck der Broschüre ist es, Schulen bei Aufgaben, in denen Teamarbeit nötig oder zumindest sinnvoll ist, zu unterstützen und ihnen zu zeigen, wie Teamarbeit erfolgreich sein kann.

Diese Richtigstellung war alles andere als selbstverständlich. So hatten Schulleitungsmitglieder gegenüber dem LVB

bereits verlauten lassen, pädagogische Kooperation sei ein verbindlicher Auftrag des AVS an sie, und an diesem würden sie gemessen werden. Und vereinzelt begannen Schulleitungen tatsächlich schon damit, neue Aufgaben für ihre Kollegien zu erfinden, mit welchen diese sich dann in den pädagogischen Teams hätten beschäftigen sollen. Der hartnäckige Einsatz des LVB gegen den Ausverkauf des Teils B des Berufsauftrags der Lehrpersonen an die Schulleitungen war vor diesem Hintergrund dringend nötig und hat sich, so zumindest ein vorläufiges Fazit, gelohnt.

Hinsichtlich ihrer Aussage, die Broschüre «Pädagogische Kooperation» sei nicht mehr als eine Hilfestellung, wird der LVB die BKSD beim Wort nehmen. Eingriffe in die Freiheit von Ort und Zeit der Arbeitserbringung im Teil B des Berufsauftrags sind ohne vorherige sozialpartnerschaftliche Aushandlungen schlicht und einfach tabu!

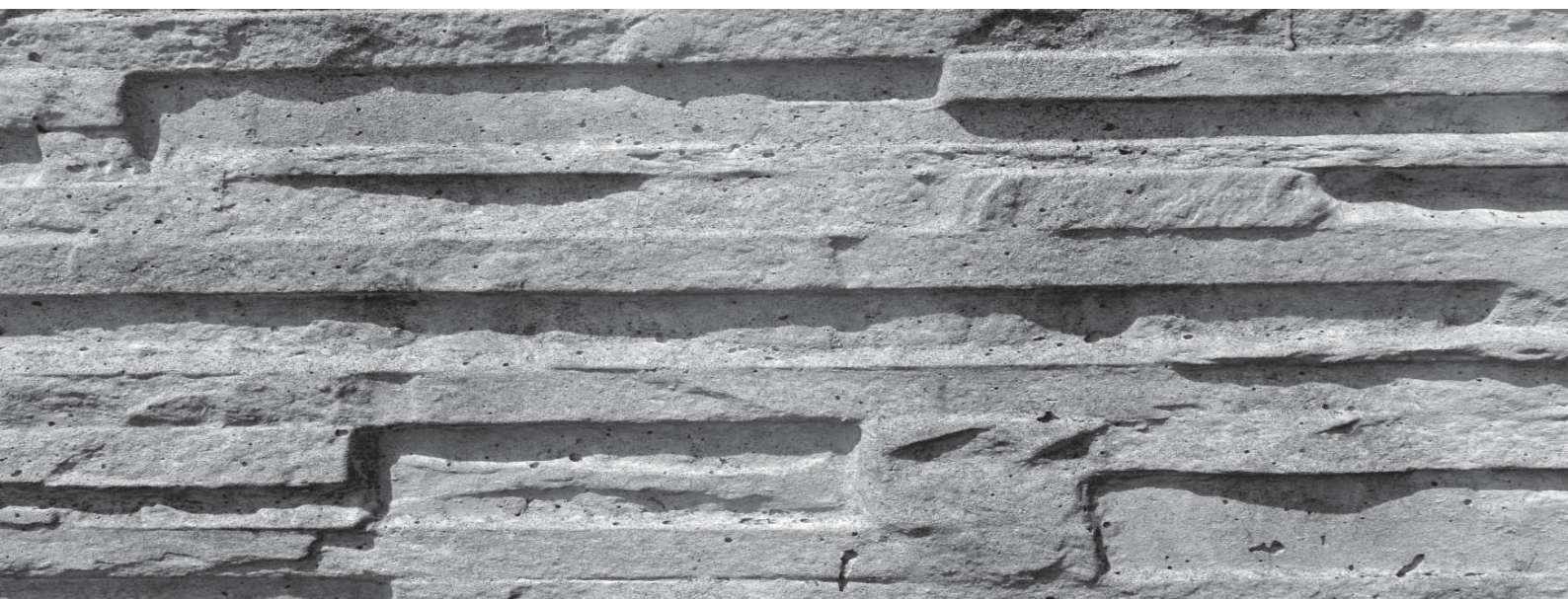
Klarstellung II: Es gibt kein generelles Wiederanstellungsverbot für Frühpensionierte

Wer sich per Ende Schuljahr 2013/14 frühpensionieren lässt, musste bis zum 30. April seine Kündigung einreichen. Etliche haben dies getan – und gleich-

zeitig mit ihren Schulleitungen vereinbart, dass sie bereit wären, in einem kleinen Rahmen (z.B. letztes Schuljahr mit einer Klasse, kurzfristige Stellvertretungen) auch nach ihrer Frühpensionierung noch zu unterrichten. Umso grösser war der Schock, als wenige Tage vor Ablauf dieser Kündigungsfrist (also zu einem Zeitpunkt, wo die meisten dieser Kündigungen bereits erfolgt waren), der Bildungsdirektor in einem Brief an alle Lehrerinnen und Lehrer verkündete, Weiterbeschäftigungen von Frühpensionierten seien *grundsätzlich* verboten.

Ein solcher Entscheid hätte für die Schulen grosse Probleme bei der Rekrutierung von Stellvertretungen verursacht und dazu geführt, dass verschiedene bereits zwischen Schulleitungen und Lehrkräften getroffene anderslautende Vereinbarungen ungültig geworden wären.

Was sind überhaupt die Hintergründe dieser Arbeitsverbots-Regelung? Bekanntlich sind diejenigen, die sich bis spätestens 31.12.2014 frühpensionieren lassen, die Letzten, die noch eine AHV-Überbrückungsrente beziehen können, um nicht bis zum Erreichen des regulären Pensionsalters ohne AVH-Rente



dastehen zu müssen, und die zudem einen Zuschuss erhalten, wenn sie sich bei der BLPK auf das Rentenalter 64 einkaufen wollen – ihre BLPK-Rente also trotz Frühpensionierung auf das Niveau einer regulären Pension anheben wollen. Da es hier doch um einen namhaften Betrag geht, darf nicht verwundern, wenn einige Lehrkräfte, die von ihrer Schulleitung angefragt wurden, ob sie auch nach ihrer Frühpensionierung noch zur Verfügung stünden, dies davon abhängig machten, dass sie trotzdem von den alten Frühpensionsbedingungen profitieren können. Das hat wohl mancherorts zu ausgesprochen «kreativen» Lösungen geführt, die nicht statthaft sind und die auch der LVB nicht unterstützen kann, da in diesen Fällen der Individualnutzen vor den Gemeinnutzen gestellt wird. Doch mit dem Aussprechen eines totalen Arbeitsverbots nach der Frühpensionierung wurde hier das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

Nachdem sich der LVB eine Übersicht über das Ausmass des Problems verschafft hatte, besprach er die Situation mit dem Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter Baselland (VSLBL) und wurde beim Personalamt der FKD vorstellig. In einer gemeinsamen Sitzung mit je einer Vertretung des LVB, des VSL, des Personalamts, der Personalabteilung der BKSD und der Basellandschaftlichen Pensionskasse BLPK konnte eine für alle Seiten befriedigende Klärung der Situation erwirkt werden. Am 28. Mai wurden dann auch die Schulleitungen und Schulräte über die von den Sozialpartnern ausgehandelte Klarstellung wie folgt informiert:

«Aufgrund der betrieblichen Notwendigkeit können im Nachhinein befristete Wiederanstellungen im Rahmen von zur Zeit maximal CHF 21'060.- (auf das Jahressalär hochgerechnet) erfolgen. Mit dieser Regelung wird sichergestellt, dass in schulorganisatorisch be-

gründeten Ausnahmesituationen die zeitlich befristete Weiterbeschäftigung im Rahmen eines Arbeitseinsatzes unterhalb der BVG-Versicherungspflicht (maximal CHF 21'060.-) möglich ist. Massgeblich ist in jedem Fall das belegte Interesse der Schule (fehlende Alternative zur Sicherstellung des Unterrichts). Nicht zulässig sind entsprechende Weiterbeschäftigungen, wenn diese mit Bedürfnissen der oder des vorzeitig Pensionierten begründet werden (z.B. Zusatzeinkommen). Es besteht kein Anspruch auf Weiterbeschäftigung.

Stellvertretungen von maximal 3 Monaten Dauer unterstehen unabhängig vom Verdienst nicht der BVG-Pflicht und sind daher zulässig, sofern eine betriebliche Notwendigkeit besteht. Stellvertretungen dürfen aber nicht den Charakter einer faktischen Weiterbeschäftigung über das Datum der Frühpensionierung hinaus haben. Insbesondere ist eine Stellvertretung unmittelbar nach der Frühpensionierung unzulässig. Nicht zulässig ist auch die nahtlose Aneinanderreihung mehrerer Stellvertretungen zu einer Gesamtdauer von mehr als drei Monaten bei ein und demselben Arbeitgeber: Eine solche ist als reguläre Anstellung anzusehen, die der BVG-Pflicht unterliegt. Eine Kombination von Anstellungen unterhalb der BVG-Versicherungspflicht und von Stellvertretungen von maximal 3 Monaten Dauer ist nicht zulässig mit der Ausnahme, wenn die Anstellungen insgesamt unter dem BVG-pflichtigen Jahresverdienst bleiben.

Diversen Anfragen, die beim Personalamt und beim Stab Personal eintreffen, ist zu entnehmen, dass Auskünfte seitens der Pensionskasse mit der Haltung des Arbeitgebers vermischt oder wechselt werden. Massgeblich und verbindlich sind in jedem Fall die Auskünfte des Arbeitgebers. Für die Einhaltung der Richtlinie sind die Anstellungsbe-

hörden, hier bei befristeten Anstellungen im Speziellen die Schulleitungen, verantwortlich.»

Der LVB fügt diesen Erläuterungen noch zwei Bemerkungen hinzu:

- Bei der Feststellung, dass im Nachhinein befristete Wiederanstellungen im Rahmen von zur Zeit maximal CHF 21'060.- (auf das Jahressalär hochgerechnet) erfolgen können, muss der Klammerbemerkung «auf das Jahressalär hochgerechnet» gebührend Beachtung geschenkt werden: Wer beispielsweise nach der Pensionierung noch ein halbes Jahr in einem Teilpensum weiterarbeitet und in dieser Zeit (inkl. Anteil 13. Monatslohn) monatlich mehr als 1755 Fr. (= ein Zwölftel von 21'060.- Fr.) verdient, wird wieder pensionskassenpflichtig, obwohl der Gesamtverdienst unter 21'060.- Fr. liegt. Damit wird eine vorgängige Frühpensionierung zumindest teilweise nichtig.
- Neuanstellungen bei einem Arbeitgeber, dessen Pensionskasse nicht die BLPK ist, unterliegen keinen Einschränkungen. Auch wer sich nach der Frühpensionierung selbständig macht, kann dies problemlos tun.

Durch eine schnelle Reaktion konnte der LVB verhindern, dass offene Stellen in Kleinstpensen, die provisorisch bereits frühpensionierten Lehrkräften zugesprochen worden waren, durch die vermeintlich neue Ausgangslage an andere Lehrkräfte weitergegeben wurden. Auch hier hat sich der LVB-Einsatz also gelohnt!

Arbeits- und Vertragssituation an den Musikschulen des Kantons Baselland

Vom Vorstand des Vereins der Lehrpersonen der Musikschulen Baselland (LMS)

Der Vorstand des LMS (Verein der Lehrpersonen der Musikschulen Baselland) berichtet im Rahmen dieses Artikels in Auszügen über die Resultate der vom LMS durchgeführten Umfrage (2012/2013) bei den Lehrpersonen der Musikschulen des Kantons. Die Bezugsadresse der vollständigen Umfrage und der Resultate finden Sie am Ende dieses Textes.

Ausgangslage

Seit 2003 sind die basellandschaftlichen Musikschulen nach einem Volksentscheid als weitere offiziell anerkannte Schulart dem Kanton Baselland unterstellt. Die Finanzierung der Musikschulen wurde den Gemeinden zugewiesen. Als Ausgleich übernahm der Kanton die damalige Realschule. Die Gemeinden führen die Musikschulen, wählen die Musikschul-Lehrpersonen und stellen sie nach den Richtlinien des kantonalen Personalgesetzes an. Der Kanton übernimmt die Lohnadministration und ist für die Anstellung des Personals verantwortlich.

Die 2003 erfolgte Eingliederung der Musikschulen ins Bildungsgesetz des Kantons Baselland kann als schweizweit herausragende Errungenschaft mit Vorbildcharakter bewertet werden. Das Ziel war, an allen 15 Musikschulen einheitliche Bedingungen zu schaffen. Den Musikschul-Lehrpersonen der Oberbaselbieter Gemeinden sollte der gleiche Lohn wie den Musikschul-Lehrpersonen des unteren Kantons teils zuteil werden. In der damaligen Diskussion um die neuen Arbeitsbedingungen beim Kanton war die Rede von vertraglich besser abgesicherten Anstellungen und besseren Sozialleistungen bei einer einheitli-

chen Pensionskasse. Die Musikschul-Lehrpersonen erhielten einheitliche Verträge mit einem Rahmenvertragsverhältnis. 27 Lektionen entsprechen einem Beschäftigungsgrad von 100%.

2009/10 führte der Kanton bei allen Lehrpersonen des Kantons eine obligatorische Umfrage über die Zufriedenheit am Arbeitsplatz durch. Das Resultat zeigte, dass die Musikschul-Lehrpersonen sehr zufrieden an ihrem Arbeitsplatz sind. Diese Umfrage wurde unserer Ansicht nach aus fragetechnischen Gründen der Situation der Musikschul-Lehrpersonen nicht gerecht. Zudem wurde das Ressort «Beratung und Rechtshilfe» des LVB, gemäss Auskunft des zuständigen Ressortleiters, im Vergleich zu den Lehrpersonen anderer Schularten überproportional von den Lehrpersonen der Musikschulen kontaktiert, eine Tatsache, die im Widerspruch zur «grossen Zufriedenheit» stand. Meist ging es dabei um Fragen zu Arbeitsverträgen sowie deren Interpretation und Umsetzung.

Aus den oben genannten Gründen führte der LMS im Schuljahr 2012/13 an den 15 Musikschulen des Kantons eine eigene Umfrage durch, die einen besseren Einblick in die genaue Situation der Musikschul-Lehrpersonen ermöglichen sollte.

Die LMS-Umfrage

Inhaltlich lagen die Schwerpunkte der LMS-Umfrage auf den Arbeitsverträgen, auf dem Umgang damit, auf dem Informationsstand der Musikschul-Lehrpersonen bezüglich ihrer Anstellung und ihres Arbeitsvertrags mit Rahmenvertragsverhältnis sowie auf der persönlichen Situation und Zufriedenheit der Musikschul-Lehrpersonen als Angestellte des Kantons. Die Fragen beinhalteten minimale Auskünfte zur Lehrperson und richteten ihren Fokus auf das Anstellungsverhältnis mit dem Kanton. Ein weiterer Schwer-

punkt der Befragung lag darin, herauszufinden, wie das Anstellungsverhältnis im Alltag gelebt und erlebt wird. Ein grösserer Teil der Umfrage widmete sich der Frage, wie Musikschul-Lehrpersonen ihre Einkommenssituation empfinden.

Zum Zeitpunkt der Umfrage waren beim Kanton 556 Arbeitsverträge ausgestellt. Da jene Musikschul-Lehrpersonen, die an mehreren Schulen unterrichteten, angewiesen wurden, für jede Schule, an der sie unterrichteten, den Fragebogen zu beantworten, wurden die Resultate auf die Gesamtmenge der ausgefüllten Bögen bezogen. Es konnten 347 (62.4%) ausgefüllte Fragebogen ausgewertet werden. Die Resultate können somit als repräsentativ für alle Musikschul-Lehrpersonen des Kantons Baselland gelten.

93% der Befragten hatten zum Zeitpunkt der Befragung einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit «Rahmenvertragsverhältnis», 6% arbeiteten in einem befristeten Anstellungsverhältnis. Die Umfrage ergab, dass die durchschnittlich von einer Lehrperson an einer Musikschule erteilte Lektionenzahl bei 11.9 Lektionen liegt (der Beschäftigungsgrad von 100% entspricht 27 Lektionen). Umfangreiche Pensen (über 25 Wochenstunden) machen lediglich 22% aus. 77% der Musikschul-Lehrpersonen unterrichten nur an einer basellandschaftlichen Musikschule.

Ratlosigkeit bei der Handhabung der Arbeitsverträge

Nach zehn Jahren lässt sich bei der Auslegung der Arbeitsverträge durch die Musikschulen auf Seiten der Musikschul-Lehrpersonen und auf Seiten der Schulleitungen eine beträchtliche Ratlosigkeit feststellen. Leider wird in einigen Fällen unbekümmert diejenige Praxis weitergeführt, die schon vor der Eingliederung der Musikschulen ins Bildungsgesetz und den neuen kantona-

len Arbeitsverträgen nach Personalgesetz in den Gemeinden gepflegt wurde.¹ So wird mit den neuen gesetzlichen Vorgaben, z.B. mit dem Einhalten des unbefristeten Arbeitsverhältnisses entsprechend dem unteren Rahmen und mit den Kündigungen des Rahmenvertrags, sehr sorglos und unterschiedlich umgegangen. Die Unsicherheit über die Auslegung und den Umgang mit dem für die Musikschulen «speziellen» Rahmenvertragsverhältnis öffnet leider in einzelnen Fällen der Willkür Tür und Tor.

Grosse Pensenschwankungen sind eine Realität

Musikschul-Lehrpersonen nehmen im Kontext ihrer unbefristeten Anstellung mit Rahmenvertragsverhältnis halbjährlich grosse Schwankungen der Lektionenzahl und damit einhergehend grosse Schwankungen ihres Einkommens in Kauf.

Es ist üblich, einen Spielraum von drei Lektionen als Rahmen festzulegen; bei einem durchschnittlichen Pensum von 11.9 Lektionen entspricht dies 25%. Das heisst, dass eine Lehrperson mit einem Pensum von 12 Lektionen jedes Semester damit rechnen muss, ein Viertel ihres Lohnes zu verlieren. Für die Hälfte der Lehrpersonen haben Schwankungen schon innerhalb des Rahmens bereits gravierende Auswirkungen. So entspricht eine Schwankung von 3 Lektionen bei einem Pensum von nur 6 Lektionen schon der Hälfte des Einkommens.

Dabei kann das Herabsetzen des Rahmens bei einem kleinen Pensum dazu führen, dass die Lehrperson beim Unterschreiten des Pensionskassenminimums von fünf Lektionen aus der Pensionskasse fällt. Bei weiteren Pensenkürzungen kann im äussersten Fall ein unterer Rahmen von 0 Stunden erreicht werden, was einer «verdeckten» befristeten Anstellung entspricht.

Durch die vom Personaldienst der BKSD empfohlene «6-Wochenklausel» (das Pensum wird z.B. beim Wegzug eines Schülers bereits nach einer sechswöchigen Frist angepasst) ist es möglich, dass das Einkommen sogar innerhalb eines Semesters plötzlich einbrechen kann.

Aus rechtlicher Sicht ist dieser Umgang mit den Verträgen problematisch, weil hier asymmetrische Vereinbarungen zu Ungunsten des Angestellten getroffen werden. Weder das Rahmenvertragsverhältnis noch die «6-Wochenklausel» sind auf der Basis des geltenden Personalrechts schlüssig begründbar. Etliche Musikschul-Lehrpersonen äusserten in der Befragung deutlich ihren Unmut zum Nicht-Einhalten des unbefristeten Arbeitsverhältnisses.

Einige Lehrpersonen geben an, dass ihnen unter Umgehung der Kündigungsfrist und nicht im «gegenseitigen Einvernehmen» der Rahmen nach unten angepasst wurde. Ausserdem wird bei Teilkündigungen des Öfteren das Anciennitätsprinzip missachtet und dem/der Gekündigten keine alternative Beschäftigung angeboten, obwohl dies das Personalgesetz vorsieht. Die versprochene Anstellungssicherheit ist bei einer derartigen Handhabung der Verträge in weite Ferne gerückt.

Musikschul-Lehrpersonen sind nur scheinbar gut über ihre Situation informiert

In der Umfrage geben 52% der Musikschul-Lehrpersonen an, gut über ihren Arbeitsvertrag informiert zu sein. Detailliertere Fragen zeigen aber, dass 48% der Lehrpersonen annehmen, ihr Arbeitsvertrag könne am Ende jedes Semesters gekündigt werden. 23% der Lehrpersonen ist nicht klar, was dieser unbefristete Arbeitsvertrag mit Rahmenvertragsverhältnis genau bedeutet. Diese Aussagen verwundern nicht, da bei Schülerrückgang zuerst Mutati-

onen innerhalb des Rahmens stattfinden, dann aber bei weiterem Pensenschwund auch der Rahmen gekündigt wird. Fast die Hälfte der Musikschul-Lehrpersonen nehmen wiederholte Änderungskündigungen fälschlicherweise als gegeben hin.

7% der Befragten hatten bereits vertragsrechtliche Probleme. Einzelne gaben zudem an, dass sie ihre geänderten Verträge auch schon nicht unterschrieben zurückgeschickt hätten, ohne dass von Seiten des Arbeitgebers darauf reagiert worden wäre.

Im schlimmsten Fall kommt eine sukzessive Kündigung des Rahmenvertragsverhältnisses in kleinen Schritten von unter 20% des aktuellen Pensums einer «Kettenkündigung» gleich, die dazu führt, dass kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung besteht. Diese Tatsache ist laut Umfrage ganzen 44% der angestellten Musikschul-Lehrpersonen *nicht* bekannt. Die Musikschul-Lehrpersonen sind bei der Arbeitslosenversicherung zwar als Beitragszahler willkommen, von deren Leistung aber sind sie in diesem Fall ausgeschlossen.

Nebeneinkünfte tragen wenig zur Einkommenssicherheit bei

Allgemein wird davon ausgegangen, dass sich Musikschul-Lehrpersonen durch aktives Mitwirken bei musikalischen Projekten finanziell absichern. Die Umfrage zeigt jedoch, dass dies nur auf 10% der Lehrpersonen zutrifft. Für 43% der Befragten gilt, dass sie nur zusammen mit ihrem Lebenspartner den Lebensunterhalt finanzieren können. Unregelmässige Unterrichtszeiten und die Verpflichtung, an Sitzungen und Schulanlässen teilzunehmen, erschweren es den Lehrpersonen, eine andere Teilzeitarbeit zu finden und sich gleichzeitig für die Schule einzusetzen. Der Druck, das Einkommen allein über die Musikschule zu sichern, wächst mit zunehmendem Alter.

Das Gros der Musiklehrerinnen und Musiklehrer setzt sich über lange Jahre fast ausschliesslich für den Unterricht und die Aktivitäten an der Musikschule ein, was sowohl einen Wiedereinstieg in das Konzertleben, als auch die Suche nach anderen – oft schlecht bezahlten – künstlerischen Projekten erschwert. Die Bemühungen, den durch Pensentrückgang entstandenen Einkommensausfall durch ausserschulische Aktivitäten und Engagements zu kompensieren, führen deshalb selten zum Erfolg

Fazit

Die Resultate zeigen, dass das Gros der Musikschul-Lehrpersonen des Kantons Baselland nur an einer Musikschule angestellt ist und keiner zusätzlichen lohnrelevanten künstlerischen oder anderweitigen Tätigkeit nachgeht. In 43% der Fälle kann für den Unterhalt von Familie oder Partnerschaft nur zusammen mit dem Partner gesorgt werden. Musikschul-Lehrpersonen sind vom Einkommen, das sie aus der Anstellung an ihrer Musikschule erzielen, hochgradig abhängig. Die persönliche Lebenssituation wird durch häufige Pensenschwankungen stark belastet.

Die Musikschulen kennen kaum gezielte Umschulungs- und Weiterbildungskonzepte. Einen Austausch von Lehrpersonen mit zu kleinen Pensen innerhalb des Kantons gibt es nicht. Bezahlte Projektarbeit oder andere Strategien zur Verbesserung der Arbeitssicherheit ihrer Angestellten sind nach Angaben der Befragten leider Ausnahmen an den Musikschulen. Die Musikschul-Lehrpersonen ihrerseits wären bereit, Pensenschwankungen mit Spezialprojekten und Zusatzarbeiten auszugleichen.

Das Personalgesetz sieht das Rahmenvertragsverhältnis nicht explizit vor. Der Inhalt des unbefristeten Arbeitsvertrages mit Rahmenvertragsverhältnis

versuchte ursprünglich der speziellen Anstellungssituation der Musikschul-Lehrpersonen, die von den An- und Abmeldungen der Schüler und Schülerinnen abhängt, gerecht zu werden. Im Rahmenvertragsverhältnis akzeptiert die Musikschul-Lehrperson, dass ihre Arbeitssituation Schwankungen in Pensum und Einkommen mit sich bringen kann. Die Schule ihrerseits respektiert mit dem Inhalt des unteren Rahmens die unbefristete Anstellung.

An der 22. Jahreskonferenz der Musikschul-Lehrpersonen im Februar 2012 informierte der Leiter des Personaldienstes der BKSD darüber, dass bei 581 Anstellungsverträgen 200 Mutationen ausserhalb des Rahmens stattgefunden hatten. Diese grosse Zahl stimmt nachdenklich, denn grundsätzlich hat jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin Anspruch auf ein geregeltes Arbeitsverhältnis. Unabdingbare Bestandteile eines vereinbarten Arbeitsvertrages sind der Inhalt und Umfang der Arbeitsleistung sowie die Höhe des vereinbarten Lohnes. Dazu hat der Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin im speziellen Fall eines Teilzeitarbeitsverhältnisses zusätzlich Recht auf Klarheit und Konstanz der Arbeitseinsätze, damit die Möglichkeit besteht, Nebenbeschäftigungen an anderer Stelle annehmen und planen zu können.

Die Tatsache, dass Arbeitsverträge im halbjährlichen Rhythmus (in seltenen Fällen auch während des Semesters) hinsichtlich Arbeitspensum und Lohnanspruch geändert werden können, schmälert die Rechtssicherheit der Musikschul-Lehrpersonen in grossem Masse. Der rücksichtsvolle Umgang mit den Arbeitsverträgen und die Suche nach Lösungen für den Inhalt des unbefristeten Arbeitsverhältnisses müssen von Arbeitgeberseite in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern unter dem Aspekt des Rechtsanspruches der Musiklehrerinnen und Musiklehrer einerseits

gefordert und andererseits dringend angegangen werden. In dieser Absicht hat der LMS-Vorstand zu den Schulleitungen als direkten Ansprechspartner Kontakt aufgenommen.

Die Umfrage mit den detaillierten Resultaten und Ausführungen unter dem Titel «Arbeits- und Vertragssituation an den Musikschulen im Kanton Basel-Land» erhalten Sie als Mailversion via: y.sugawara@bluewin.ch

¹ Vor der Eingliederung der Musikschulen in den Kanton waren die Schulleitungen frei gewesen, die Grösse der einzelnen Pensen semesterweise nach Eingang der Anmeldungen nach unten wie nach oben ohne vertragliche Einschränkungen anzupassen. Einzig die maximale Pflichtstundenzahl durfte nicht überschritten werden. Die Lehrpersonen wurden nach Bedarf angestellt und hatten teilweise keine richtigen Verträge.

Früh fremd? Honni soit qui mal y pense

Zur aktuellen Lage der Fremdsprachendebatte

Von Roger von Wartburg



Die Debatte um den Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe ist seit nunmehr einem Jahrzehnt ein Dauerbrenner in Medien, Bildungspolitik und Lehrerzimmern. In den vergangenen Monaten ist die Diskussion noch einmal zusätzlich befeuert worden, nicht zuletzt durch politische Entscheidungsprozesse in verschiedenen Kantonen bis hin zu Äusserungen von Bundesrat Alain Berset. Anlass genug, zum wiederholten Male eine aktualisierte Bestandesaufnahme vorzunehmen.

Ironie der Geschichte in Schaffhausen

Damit dürfte D-EDK-Präsident Christian Amsler, seit Jahren ein glühender Verfechter zweier Primarfremdsprachen im Rahmen des Lehrplan-21-Konzepts, kaum gerechnet haben: Dass das Parlament seines Heimatkantons Schaffhausen am 17. Februar 2014 – und damit knapp 6 Jahre nach der dortigen Einführung von Frühenglisch ab der 3. Klasse – mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit verlangen würde, dass die Schaffhauser Primarschulkinder künftig nur noch zu *einer* Fremdsprache verpflichtet werden sollen.

Erziehungsdirektor Amsler muss sich nun folglich gegen seinen eigenen Willen dafür einsetzen, dass nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe obligatorisch bleibt, zusätzlicher Fremdsprachen-Unterricht dagegen auf Freiwilligkeit basieren soll.

Das grosse Rumoren in den Kantonen

Vergeblich hatte Christian Amsler den Schaffhauser Kantonsrat vor der «Signalwirkung» eines solchen Entscheids gewarnt. Aus der Luft gegriffen sind Amslers Befürchtungen indes nicht, denn in diversen Kantonen steht der frühe Fremdsprachenunterricht unter massivem Druck – mancherorts sogar schon vor seiner geplanten Einführung.

So wird die Zuger Regierung auf Druck des Parlaments nach den Sommerferien 2014 den Fremdsprachenunterricht evaluieren müssen, um herauszufinden, wie viele Kinder mit dem Frühfranzösisch tatsächlich überfordert sind. In den Kantonen Luzern, Graubünden und Nidwalden wurden Initiativen mit dem Ziel lanciert, sich auf *eine* Fremdsprache an den Primarschulen zu beschränken.

Auch in den Kantonen Thurgau und Basel-Landschaft sind parlamentari-

sche Vorstösse hängig, die nur eine obligatorische Fremdsprache fordern. Im Aargau schliesslich mehrten sich die Stimmen, die angesichts bevorstehender Sparübungen lieber auf die Einführung von Frühfranzösisch verzichten wollen, anstatt das bestehende Angebot an den Schulen zusammenzustreichen.

Blick zurück zur EDK-Sprachenstrategie 2004

Der Ursprung der ganzen Debatte liegt mittlerweile 10 Jahre zurück. Beraten von führenden Schweizer Sprachwissenschaftlern, hatte die Erziehungsdirektorenkonferenz einen folgeschweren Grundsatzentscheid gefällt: die Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts um zwei Jahre, hin zum «Modell 3/5». Damals hiess es von Seiten der Promotoren, «das Hirn von Kindern sei besonders aufnahmefähig für Sprachen. Gleichzeitig fühlte man sich durch den weltweit zu beobachtenden Trend zur Vorverlegung der Fremdsprachen bestätigt.»¹

Insbesondere in der Politik fühlten sich angesichts derartiger Verheissungen auch in den Folgejahren manche Akteurinnen und Akteure dazu bemüht, in das gleiche «Hirnforschungshorn» zu stossen – gelegentlich herben argumentativen Bruchlandungen zum Trotz.

So verkündete SP-Nationalrätin Chantal Galladé in einem Interview, dass das Sprachzentrum im Hirn im Alter von vier bis sieben Jahren sehr aufnahmefähig sei. Auf den Hinweis der Journalistin, wonach Studien zeigen würden, dass Schüler mit Frühfranzösisch die Sprache am Ende ihrer Schulzeit nicht besser beherrschten als jene, die erst später damit beginnen, antwortete Galladé: «Das stimmt. Allerdings ist dasselbe fürs Frühenglisch nicht erwiesen. Dort lohnt sich ein früher Start meines Wissens.»²

Apokalyptische Töne zur Lage der Nation

Die Tatsache, dass aktuell in einigen Kantonen zumindest erwogen wird, eine der beiden Fremdsprachen an die Oberstufe (zurück) zu verlegen, gewann in den letzten Wochen zusätzliche Sprengkraft dadurch, dass, mit Ausnahme der an der Sprachgrenze liegenden Kantone, diese erst später zu erlernende Fremdsprache tendenziell nicht etwa Englisch, sondern Französisch sein solle. Damit wurde die Thematik um eine geradezu staatspolitische Dimension erweitert – oder wenigstens in diesem Sinne hochstilisiert.

Geharnischte Reaktionen waren die Folge. Ein Vorstandsmitglied der Organisation «Pro Grigioni Italiano» sprach von einem «zersetzenden und verderblichen Vorschlag für unsere friedliche Koexistenz» in der Schweiz. Der emeritierte Basler Professor (und Berater bei der Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts) Georges Lüdi sagte: «Wenn wir miteinander nur noch Englisch sprechen, besteht die Gefahr, dass die Schweiz auseinanderbricht.»³ Auch der Walliser SP-Nationalrat und Lehrer Mathias Reynard sah den nationalen Zusammenhalt «in Gefahr» und verortete die Fremdsprachen-Debatte überdies als rein deutschschweizerisches Phänomen, denn in der Westschweiz stelle «niemand den Deutschunterricht in Frage.»⁴

Bundesrat Berset prescht vor

Endgültig zum eidgenössischen Politikum wurde die Fremdsprachendebatte durch den Positionsbezug von Innenminister Alain Berset Mitte März. Für ihn würde Französischunterricht erst ab der Oberstufe in der Deutschschweiz bedeuten, «dass wir schon heute akzeptieren würden, in der Zukunft uns nicht mehr im Land in einer Landessprache verstehen zu können.»⁵ Gleichzeitig drohte Berset jenen Kantonen, die «mit der Verdrängung des

Französischunterrichts aus der Primarschule liebäugeln, relativ unverhohlen mit einem Bundeseingriff.»⁶

Dabei gilt es sich das Folgende vor Augen zu führen: Gemäss dem 2006 per Volksabstimmung deutlich angenommenen Bildungsartikel in der Bundesverfassung ist der Bund dazu *verpflichtet*, per 2015 in die kantonale Schulhoheit einzugreifen, wenn die Kantone es nicht von sich aus schaffen, harmonisierte Lösungen zu erarbeiten. Wohlverstanden: In Absatz 4 des Verfassungsartikels findet sich nicht etwa eine Kann-Formulierung, sondern es heisst klar und unmissverständlich: «... so erlässt der Bundesrat die notwendigen Vorschriften».

Überschätztes Schulfranzösisch?

Alain Bersets Äusserungen wiederum riefen ihrerseits ablehnende Reaktionen hervor. Insbesondere der Artikel von Michael Furger aus der «NZZ am Sonntag» verursachte einigen Wirbel. Furger schrieb: «Gäbe es eine Liste der häufigsten politischen Phrasen, dürfte ein Begriff nicht fehlen: die nationale Kohäsion. Wo wahre Argumente fehlen, beschwört das politische Personal in der Schweiz gerne den inneren Zusammenhalt des Landes. [...] Und so war es diese Woche Bundesrat Alain Berset, der sich anschickte, mit der Kohäsions-Keule ein paar aufmüpfige Kantone wieder in die richtige Spur zu klopfen. [...] Nun ist es so, dass die Lehrkräfte schon seit einiger Zeit kritisieren, dass zwei Fremdsprachen in der Primarschule lerntechnisch wenig Sinn ergeben. Viele Kinder seien überfordert [...]. Es handelt sich hier also um ein pädagogisches Problem. [...] Nach der Logik der Sprachen-Kohäsion fühlen sich die Deutschschweizer [...] den Romands mehr zugehörig, wenn sie als Kinder Französisch in der Primarschule gelernt haben – und umgekehrt. [...] Die Idee klingt hübsch, ist aber, wenn wir ehrlich sind, ziemlich hilflos. [...]

Dass sich Romands und Deutschschweizer zuweilen missverstehen, bestreitet niemand. Aber es sind in aller Regel keine sprachlichen Missverständnisse daran schuld, sondern eine unterschiedliche Mentalität und Kultur. Und diese werden in zwei bis drei Wochenlektionen in der Primarschule nicht einmal rudimentär vermittelt. [...] Hören wir auf, unsere Landessprachen zu verklären und politisch aufzuladen. Die Sprache als Teil der nationalen Identität mag in einem einsprachigen Land funktionieren, aber nicht in der mehrsprachigen Schweiz. [...] Die Diskussion über Fremdsprachen in der Schule ist eine pädagogische Debatte. Sie sollte es bleiben. Die Politik hat hierzu wenig Substanzielles beizutragen. Als Kitt zwischen den Landesteilen taugt der Schulunterricht nicht.»⁷

In den Leserbrief-Spalten der nachfolgenden Tage erfuhr Michael Furger einigen Zuspruch, wovon diese Auswahl zeugt: «Ich war früher auch für Fremdsprachen in der Primarschule – bis ich dies an den eigenen Kindern erlebte. Es ist in keinem Verhältnis, mit welchem Aufwand Primarschüler zwei Fremdsprachen lernen. Die Fähigkeiten nach mehreren Jahren Unterricht sind dürftig. [...] Mit weniger Fremdsprachen bliebe in der Primarschule wieder etwas mehr Raum für die wesentlichen Grundlagen: Mathematik [...] und Muttersprache.»⁸ «Wer [...] beobachtet, wie Schüler in der dritten Klasse mit einer Fremdsprache beginnen, zumeist ohne Grundkenntnisse der eigenen Sprache, dem blutet das Herz ob eines solchen Unfugs.»⁹ «Vieles käme besser heraus auf der Welt, wenn man mehr auf die Praktiker als auf die Theoretiker hören würde. [...] Bundesrat Berset sollte sich einmal umhören in ein paar Deutschschweizer 6. Klassen und schauen, was den Kindern vom rudimentären Französischunterricht geblieben ist.»¹⁰ «In der Primarschule hat sich das vielgepriesene frühe Lernen

von zwei Fremdsprachen nebeneinander nicht bewährt. Mit dem Kurzfutter-Konzept mit nur zwei Wochenstunden pro Fremdsprache hat rund die Hälfte der Primarschüler keine Chance, ohne stützende Massnahmen in beiden Sprachen auf einen grünen Zweig zu kommen. Diese erhebliche Belastung der Primarschule durch die Fremdsprachen geht auf Kosten anderer zentraler Fächer, die [...] nachhaltigeren Lernerfolg versprechen.»¹¹

Unterschiedliche Aspekte der Debatte

Schon allein diese Kostproben aus Leserbriefen machen deutlich, dass die Fremdsprachen-Thematik mittlerweile auf ganz unterschiedlichen Ebenen – auch wenn sich diese unmöglich säuberlich auseinanderdividieren lassen – eifrig, zuweilen gar emotional bis hitzig diskutiert wird:

- Die pädagogische Sicht: Sind zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe überhaupt sinnvoll oder sollte man sich besser auf eine beschränken?
- Die staatspolitische Frage: Gebührt der Landessprache Französisch zwingend der Vorzug vor dem Englischen?
- Die Föderalismus-Frage: Wo respektive wie stark hat sich die kantonale Hoheit hinsichtlich der Fremdsprachen dem generellen Harmonisierungsvotum des Stimmvolkes zu beugen?
- Die didaktische Perspektive: Was taugt die bisher erfolgte Umsetzung des Frühfremd-Unterrichts inklusive der dazugehörigen Lehrmittel?
- Die Wahrnehmungs-Diskrepanz: Wie kommt es, dass sich die Einschätzungen zumindest eines Teils der «Bildungsfachleute» (einmal mehr) in hohem Masse von denen der betroffenen Lehrpersonen und Eltern unterscheiden?

Primat der Staatspolitik oder der Pädagogik?

Sprachlehrer, Englisch-Didaktiker und Bildungs-Blogger Urs Kalberer, landesweit einer der profiliertesten Kritiker des bestehenden EDK-Sprachenkonzepts, vertritt ganz klar die Ansicht, dass allein die Bedürfnisse der Lernenden ausschlaggebend sein müssten: «Es ist unsinnig, wenn haltlose staatspolitische Begründungen bemüht werden, um pädagogische Argumente zu

verdrängen. Der Fremdsprachenunterricht ist für die Kinder und nicht für den Staat.»¹²

Eine dezidierte Haltung bezüglich der Fremdsprachen-Staffelung nahm Michael Schoenenberger in der «NZZ» ein: «Welche Sprache soll nun zuerst an die Reihe kommen: Französisch oder Englisch? [...] In einem Land, in dem in Sonntagspredigten und am 1. August gern und stolz auf die Vielfalt der Kulturen und ihr tolerantes [...] Zusammenleben hingewiesen wird, kann es nur eine Antwort geben. [...] Die Landessprache hat [...] Vorrang.»¹³

Selbst alt Bundesrat Pascal Couchepin griff nun in die Debatte ein und stellte staatspolitische Überlegungen zugunsten des Primats des Französischen unmissverständlich über pädagogische Gesichtspunkte: «Es geht um viel mehr als eine rein schulische Entscheidung. [...] Die Koexistenz mehrerer Sprachen ist für die Schweiz grundlegender als die relativ junge direkte Demokratie oder die Neutralität [...]. Die sogenannten pädagogischen Argumente werden daneben zweitrangig.»¹⁴



Possen statt Pragmatismus?

Kalberer seinerseits taxierte Couchepins Sorge um die Fragilität der nationalen Einheit in seinem Blog etwas despektierlich als «welsche Warnpose»: «Sprachen lernen ist Privatsache und keine Pflicht. Unsere Kinder sind diesbezüglich dem Staat nichts schuldig. Weiter gibt es keinen Zusammenhang zwischen dem frühen schulischen Erlernen von Französisch und dem gegenseitigen Verständnis der Landesteile. Drittens ist es absurd, eine Krise des nationalen Zusammenhalts herbeireden zu wollen. Schon Dürrenmatt hat erkannt, dass die Schweizer Nationalsprachen eher nebeneinander existierten, denn miteinander. Vielleicht ist dies auch das Geheimnis unseres problemlosen nationalen Verständnisses.»¹⁵

Aus Kalberers Sicht ist die Prioritätensetzung vieler Politikerinnen und Politiker ganz einfach falsch: «Die Politik interessiert sich nicht dafür, ob die Fremdsprachen gut oder schlecht gelernt werden. Ihr geht es einzig darum, welche der beiden Fremdsprachen zuerst begonnen wird. Ist es Französisch, dann sind wir Brückenbauer über die Sprachgrenzen hinweg. Ist es Englisch, dann impfen wir unsere Kinder mit dem kalten Hauch der internationalen

Finanzströme. Welch ein Blödsinn! Entscheidend ist doch, was die Jugendlichen am Ende der Schulzeit können.»¹⁶

Sprachregionale Bedürfnisse höher gewichten?

Unrecht täte man Urs Kalberer jedoch, wenn man ihn dem Vorwurf einer undifferenzierten Position aussetzen würde. In seinem Essay «Dilemma der Fremdsprache» vertritt er, auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen in seinem Wohnkanton Graubünden, vielmehr die Ansicht, die Fremdsprachen-Frage einer stärker sprachregional geprägten Betrachtungsweise zuzuführen: «Sprachlich gesehen besteht die Schweiz [...] aus vier Regionen. [...] Die Bedürfnisse der einzelnen Sprachregionen unterscheiden sich deutlich voneinander. Für einen Rätoromanen ist Deutsch viel zentraler als für einen Deutschbündner Romanisch. Unsere momentane Politik gründet auf einem «Gleichgewicht des Schreckens». So ist aus den Reaktionen aus der lateinischen Schweiz zwischen den Zeilen zu lesen: «Wenn wir schon das Opfer auf uns nehmen und Deutsch ab der 3. Klasse unterrichten, dann erwarten wir, dass auch ihr unsere Sprache ab der 3. Klasse unterrichtet.» Doch diese Art von ausgleichender Gerechtigkeit

kann keine tragende Stütze für ein Sprachenkonzept sein. Besonders ausgeprägt zeigt sich dies am Beispiel des einzigen dreisprachigen Kantons Graubünden. Dort rühmt man sich eines Konzepts, das den Schülern in jeder Sprache arithmetisch genau gleich viele Fremdsprachenlektionen zur gleichen Zeit zumutet. Was rechtlich und politisch durchaus vertretbar aussieht, wird in der Realität zur Farce. Die Romanen, die zweisprachig deutsch-romanisch aufwachsen und für die Italienisch nahe liegt, werden in den gleichen Topf geworfen wie die Deutschbündner. Diese wiederum lernen – aus erzwungener kantonaler «Solidarität» und mit desolaten Resultaten – ab der dritten Primarklasse Italienisch und nicht wie ihre Kameraden in der restlichen Ostschweiz Englisch. Wir brauchen darum eine differenzierte Gewichtung der Interessen jeder Sprachregion. [...] Wenn die Westschweiz wie bisher Deutschkenntnisse als prioritär einstuft, dann darf sie das tun. Niemand soll aber die Italienischbündner und Tessiner zwingen, Deutsch zu lernen, genau gleich, wie niemand den Deutschschweizern ein schlechtes Gewissen einreden darf, wenn sie Französisch erst ab der Oberstufe lernen wollen.»¹⁷



Fanal zum Comeback des Schulföderalismus?

Auf den ersten Blick eher überraschend teilt auch Christophe Büchi, seines Zeichens Westschweizer Korrespondent der «NZZ», Kalberers Kritik an Bundesrat Bersets Wink mit dem Zaunpfahl: «Ich verstehe zwar, dass sich die Landesregierung um die Landessprachen Sorgen macht. [...] Und dennoch wäre eine Intervention des Bundes keine gute Sache.»¹⁸

Damit nicht genug; in seiner Argumentation stellte Büchi sogar explizit die 2006 an der Urne verordnete Vereinheitlichung der schweizerischen Schulsysteme in Frage: «Wenn es eine Domäne gibt, in denen der Föderalismus à la suisse weiter seine Berechtigung hat, dann ist es der Schulbereich. [...] Im Schulwesen [...] fallen regionale und lokale Besonderheiten schwer ins Gewicht, und sie sollten auch respektiert werden, gerade auch im Bereich des Sprachenunterrichts. Es ist doch sonnenklar, dass die Frage, wie und wann welche Sprachen gelehrt und unterrichtet werden sollten, etwa in der Ostschweiz und in Basel nicht gleich beurteilt wird. Statt alle Kantone über den gleichen Leisten zu schlagen, sollte deshalb jeder die für seine Situation beste Lösung suchen dürfen. Das grosse Problem ist allerdings, dass das Prinzip Föderalismus sich mit einem anderen Grundsatz der Schweizer Schulpolitik, mit dem Prinzip Vereinheitlichung (in der Regel harmlos als «Harmonisierung» bezeichnet), nicht gut verträgt, oder deutsch und deutlich gesagt: ihm letzten Endes diametral entgegenläuft. Auch wenn dies gern verwedelt wird: Es besteht hier ein Zielkonflikt. [...] Nun ist die Bereitschaft, föderalistische Vielfalt zu akzeptieren oder gar gut zu finden, in den letzten Jahren offensichtlich stark gesunken. Man will immer mehr einheitliche Lösungen. Und deshalb wurde in der deutschen Schweiz die Grossbaustelle Harnos eröffnet.

Und darum haben wird jetzt ein massives Problem in der Sprachenpolitik. Denn wenn man harmonisieren und vereinheitlichen will, dann kommt man um die Sprachenfrage nicht herum.»¹⁹

Schlachtung der Heiligen Kuh erforderlich?

Christophe Büchi warf vor dem Hintergrund der Fremdsprachen-Thematik jene Frage auf, die seit dem überdeutlichen Ja zum Bildungsartikel in der Bundesverfassung vor acht Jahren kaum mehr jemand zu stellen gewagt hatte: die Frage nach der allumfassenden Richtigkeit und Sinnhaftigkeit dieses politischen Entscheids. «Nun könnte man sich aber auch die Frage stellen, ob eine Vereinheitlichung der kantonalen Schulsysteme wirklich das Alpha und das Omega eidgenössischer Schulpolitik sein muss. [...] Überhaupt habe ich bisher kein definitiv überzeugendes Argument gehört, weshalb man die kantonalen Schulsysteme unbedingt vereinheitlichen sollte. Deshalb schiene es mir klüger, die zur Heiligen Kuh erklärte Harmonisierung zu schlachten, als den Schulföderalismus auszuhebeln. [...] Um es noch konkreter zu sagen. Wenn die Bevölkerung, die Lehrerschaft und die Behörden gewisser Innerschweizer Kantone wirklich der Meinung sein sollten, ihren Schülern und Schülerinnen sei Französisch in der Primarschule nicht zuzumuten, so finde ich dies zwar äusserst bedauerlich [...]. Aber man muss es akzeptieren. Es macht ja wenig Sinn, die kulturelle Vielfalt der Schweiz in Festreden zu loben und immer dann, wenn sie sich konkret manifestiert, nach einer einheitlichen Lösung zu rufen.»²⁰

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich die NZZ-Journalisten Schoenenberger und Büchi zwar beide auf die hochgelobte «kulturelle Vielfalt der Schweiz» berufen, dabei aber zu vollkommen gegensätzlichen Schlussfolgerungen gelangen: Wäh-

rend Schoenenberger daraus nämlich das zwingende Primat der Landessprache ableitet, erkennt Büchi darin gerade eine notwendige Ablehnung derartiger Einheitslösungen.

Im «Tages-Anzeiger» wurden die beiden Nationalräte und ausgebildeten Lehrer Matthias Aebischer (SP) und Peter Keller (SVP) gemeinsam zu den Fremdsprachen im Spannungsfeld zwischen Harmonisierung und Föderalismus befragt. Wenig überraschend waren dabei die Rollen klar verteilt. Der Berner Aebischer argumentierte im «Berset-Stil» mit den Sprachen als Elixier des nationalen Zusammenhalts, während der Innerschweizer Keller die bildungspolitischen Harmonisierungsbemühungen insgesamt als «gescheitert» beschrieb. Darüber hinaus sah Aebischer Zustände wie in Belgien, das sich «in einem riesigen Sprachenstreit» befinde, auf die Schweiz zukommen. Keller seinerseits interpretierte die Probleme in Belgien ganz anders: «Das ist ein zentralisiertes oder eben «harmonisiertes» Land, das seinen Landesteilen viel zu wenig Freiheiten lässt. Genau darin liegt die Ursache dieser kulturellen Konflikte. Deshalb kann ich es nicht begreifen, dass man nun auch in der Schweiz beginnt, solche sensiblen Fragen von oben herab zu diktieren.»²¹

Crèmeschnitte im Kreuzfeuer

Hinsichtlich der bereits erfolgten Umsetzung des frühen Fremdsprachenunterrichts in den einzelnen Kantonen fällt auf, mit welcher Regelmässigkeit das Französisch-Lehrmittel «Mille feuilles» (Crèmeschnitte) in die Schlagzeilen gerät. Insbesondere in der «Basler Zeitung» tobt seit Monaten eine Auseinandersetzung in Form von Wortmeldungen und Leserbriefen von Befürwortern und Gegnern des neuartigen Französisch-Unterrichts. Ende Februar 2014 wurde vermeldet, dass an verschiedenen Basler Primarschulen Eltern deswegen auf die Barrikaden gingen.

Eine Mutter wurde mit den Worten zitiert, sie halte «Mille feuilles» für ein problematisches und komplexes Lehrmittel, bei dem die Kinder nicht wüssten, wie sie üben sollten. Ausserdem wurde das Vorankommen im Erlernen von Französisch mit «Mille feuilles» erheblich in Frage gestellt, da Kinder nach einem Jahr Unterricht noch nicht einmal im Urlaub eine Cola bestellen oder nach dem Weg fragen könnten. Das Gesamturteil der Journalistin in ihrem Kommentar jedenfalls war vernichtend: «Problematisch ist [...], dass einmal mehr wertvolle Ressourcen und Kosten in dieses unsinnige Projekt gesteckt werden.»²²

Ganz anders tönnte es von Seiten des deutschen Sprachdidaktikers Dieter Wolff, der als wissenschaftlicher Berater am Lehrmittel «Mille feuilles» mitgewirkt hatte und in derselben Ausgabe der «Basler Zeitung» ebenfalls zu Wort kam: «Das Lehrmittel entspricht den heutigen theoretischen Erkenntnissen in der Pädagogik, so einfach ist das. [...] Die Kinder sollen sprachliche

Kompetenzen erwerben. [...] Grammatik ist für viele ein Graus, trotzdem unterrichten viele Lehrer wie vor fünfzig Jahren. [...] Es ist definitiv zu früh, die Flinte ins Korn zu werfen. Ich kann meine Hand dafür ins Feuer legen, dass das funktionieren wird. Es braucht bloss – wie so oft im Leben – etwas Geduld. Und eine gute, solide Ausbildung der Lehrerschaft.»²³

Eine verkorkste pädagogische Modeströmung?

Die Reaktionen der Leserschaft auf Herrn Wolffs Äusserungen fielen teilweise deutlich aus: «In der Pädagogik gibt es keine exakten «theoretischen» Erkenntnisse [...]. Daher verhalten sich solche Erkenntnisse wie Modeströmungen. Im Extremfall erreicht die Diskussion Religionsstatus, inklusive Obergurru. Pädagogik ist zum Jahrmarkt von «Wissen»schafflern geworden, die verunsicherten Politikern Rezepte verkaufen.»²⁴ «Die neue Fremdsprachendidaktik [...] entpuppt sich als weiterer Pädagogik-Hype, der nach Professor Dieter Wolff zwar angeblich «den heu-

tigen theoretischen Erkenntnissen» entspricht, den praktischen Realitäten jedoch nicht gerecht werden kann. Sprachenlernen funktioniert im Schulalter nicht mehr so wie beim Kleinkind, das mithilfe eines analytisch-vergleichend operierenden Automatismus des Gehirns die Muttersprache(n) aus dem «Sprachbad» systematisch aufsteigend konstruiert. Später muss Sprachenlernen leider ohne innere Lehrinstanz mit bewusst vollzogenem Verstehen, Anwenden und Erinnern gelernt werden. Hinter der grossartig angekündigten Lehrmethode verbirgt sich in Wahrheit eine verkorkte Mischung aus vergleichender Sprachwissenschaft, missverstandener Gehirnforschung, technokratischer Kompetenzideologie und modischer Schonpädagogik, insgesamt eine Mixtur, die den Starken nicht schadet, die Schwachen aber überfordert.»²⁵

Leserbriefschreiber Peter Uhr dagegen zeigte sich erbost über die «undifferenzierten Attacken» der «BaZ»-Berichterstattung zu «Mille feuilles».



Er unterstellte der Urheberin «komplett falsche Behauptungen» sowie mangelnde «Sorgfalt und Fairness»²⁶. Verschwiegen werden sollte dabei aber nicht, dass Peter Uhr der Geschäftsführer des Schulverlags «plus» ist, welcher landesweit das Lehrmittel «Mille feuilles» herausgibt. Es fällt dem aufmerksamen Zeitungsleser daher zunehmend schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, dass sich bisher nur Personen öffentlich positiv zu «Mille feuilles» geäußert haben, die persönlich in Entwicklung oder Vertrieb des Lehrmittels respektive damit verbundene Weiterbildungsangebote involviert (gewesen) sind.

«Sie haben es halt nicht richtig verstanden!»

Kritische Wortmeldungen zu «Mille feuilles» wollen indes nicht abreißen. Anfang Mai doppelte Susanne Stettler in der «Basler Zeitung» nach: «Kürzlich half ich meiner Tochter beim Französisch. Sie geht in die dritte Klasse [...]. Meine Tochter sollte sich auf einer CD ein Interview mit einem Zirkuskind anhören und danach aufschreiben, was sie verstanden hatte. Nach zehn Minuten bat mich meine Tochter um Hilfe: Sie kapiere nichts, es würde auf der CD zu schnell gesprochen. Also las ich ihr dieselben Texte vor und bat sie, mir die Sätze vorzulesen. Das Problem: Sie konnte das meiste nicht (richtig) aussprechen. Erst mit meiner Hilfe und Erklärungen gelang es ihr, mehr als einzelne Worte zu übersetzen. An der Intelligenz meiner Tochter kann es nicht liegen, sie ist eine sehr gute Schülerin [...]. Allerdings frage ich mich, wie viel das Lehrmittel «Mille feuilles» taugt. [...] Im Buch finden sich im angesprochenen Interview Passagen wie «J'aime la caravane parce qu'elle est différente de la maison et qu'il n'y a pas beaucoup de gens qui vivent en caravane.» So schwierige Texte hätte ich nach einem halben Jahr Französisch nie verstanden und wurde deshalb

auch noch nicht damit konfrontiert. Und heute, wo zu diesem Zeitpunkt im neuen Lehrmittel Grammatik, Zeiten und Konjugieren noch kein Thema sind, sollen sich die Schülerinnen und Schüler selbst helfen. [...] Zum Glück haben ich und mein Mann Französisch gelernt, sodass wir unserer Tochter helfen können. [...] Und was geschieht mit Kindern, deren Eltern keine Ahnung von Französisch haben?»²⁷

Die Antwort auf diesen Beitrag liess nicht lange auf sich warten. Zwei in der Fremdsprachen-Didaktik tätige Damen liessen in ihrer Replik keinen Zweifel daran aufkommen, wo das Problem ihrer Ansicht nach liegt: Frau Stettlers Argumente würden zeigen, «dass sie die Prinzipien eines zeitgemässen Fremdsprachenunterrichtes nicht verstanden hat. [...] Die Kinder sind in der sich schnell verändernden Welt darauf angewiesen, sich neuen Situationen rasch anzupassen. Dazu brauchen sie neue Lernwerkzeuge, eine Vielzahl von Strategien zum Lösen von anspruchsvollen Aufgaben, Freude am Lernen und vor allem Mut, auch Dinge anzupacken, die sie noch nicht ganz beherrschen. So sollen sie mit Kreativität ihre Lücken überwinden können. Das Ziel des Fremdsprachenunterrichtes in der Schule ist Offenheit und Ansporn lebenslang selbstständig das zu lernen, was die Situation erfordert. «Mille feuilles» vermittelt Sprache mit genau dieser Haltung. Es tut dies mit echtem, kindgerechtem Textmaterial aus dem französischen Sprachraum.»²⁸

Implizit wurde sogar der Vorwurf erhoben, Frau Stettler unterwandere mit ihrem Verständnis von Fremdsprachenunterricht gewissermassen den Lernerfolg ihres Kindes: «Viele haben [...] schlechte Erinnerungen an den Französischunterricht. Es war viel Auswendiglernen von isolierten Wörterlisten, Büffeln grammatikalischer Ausnahmen sowie Lesen und Übersetzen von ir-

gendwelchen Texten. Diese veralteten Methoden sind zum Glück in der Schule passé. Leider aber, wie wir lesen, nicht bei allen Kindern zu Hause.»

Die Desavouierung systematischen Unterrichts

Mit Verlaub: Die Entgegnung der «zeitgenössischen» Fremdsprachen-Didaktikerinnen sowie die darin empfohlene Eltern-Broschüre²⁹ des Lehrmittels «Mille feuilles» vermögen den Autor dieses Artikels, der selber über 13 Jahre Fremdsprachen-Unterrichtserfahrung auf der Sek I verfügt, nicht zu überzeugen. Zu sehr lesen sie sich wie ein Potpourri der schulreformerischen Slogan-Maschinerie der letzten Jahre: von der «Vielzahl an Strategien» über die «Freude am Lernen» (immerhin wird der Begriff «Spass» tunlichst vermieden ...), «Kreativität», «Offenheit», «ungehemmte Gespräche» bis hin zum «lebenslangen und selbständigen Lernen». Wer will da überhaupt erst wagen, Skepsis zu äussern oder gar Kritik zu üben?

Der herkömmliche Fremdsprachen-Unterricht jedoch, der sich unter anderem durch eine systematisch-aufbauende Herangehensweise auszeichnet, wird durch eine ungehörig abschätzige, die realen Gegebenheiten in den Klassenzimmern verzerrende Darstellung («Auswendiglernen von isolierten Wörterlisten», «Übersetzen von irgendwelchen Texten», «altmodische Drillmethode», «absolute Korrektheit», «fehlerfreies Schweigen», «eintrichtern») als Popanz missbraucht, vor dessen Hintergrund sich das angeblich überlegene Neue als notwendig erweisen muss.

Derartige Durchsetzungsstrategien kennt man mittlerweile zur Genüge, wie auch ein Leserbrief-Schreiber erkannt hat: «Die Masche ist immer dieselbe im pädagogischen Diskurs [...]: Eine (vermeintlich) neue Methode er-

hält enthusiastische Vorschusslorbeeren, obwohl ihr Erfolg keineswegs garantiert werden kann, das Bisherige wird – einseitig verzerrt – als völliger Schwachsinn dargestellt, Kritisierende des Neuen werden als hoffnungslos altmodisch diffamiert.»³⁰

Wenn Falsches richtig ist

Ein Paradebeispiel dafür, wie verpönt ein systematischer Erwerb von Kenntnissen z.B. im Bereich der schriftlichen Produktion der Fremdsprache ist, zeigt die Tatsache, dass den Eltern in der Broschüre explizit untersagt wird, die Texte ihres Kindes «nachzukorrigieren». Stattdessen heisst es: «Haben Sie Vertrauen in die Tatsache, dass Fehler das spätere Erlernen der richtigen Form in keiner Weise beeinträchtigen.» Ein zu häufiges Korrigieren von Fehlern «würde die Lernenden hemmen und das Lernen beeinträchtigen.»

Abgesehen davon, dass diese Darstellung einmal mehr den Eindruck erweckt, im bislang gepflegten Fremdsprachen-Unterricht würde jeder Fehler eines Schülers resp. einer Schülerin mit 1000 Peitschenhieben und/oder mehrjähriger Verachtung durch die Lehrperson sanktioniert, blendet sie verschiedene zentrale Punkte aus:

- Kinder haben ein Recht darauf zu erfahren, wie etwas richtig heisst, geschrieben oder ausgesprochen wird. Und in aller Regel *wollen* die Kinder das auch wissen.
- Das Konzept «Wenn Falsches richtig ist» hat anderswo bereits im Zusammenhang mit dem Erlernen der Erstsprache Schiffbruch erlitten, wie die deutsche Bildungsjournalistin Heike Schmoll nachgewiesen hat: «Überall, wo [...] Kinder [...] genau so schreiben, wie sie die Worte hören, die falsch geschriebenen Worte auch noch einprägsam an der Tafel sehen und die Korrektur erst am Ende der Grundschule einsetzt, haben sie grosse Rechtschreibschwierigkeiten.»³¹

- Wenn das Erlernen des korrekten Schriftbildes systematisch vernachlässigt wird, zeitigt dies nicht nur Probleme in der Orthographie, sondern führt auch zu erheblichen Schwierigkeiten, flüssig lesen zu lernen und Gelesenes sinngemäss zu verstehen.
- Korrekturen von Lehrpersonen bezüglich mündlichen und schriftlichen Produktionen der Schülerinnen und Schüler werden nur dann problematisch, wenn etwas in sie hineinprojiziert wird, was sie nicht sind: Persönlichkeitsurteile etwa. Selbstverständlich dürfen, ja müssen Fehler gemacht werden beim Lernen, aber trotzdem gehört es zur Aufgabe der Lehrpersonen, ihren Schützlingen zu zeigen und zu erklären, wie es richtig ist. Diese Haltung vertritt wohl auch der Verein Schweizerischer Gymnasiallehrer (VSG), wenn er in seinen Forderungen zum Lehrplan 21 schreibt – man beachte das eingeklammerte Ausrufezeichen! –, eine Fremdsprache müsse «gelernt und gelehrt (!) werden.»³²

Der Hauptirrtum: künstliche Immersion

Es steht ausser Frage: Am besten lernt man eine Sprache gemeinhin dadurch, dass man sich längere Zeit in ein Land respektive eine Region begibt, wo die Zielsprache gesprochen wird. Einschränkung muss allerdings gesagt werden, dass selbst dies im digitalisierten Zeitalter tendenziell schwieriger geworden ist, da man via Internet und Smartphone jederzeit und überall mit den Daheimgebliebenen in Kontakt treten respektive Medien in der eigenen Muttersprache konsumieren kann.

Nichtsdestoweniger ist es im Grundsatz richtig, dass ein längerer Sprachaufenthalt die besten Aussichten auf einen raschen und gleichwohl nachhaltigen Lernerfolg birgt, weil dadurch die simple Notwendigkeit entsteht, permanent in *echten* Alltagssituatio-

nen Gelerntes anwenden zu *müssen*, um sich verständigen zu können – und um zu bekommen, was man wünscht. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass es diese Möglichkeit des Sprachenlernens in einem Bildungssystem wie dem unsrigen während der obligatorischen Schulzeit so nicht gibt.

Das Frühfremd-Konzept scheint nun zu versuchen, eine derartige Immersionsituation durch das vielzitierte «Sprachbad» künstlich zu imitieren – und erkennt dabei, dass das mit nicht die authentische Lebensrealität betreffenden Settings in ein paar wenigen isolierten Wochenlektionen nicht möglich ist. Auch dann nicht, wenn den Eltern in der «Mille feuilles»-Broschüre geraten wird: «Lassen Sie Ihr Kind die französischen Texte hören, so oft es will. [...] Gewähren Sie Ihrem Kind wenn möglich den Zugang zu einem Computer. Ermutigen Sie es, die multimediale Inhalte der CD-ROM zu nutzen.»

Übung abbrechen?

Sprachwissenschaftler Rudolf Wachter von den Universitäten Basel und Lausanne schliesslich war es vorbehalten, unlängst zum ultimativen Paukenschlag auszuholen: «Es ist nicht erwiesen, dass sie [die Fremdsprachenkenntnisse] besser werden, wenn mit dem Unterricht möglichst früh begonnen wird. Dies wäre nur gewährleistet, wenn ein Immersionseffekt erreicht werden könnte, das heisst ein wirkliches Eintauchen der Kinder in das Leben in der Fremdsprache. Nur da trifft es zu, dass kleinere Kinder schneller lernen als grössere. [...] Im Gegenteil, es ist erwiesen, dass fünf Wochenstunden in der Oberstufe bessere Resultate bringen als zwei Stunden über acht Jahre hinweg, weil bei grösseren Kindern der Erklärungseffekt und der Rückgriff auf bereits erworbene Sprachkompetenz in anderen Sprachen, speziell in der Erstsprache, fruchtbar gemacht werden kann. Früh-

englisch (und Frühfranzösisch) sind somit eine Alibiübung und reine Zeitverschwendung.»³³

Und auch Urs Kalberer argumentiert nahezu identisch: «In der Zwischenzeit zeigen die Erfahrungen mit der Vorverlegung zwei Dinge: Es gibt noch keine praktikable Didaktik für Primarschüler – das Versprechen des spielerischen Lernens ohne Anstrengung kann nicht eingehalten werden. Zweitens ist der Erfolg – gemessen am riesigen Aufwand – bescheiden. Es ist für die Sprachkompetenz am Ende der Schulzeit nicht entscheidend, wie früh man beginnt. Kinder können nämlich ihre Vorteile gegenüber Erwachsenen nur ausspielen, wenn sie sehr viel Kontakt zu neuen Sprachen erhalten. Da ältere Schüler sehr viel schneller und nachhaltiger lernen als jüngere, ist ein auf weniger Jahre komprimierter Unterricht mit mehr Wochenlektionen gegen Ende der Schulzeit wirkungsvoller. Diese Erkenntnis ist die erste Voraussetzung zum Durchschneiden des helvetischen Sprachenknotens und entschärft die herrschende Hysterie rund um das schulische Fremdsprachenlernen.»³⁴

Ihre Meinung ist gefragt!

Im Kanton Baselland wird seit dem Schuljahr 2012/13 ab der 3. Primarklasse Französisch unterrichtet, im Sommer 2014 wird mit Englisch in den 5. Klassen begonnen. Der LVB ist sehr interessiert an den Einschätzungen der Lehrpersonen, die in diesem Bereich ihre ersten Erfahrungen gesammelt haben oder die kurz davor stehen. Erkennen Sie sich in den geäußerten Bedenken wieder oder fällt ihr Urteil ganz anders aus? Betreiben Sie Skeptiker Schwarzmalerei oder teilen Sie wenigstens einen Teil ihrer Kritik? Schicken Sie uns Ihre Eindrücke per E-Mail an info@lvb.ch! Vielen Dank!

Mindestens «gewöhnungsbedürftig» wirkt in diesem Zusammenhang übri-

gens eine Information, die dem LVB kürzlich zugetragen wurde: In den obligatorischen Weiterbildungs-Veranstaltungen in Baselland werde den betroffenen Primarlehrpersonen nämlich in Form von Rollenspielen beigebracht, mit welchen vorgefertigten Repliken sie auf allfällige kritische Fragen von Elternseite reagieren sollen, um den neuartigen Fremdsprachenunterricht erfolgreich verteidigen zu können. Honni soit qui mal y pense ...

Falls Sie diesen französischen Satz übrigens nicht verstehen sollten, dürfen Sie ihn lesen, so oft Sie wollen.

^{1, 17, 34} Dilemma der Fremdsprache, Die Weltwoche 09/2014

² «Es gibt Rechtschreibprogramme», Die Weltwoche 45/2010

³ «Gefahr, dass die Schweiz auseinanderbricht», 20 Minuten, 29.03.2014

⁴ Grosse Niederlage für den Vater des Lehrplans 21, Basler Zeitung, 19.02.2014

⁵ Sonntagsrundschau, Radio SRF, 15.03.2014

⁶ Wird der Aargau Alain Berset ärgern?, Aargauer Zeitung, 17.03.2014

⁷ Schulfranzösisch wird überschätzt, NZZ am Sonntag, 16.03.2014

^{8, 12} NZZ, 17.03.2014

⁹ NZZ, 21.03.2014

^{10, 11} NZZ am Sonntag, 23.03.2014

¹³ Sonntags predigen, montags handeln, NZZ, 13.03.2014

¹⁴ Was die Schweiz ist, Die Weltwoche 16/2014

¹⁵ <http://schuleschweiz.blogspot.ch/2014/04/welsche-warnpossen.html#more>

¹⁶ <http://schuleschweiz.blogspot.ch/search/label/Fremdsprachen?updated-max=2014-03-26T17:42:00%2B01:00&max-results=20&start=20&by-date=false>

^{18, 19, 20} Schulföderalismus, ade?, NZZ, 25.03.2014

²¹ «Haben Sie eigentlich Latein gelernt, Herr Aebischer?», Tages-Anzeiger, 24.03.2014

²² Schüler sollen in Französisch baden, Basler Zeitung, 27.02.2014

²³ «Es ist zu früh, die Flinte ins Korn zu werfen», Basler Zeitung, 27.02.2014

²⁴ <http://bazonline.ch/basel/stadt/Es-ist-zu-frueh-die-Flinte-ins-Korn-zu-werfen/story/13980995?comments=1>

²⁵ Basler Zeitung, 03.03.2014

²⁶ Basler Zeitung, 04.03.2014

²⁷ Das Leiden der Franzi-Schüler, Basler Zeitung, 02.05.2014

²⁸ Freude am Lernen, Mut für Französisch, Basler Zeitung, 15.05.2014

²⁹ http://www.1000feuilles.ch/platform/content/element/909/001593_mille_feuilles_elternbroschuere_internet.pdf

³⁰ Basler Zeitung, 17.05.2014

³¹ Zweifelhafte Reformen vergrössern die Kulturwüste, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.09.2011

³² [http://www.vsg-sspes.ch/index.php?id=48&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=94](http://www.vsg-sspes.ch/index.php?id=48&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=94)

³³ Schaffen wir die Frühfremdsprachen doch einfach wieder ab, NZZ am Sonntag, 20.04.2014

Frühfranzösisch: Ein Erfahrungsbericht einer Mutter aus der Nordwestschweiz

Neulich fragte mich mein 11-jähriger Sohn am Mittagstisch: «Wie viele Guetzli darf ich zum Dessert haben? Yksi, kaksi oder kolme?» Da ich mich nicht erinnern konnte, in den vergangenen zwei Wochen irgendwelche Spezialbiscuits im kleinen Lebensmittelshop des blau-gelben Möbelgiganten eingekauft zu haben, schaute ich meinen Sohn fragend an. «Das ist Finnisch und bedeutet një, dy, trë auf Albanisch», erklärte er mir. «Wo hast du denn das gelernt?» – «Im Französischunterricht.» – «Ach so. Und kannst du die Zahlen von 1 bis 20 auch auf Französisch?» – «Nein, nur bis 10, aber das ist nicht so wichtig, hat der Lehrer gesagt.»

Nun, wir gehören zu den Eltern, die sich zwar regelmässig erkundigen, wie es unseren Kindern in der Schule so läuft. Solange sie mit ihren Kameraden, den Lehrpersonen und den Hausaufgaben klar kommen und die Noten stimmen, halten wir uns bewusst im Hintergrund. Diese Zählerei machte mich aber dann doch «gwunderig». Ich beschloss, dass Alex Capus' neuer Roman «Der Fälscher, die Spionin und der Bombenbauer» an jenem Abend warten musste. An seine Stelle trat «Mille feuilles», zu deutsch «Crèmeschnitte», das neue Französisch-Lehrmittel für die Primarstufe.

Als «Bonne Chance»-Kind der frühen 80er schickte ich mich an zu erfahren, wie die Kinder heutzutage im Zeitalter des Internets Französisch lernen. Schon beim ersten Durchblättern stolperte ich über ein physikalisches Experiment, das aufzeigen soll, warum sich eine Papierblume im Wasser sanft öffnet: «Parce que l'eau pénètre par capillarité dans les petits espaces vides des fibres du papier et le gonfle, alors les coins de papier pliés se détendent et s'ouvrent comme les pétales d'une fleur.»

Ich las die Erklärung ein zweites Mal und fragte mich unweigerlich, ob das ein Fünftklässler tatsächlich versteht. Vor allem aber fragte ich mich, bei welcher

Gelegenheit er in den nächsten Jahren wohl erklären muss, warum Schallwellen im Wasser eine grössere Reichweite haben und warum ein Daumen über deutlich mehr Nerven verfügt und deshalb sensibler als ein Arm ist.

Über Inhalte lässt sich streiten, dachte ich leicht irritiert und blätterte weiter – in der Hoffnung, ein paar Themen zu finden, die man in alltäglichen Situationen gut gebrauchen kann. Ergebnis: Fehlangezeige. Auf x Seiten verteilt fanden sich in orangen, blauen und grünen Kästchen gut gemeinte Anweisungen, die den Lernenden helfen sollen, möglichst grosse Fortschritte zu machen. «Ich kann mein Auftreten beeinflussen, wenn ich im Voraus überlege, worauf ich besonders achten muss», stand da. Und weiter: «Komplexe Erklärungen kann ich auch auf Deutsch geben.» – «Ich kann Schreibgrenzen überwinden.» – «Ich bin stolz, wenn mir etwas gelingt.»

Ich schweifte ab und fand mich im Französischunterricht der 80er Jahre wieder. Pierrot et Pierrette kamen mir in den Sinn, wie sie sich in der allerersten Lektion ausschliesslich auf Französisch unterhielten; die köstlichen Rollenspiele, die wir jeweils mit Begeisterung einstudierten, veränderten und genüsslich zum Besten gaben; die traurige Geschichte von Josette, deren Los es war, zur Zeit der Industrialisierung in einer Fabrik arbeiten zu müssen; und natürlich der 15-jährige Leduc, der mit seinem Götti zum ersten Mal Paris erkundigte.

Ich konnte mich nicht entsinnen, dass wir jemals über das Gelernte nachgedacht und eine Lernspur hinterlassen hätten. Und trotzdem konnten die meisten von uns dem konsequent auf Französisch erteilten Unterricht folgen. Wir unterhielten uns über die Geschichten von Maupassant und überlegten uns, ob wir wohl auch wie «la mère sauvage» gehandelt hätten, schauten «TSR la Première» und debattierten im Klassenunterricht über

die Argumente der jungen Romands. Und an den Volleyballturnieren in Lausanne und Genf waren wir imstande, uns nach dem Turnier mit den Spielerinnen des gegnerischen Teams zu unterhalten: über das Spiel, über unsere Interessen und unsere letzten Ferien in der Bretagne. Die Englischfans unter uns, denen die französische Sprache schon damals etwas Spanisch vorkam, taten dies auf Englisch und erhielten erfreut Antwort – auf Englisch.

Einigermassen ernüchtert legte ich das Crèmeschnittenbuch beiseite und widmete mich wieder meinem Ingenieurstudenten, dem Pazifisten Felix Bloch, der entgegen aller friedlicher Vorsätze zum Bombenbauer werden sollte.

Am nächsten Morgen erkundigte ich mich bei meinem Sohn, ob er wisse, warum sich eine Papierblume im Wasser sanft öffnet. «Keine Ahnung», lautete die knappe Antwort. «Aber du hast mir doch erzählt, dass ihr euch kürzlich spannende Experimente vorgestellt habt.» – «Ach die, ja klar.» – «Hast du denn gewusst, was du da erzählst?» – «Nein, und die anderen auch nicht, aber das ist ja nicht so wichtig, hat der ...» – «... Lehrer gesagt.» – «Weisst du, mit diesem Buch kann man gar nicht Französisch lernen.» – «Doch, doch, das geht schon. Es ist halt einfach anders als vor 30 Jahren. Nach der Schule wirst du eh noch einen Aufenthalt in der Romandie machen. Dann kommt das schon gut.» – «In der Roman-die? Dort, wo sie Kuhkämpfe machen?» – «Kuhkämpfe?» – «Ja, schau hier, unser letztes Thema.»

Frustriert schickte ich Tim und Eric in die Schule. Eine Strategie liess mich auf dem Weg zum Büro nicht mehr los: «Ich weiss, wie ein Witz aufgebaut ist. Das hilft mir, einen Witz zu verstehen.»

Frühenglisch: Ein Erfahrungsbericht eines erfahrenen Lehrers

Seit vielen Jahren erteile ich Englischunterricht an der Oberstufe. Bisher führte ich die Schüler anhand eines systematischen Lehrwerkes in die Struktur der Sprache ein, leitete sie von Anfang an an, Vokabeln [...] genau zu lernen, die besprochene Grammatik an Beispielsätzen gezielt zu üben, um sie letztlich innerhalb von drei Jahren Oberstufenzeit zu einem recht freien Gebrauch der Sprache in verschiedenen Lebensbereichen zu führen und ihnen gleichzeitig das Rüstzeug an die Hand zu geben, sich andere Bereiche der Sprache und der Gesellschaft in der englischen Sprache zu erarbeiten. Grammatikalisch beherrschten die Schüler present simple, present continuous, present perfect, past simple (einschliesslich einer Liste gebräuchlicher unregelmässiger Verben), past continuous, will-future, going-to-future, die drei conditionals. Die systematische Erarbeitung und die enge Begleitung führten bei den Schülern zu der Überzeugung der Lernbarkeit einer neuen (anfangs leichten) Sprache [...].

In diesem Jahr empfangen ich erstmals ehemalige Primarschüler im neu als Niveaufach eingerichteten Unterrichtsfach Englisch, Niveau E (höchstes Niveau!), die bereits sogenanntes «Frühenglisch» hatten. Die Schüler hatten also bereits seit dem dritten Schuljahr Primarstufe wöchentlich zwei Lektionen Englisch, und das über vier Jahre. Das Bild ist niederschmetternd.

Ausgehend davon, dass die Schüler in etwa gleich viele Stunden mit der Fremdsprache verbracht hatten wie meine frisch abgegebenen Drittklässler der Oberstufe (3 Lektionen über 3 Jahre entsprechen in etwa 2 Lektionen über 4 Jahre), dachte ich, ich könne auf einen grossen Wortschatz zurückgreifen und dass die Schüler mich im gesprochenen Wort verstehen würden. Die erste Lektion spreche ich etwa 5 Minuten Englisch mit den neuen Schülern, bis ich feststelle, dass ich nicht verstanden werde. Auf meine Nach-

frage, wer mich verstanden habe, erhalte ich ein (!) vages Handzeichen in der ganzen Klasse. Also gut. Ich setze weiter unten an: Ich erkläre den Schülern, was sie in meinem Unterricht erwartet. Sie kennen das Wort «vocabulary» nicht ... [...] Sie kennen kein Grammatikheft. Sie haben ein halbes Jahr lang im Englischunterricht Naturbeobachtungen angestellt.

Relativ desillusioniert überprüfe ich im Primarschullehrwerk, was die Schüler hätten können sollen. Welche Lernziele sind formuliert? Ich stosse auf einen Grundwortschatz von 1300 Wörtern, der den Schülern aus der Auseinandersetzung mit dem Lehrwerk aus der Primarschule vertraut sein sollte. Die Schüler sollten die Zeiten present simple, present continuous, past simple (plus einige häufig verwendete unregelmässige Verben), will-future und going-to-future kennen. Ich lasse die Schüler noch in der ersten Schulwoche den Übertritts-Check [...] schreiben, der dem Lehrer der Oberstufe anzeigen soll, was die Schüler aus der Primarschule mitbringen [...]. Der Test zeigt flächendeckende Unwissenheit [...].

In einem anschliessenden Repetitorium aller Bereiche, die als Lernziele angegeben sind (ausser die beiden future tenses), werden die Schüler mit strukturierten Einträgen der Grammatik vertraut gemacht und mit Übungsmaterial versorgt. In einem zweiten Test nach vier Wochen ist das Ergebnis wiederum ernüchternd: Die Schüler sind nicht gewohnt zu lernen, sie wissen nicht, dass man gewisse Dinge auswendig lernen muss.

In einem Gespräch bei der Rückgabe dieses Tests kann ich nicht umhin, den Schülern vom Englischunterricht zu berichten, so wie ich ihn bisher kannte. Die Schüler [...] bitten mich [...], mit ihnen nochmal ganz von vorn anzufangen. Ich würde dies sogar tun, wenn nicht das neue Lehrmittel mich innerhalb des Niveau-Faches dazu zwingen würde, im ersten Schritt die Reihenfolge aller (!) Adjektive im

Satz, compound nouns und Themen wie «Architektur am Beispiel des Chrysler-Building», «art deco» (Radkappen, Motorhauben, Kühlerfiguren ...), «Entwerfen eines eigenen Grundrisses der eigenen Traumwohnung» usw. durchzunehmen. Warum gezwungen? Weil Schüler, die aus dem nächstschwächeren Niveau zu mir «aufsteigen», denselben Stoff durchgenommen haben müssen wie wir, und weil Schüler, die von mir aus «abgestuft» werden müssen, sonst im mittleren Niveau nicht mithalten könnten. [...]

Bei einem Austausch zwischen Primar- und Oberstufenlehrern findet eine Diskussion über das neue Primarschulfach Englisch statt. Den Primarlehrern sei es [...] an der Pädagogischen Hochschule eingebleut worden, keinen Wert auf Rechtschreibung und Grammatik zu legen, sondern lediglich auf die Freude an der Sprache, indem sie dem kommunikativen Ansatz voll und ganz Rechnung tragen. Grammatik lernen und «vocabulary tests» seien ihnen verboten worden, da diese die Freude an der Sprache zerstören würden. Ich frage mich, wie man Freude an einer Sprache entwickeln soll, wenn man sie nicht versteht ...

Nota bene: Seit der dritten Woche an der Oberstufe finden wöchentlich «vocabulary tests» statt, die den erwähnten Wortschatz nachholen. Diese Aufarbeitung kostet viel Zeit, die eigentlich in der Primarschule zur Verfügung stand. Dennoch lohnt sich die Aufarbeitung, da die Schüler jetzt nach einem guten Quartal fleissig lernen und sich sehr über ausgezeichnete Ergebnisse freuen. Der Unterricht kann jetzt schon mehrheitlich auf Englisch abgehalten werden [...].

Wieso wird diese wertvolle und für Englisch vergeudete Primarschulzeit nicht für Kernfächer wie Deutsch und Mathematik verwendet?

Quelle: <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1664>





... kreativ? Ha ... und was ist mit Medienkompetenz?

Aber sei's drum ...

Schau doch noch schnell nach den letzten Infos aus der Bildungsdirektion.

Oh....! Ich glaube, das wird nichts, wir haben keinen Netzzugriff... Phu....



Ha ... bei mir läuft's wieder!

Dann schnell die Doku zu 1914 anschauen, "Youtube" ist da ziemlich hilfreich ... äh ... hä ... was soll das?

Neue Version erforderlich!

Zum Glück mussten meine Schüler und Schülerinnen die Lehrstellenbewerbung von Hand schreiben, sonst hätten die wohl heute noch nichts technischer Fortschritt sei Dank!



Übrigens, das Zeugnisprogramm läuft auch nicht auf der neuen Version des Betriebssystems ... schreib die Zeugnisse besser auch von Hand ...!

Das pädagogische Quartett: Sprung ins kalte Gemeinschafts-Sprachbad

Von Michael Weiss

Eva Vonlanthen: «Ich möchte euch alle zur ersten Sitzung unseres neu gegründeten Pädagogischen Teams begrüßen! (*ein Couvert in die Höhe haltend*) Ich bin schon ganz aufgeregt, was für einen Auftrag wir für unser Team gezogen haben! (*das Schreiben aus dem Couvert vorlesend*) «Sprachbad: Die Aufgabe eures Pädagogischen Teams besteht darin, ein Konzept für die Verankerung der Fremdsprachen im gesamten Schulunterricht zu erarbeiten. In einem zweiten Schritt erstellt ihr eine dafür geeignete Sammlung an Unterrichtsmaterialien und erprobt sie gemeinsam im Unterricht.» – Wow!»

Die übrigen Anwesenden zeigen wenig Begeisterung.

Selina Karrer (*resigniert*): «Tja, dann machen wir halt das auch noch ...»

Andrea Wahlen (*enerviert*): «Das ist jetzt aber nicht ernst gemeint, oder?»

Selina Karrer: «Was willst du machen? Wenn es die Schulleitung so beschlossenen hat ...»

Andrea Wahlen: «Sorry, aber echt jetzt: Irgendwann geht's einfach nicht mehr! Ich habe nun während zwei Jahren – ich habe es aufgeschrieben! – sage und schreibe 434 unbezahlte Überstunden für den Französisch-Abschluss geleistet. 2015 unterrichtete ich dann zum ersten Mal eine 6. Klasse, und diese neue Aufgabe soll ich ohne jegliche Entlastung vorbereiten. Ja woher soll ich die Zeit auch noch für dieses Projekt nehmen?»

Edith Stoffel (*ironisch*): «Das wissen wir doch von diesem Bildungsharmonisierungs-OL: Einfach weniger individuell vorbereiten!»

Eva Vonlanthen (*positiv*): «Aber genau darum geht es doch: Wir entwickeln jetzt gemeinsam Unterrichtsmaterialien, und die setzen wir dann auch ge-

meinsam ein. Wir sind vier, also muss jede von uns vier Mal weniger vorbereiten! Ausserdem bekommen wir von anderen Teams sicher auch noch Material, das wir dann für unseren Unterricht brauchen können.»

Andrea Wahlen (*boshaft*): «So etwas wie die Baum-Umarmungs-Werkstatt?»

Gelächter.

Eva Vonlanthen (*mit persönlicher Betroffenheit*): «Ja, zum Beispiel!»

Edith Stoffel: «Also wenn wir ehrlich sind, braucht nun wirklich niemand auch noch Unterlagen, um Mathematik auf Französisch zu unterrichten. Wir sind doch schon froh, wenn die Schülerinnen und Schüler den Unterricht auf Deutsch verstehen!»

Selina Karrer: «Du sagst es. Letzte Woche haben sie mir wieder einen Jungen in die Klasse gesetzt. Kann praktisch kein Wort Deutsch. Und kann natürlich gar nichts machen, z.B. auch in Mathe nicht. Wenn du ihm eine reine Rechnungsaufgabe stellst, Addition oder so etwas, geht das gerade noch. Aber wenn es nur irgendeine kleine Anleitung hat, z.B. «Ergänze auf 1000!» oder so ähnlich, ist er sprachlich logischerweise bereits überfordert.»

Eva Vonlanthen: «Du meinst den Levon. Der hat DaZ bei mir. Das kommt schon noch!»

Selina Karrer (*ärgerlich*): «Drei Lektionen DaZ pro Woche, in denen er dann wiederum bei *mir* im Unterricht fehlt. Und das ist jetzt eine vierte Klasse! Französisch kann er auch nicht. Wie und wann soll er das jemals aufholen?»

Schweigen.

Selina Karrer (*bestimmt*): «Das ist das, was mich so frustriert: Dass wir Kinder

übernehmen müssen, die in diesem System von Anfang an keine Chance haben!»

Andrea Wahlen (*mit den Augen rollend*): «Tja, aber 8.4 Millionen geben sie aus für ein neues Schulhaus. Und weisst du, wer den Auftrag bekommen hat? Der Furrer Andreas, der Bruder des Gemeindepräsidenten.»

Edith Stoffel (*erneut ironisch*): «Dann bleibt das Geld wenigstens im Dorf. Und wir sind dann auch HarmoS-kompatibel!»

Andrea Wahlen (*patzig*): «Als ob wir oder die Kinder davon irgendetwas hätten. Ich hatte ein Mädchen in meiner Klasse, das war aus Zürich hierher gezogen. Wohlhabendes Elternhaus. Natürlich hatte es zwei Jahre Rückstand in Französisch. Nachdem ich den Eltern im ersten Standortgespräch erklärt hatte, dass wir keine Möglichkeit hätten, ihre Tochter zu unterstützen, haben sie ihr Kind einfach auf die International School geschickt.»

Edith Stoffel (*energisch*): «Und dabei hatten wir bis vor wenigen Jahren ein funktionierendes Konzept zur Integration fremdsprachiger Kinder. Das, was wir damals «Integrationsklasse» genannt haben: Dort haben wir alle Kinder, die noch zu wenig gut Deutsch konnten, gemeinsam gefördert, bis wir der Meinung waren, man könne sie jetzt in eine Regelklasse schicken. Und dann ist das Projekt gestrichen worden, weil es dem Grundsatz «Integration vor Separation» widerspreche und zu teuer sei. Ich habe mich damals mit Leidenschaft engagiert, wir waren ein tolles Team. Wir haben das alles freiwillig gemacht, ohne Entlastung. Und wenn sie dir dann all das kaputt machen, weil es angeblich nicht mehr zeitgemäss ist, dann fragst du dich schon, ob dein Engagement überhaupt erwünscht ist.»

Eva Vonlanthen (*gut zuredend*): «Natürlich ist dein Engagement weiterhin erwünscht. Aber du musst dich daran gewöhnen, dass wir im Zeitalter der geführten Schulen leben. Die Schulleitung gibt die pädagogische Stossrichtung vor. Aber *wie* wir das jetzt ausgestalten wollen, ist doch weiterhin unsere Sache!»

Andrea Wahlen (*bockig*): «Wenn du damit dieses Sprachbad meinst, dann stimmt die pädagogische Stossrichtung aber dermassen nicht, dass du gestalten kannst, wie du willst, da wird nichts draus! Das funktioniert am Gym mit denen, die es freizwillig wählen, aber doch nicht bei uns!»

Eva Vonlanthen (*pikiert*): »Du musst auch einmal akzeptieren, dass das lediglich *deine* persönliche Meinung ist. Ich zum Beispiel bin anderer Ansicht. Und überhaupt: In welchem anderen Beruf gibt es das, dass du dir als Angestellte das Recht herausnehmen kannst, die Strategie deines Unternehmens in Frage zu stellen? Mein Mann kann das in seinem Betrieb jedenfalls mit Sicherheit nicht!»

Edith Stoffel (*spöttisch*): «Einen erheblichen Unterschied gibt es schon: Wenn in der Privatwirtschaft der Chef lauter absurde Ideen hat, geht das Unternehmen irgendwann pleite. Bei uns wirst du in der gleichen Situation noch befördert.»

Eva Vonlanthen (*empört*): «Also *das* ist jetzt wirklich endgültig unter der Gürtellinie!»

Selina Karrer (*achselzuckend*): «Ja gut, was soll's. Wir können ja eh nichts ändern. Machen wir halt irgendwie das Beste daraus.»

Andrea Wahlen (*erstaunt*): «Und was ist deiner Meinung nach in dieser Situation das Beste?»

Selina Karrer: «Wir probieren es halt einmal! Wie wir das immer tun. Ich meine, irgendwie kann ich mir schon noch das eine oder andere vorstellen: Dass wir einmal auf Französisch rechnen oder einen Bauernhof im Jura statt in der Region besuchen oder einmal mit ihnen Crêpes backen...»

Eva Vonlanthen (*freudig*): «Et voilà!»

Andrea Wahlen (*fassungslos*): «Entschuldige mal, jetzt verstehe ich die Welt nicht mehr. Glaubst du ernsthaft, deinem Levon ist geholfen, wenn du ihn zukünftig im Unterricht mit zwei oder gar drei Fremdsprachen konfrontierst, die er nicht versteht? Und willst du wirklich sagen, dass du dafür auch noch freie Kapazitäten hast?»

Selina Karrer (*emotionslos*): «Nein. Aber sollen wir uns denn einfach weigern? Das gibt doch nur Krach. Ihr als alte Hasen könnt euch das vielleicht leisten, aber ich hoffe immer noch auf eine unbefristete Stelle hier. Die will ich mir doch nicht verbauen!»

Edith Stoffel: «Ich verstehe dich schon, aber natürlich ist das genau der Mechanismus, mit dem das Kollegium gespalten wird und unsere Schulleitung ihre Macht durchsetzt.»

Andrea Wahlen (*aufrührerisch*): «Und *eine* Sache muss euch natürlich klar sein: Solange wir das alles mitmachen, geben wir zu verstehen, dass sie uns auch noch mehr aufladen können. Und darum, finde ich, müssen wir jetzt endlich etwas tun!»

Edith Stoffel: «Ja! Der LVB soll doch endlich mal für uns aktiv werden! Ich werde ihnen schreiben!»

Selina Karrer (*die Augen zusammenkneifend*): «LVB? Das sind doch die, über die der eine an diesem Bildungs-harmonisierungs-OL so übel hergezo-

gen ist? Die angeblich rein gar nichts begriffen hätten.»

Eva Vonlanthen (*überzeugt*): «Was auch meine Auffassung ist. Diesem Verein würde ich niemals beitreten. Die sind mir viel zu wenig konstruktiv.»

Andrea Wahlen (*drückt Selina Karrer ein gelbes Heft in die Hand*): «Hier, damit kannst du dich informieren! Aber du musst dir schon ein wenig Zeit nehmen für die Lektüre. (*lächelnd*) Doch ich bin mir sicher, dass du dafür konstruktiv genug bist!»

Die Pausenglocke läutet.

Edith Stoffel (*in die Hände klatschend*): «Gehen wir wieder zu unseren Klassen und tun wir etwas Vernünftiges!»

Perlenfischen

Von Roger von Wartburg

Perle 1 ist eine Glosse namens **«Auf dem Weg zur Totalkompetenz»** aus der Feder von Dr. Armin Volkmar Wernsing wurde zwar bereits am 22. Januar 2014 auf der Website der «Gesellschaft für Bildung und Wissen» (<http://bildung-wissen.eu>) publiziert, doch erst kürzlich von uns entdeckt. Die Qualität des Textes rechtfertigt einen Abdruck im Ivb. inform aber zweifelsfrei auch noch ein paar Monate später.

• **Perle 1:** «Natürlich protestieren sie jetzt wieder, die Unwissenden. Jawohl, wir haben beschlossen, den Biologie-Unterricht in der Erprobungsstufe zu streichen, genauer: ihn in einem gemeinsamen Fach namens «Naturphänomene und Technik» aufgehen zu lassen. Erstens ist das nichts Neues, diese Bestrebungen gab es schon vor Jahrzehnten. Ihr müsst euch mal den Fach-Egoismus abschminken, ihr Wissenschaftler und Fachdidaktiker! Ihr wollt unsere Kinder vollstopfen mit Wissen, das sie gar nicht brauchen: Wozu gibt es Fernsehen und Internet? Dass ihr's wisst: Die Erprobungsstufe ist nur der Anfang. Wir planen das für die gesamte Schulausbildung. Und danach gibt es dieses lästige Fach nicht mehr. Und überhaupt – die Zerlegung in einzelne Fächer ist doch überholt. Ihr kennt doch das Wort «Fachidiot»? Passt schön auf, demnächst legen wir auch noch Latein, Englisch, Französisch und Spanisch zu einem Fach «Fremdsprache» zusammen. Wozu sollen die Schüler, bitteschön, wissen, dass Tisch auf Latein «tabula» und auf Englisch und Französisch «table» heisst? Das ist doch dasselbe, und jeder sieht klar, dass hier Steuergelder verschwendet werden, wenn die Kleinen dasselbe drei- oder viermal in verschiedenen Fächern lernen sollen. Haben Sie mal etwas von Synergie-Effekten gehört? Kurz und gut, morgen legen wir Religion und Sport zusammen, denn beim Sport geht es doch auch um den Glauben, dass die Sportler es ohne Doping schaffen. Kapiert? Überhaupt: Wer soll all die verschiedenen Lehrer und die Lehrbücher bezahlen? Wenn wir erst mal fertig sind mit der Schulreform, und alle Fächer auf Kompetenz umgestellt sind, dann werdet ihr schon sehen: Der ganze Fächer-Quatsch wird überhaupt nicht gebraucht. Was wir brauchen, ist die totale Kompetenz, und die kriegt man nur ohne diesen Fächerwirrwarr, der unsere Kinder restlos überfordert. Deswegen legen wir auch Kunst und Mathe zusammen: Auch in Mathe wird gezeichnet, und mit Kunst fluppt das. Sie müssen mal betriebswirtschaftlich denken! Schaut doch uns Politiker an! Sind wir nicht total kompetent für alles und jedes? Wie dieser Minister, wie hiess er doch nochmal, der uns erklärt hat, dass die Amis uns nicht ausspionieren? Übrigens: Wenn wir die Schule auf Vordermann gebracht haben, haben die Amis keinen Grund mehr, uns auszuspionieren. Na also.»

Kommentar: Man könnte richtig herzlich lachen – wenn da mittlerweile erfahrungsgeleitet nicht dieser Gedanke im Hin-

terkopf stecken würde, dass, über kurz oder lang, den unzähligen Schularchitekten auf allen Ebenen auch wirklich alles zuzutrauen ist.

«Warum Teamarbeit faul und unglücklich macht» lautet der Titel von Perle 2, die am 16. März 2014 im «Karriere-SPIEGEL» erschienen ist. Es ist ein Auszug aus dem neuen Buch «Warum uns das Denken nicht in den Kopf will. Noch mehr nützliche Erkenntnisse der Alltagspsychologie» von Psychologe und Jurist Volker Kitz.

• **Perle 2:** «Herrscht bei Ihnen auch Team-Terror? [...] Wenn Ihnen das immer schon komisch vorkam, liegt Ihr Misstrauen auf einer Linie mit wissenschaftlichen Erkenntnissen. Schon 1882 untersuchte der französische Agraringenieur Maximilian Ringelmann, wie es sich auswirkte, wenn man statt einem Mann sieben Männer an einem Seil ziehen liess. Eigentlich hätten sieben Männer ja auch sieben Mal so viel Kraft haben müssen. Aber das war nicht der Fall: Allein zog jeder Mann 85 Kilogramm [...]. In der Gruppe entfielen auf jeden nur 65 Kilogramm. Knapp ein Viertel der Leistung blieb also durch die Teamarbeit auf der Strecke! Damals liess sich noch nicht klären, ob dieser Ringelmann-Effekt seinen Grund in einem Motivationsverlust hatte – oder einfach nur in Koordinationsproblemen. Denn ziehen mehrere Menschen an einem Seil, muss jeder seine optimale Position erst einmal finden, damit die Kräfte wirklich miteinander und nicht gegeneinander wirken. Das gilt heute keinen Deut weniger für Teams [...]: Der Grat zwischen miteinander und gegeneinander arbeiten ist schmal. Fast 100 Jahre später erfanden Psychologen eine einfallsreiche Variante des Versuchs, um zu klären, ob Menschen im Team nur schlechter koordiniert sind oder auch weniger Lust haben: Sie verbanden den Teilnehmern einfach die Augen und sagten ihnen nur, sie würden einmal in einer Gruppe ziehen, einmal alleine. In Wirklichkeit zogen sie beide Male alleine. Koordinierungsprobleme waren damit ausgeschaltet. Trotzdem fiel die Leistung der Probanden ab, wenn sie nur glaubten, es ginge um Teamwork. Damit war der Beweis erbracht: Teamwork senkt tatsächlich die Motivation. Heute spricht man in der Psychologie ganz unverhohlen vom «sozialen Faulenzen». Es ist inzwischen in vielen weiteren Versuchen bestätigt worden, auch bei geistigen Tätigkeiten, zum Beispiel bei einer Rechenaufgabe. Kürzlich fand man heraus, dass Menschen sich sogar schlechter auf eine Aufgabe vorbereiten, die sie im Team lösen sollen – selbst wenn sie bei der Vorbereitung noch alleine sind. Erklären lässt sich das mit unserem Bedürfnis nach Kontrolle und Anerkennung: Fliesst meine Arbeit in ein Gruppenergebnis ein, dann kann ich dieses Ergebnis weniger kontrollieren, als wenn ich allein arbeite. Und ich muss mir die Anerkennung mit anderen teilen. Das zerstört die Motivation. [...] In man-

chen Situationen kann sich die entspannende Wirkung des Teams positiv auswirken: Dort, wo uns zu viel Anspannung im Weg steht, also bei besonders schwierigen Aufgaben. Hier werden die Ergebnisse im Team besser. Und nur hier ist es wirklich sinnvoll, nach einer Arbeitsgruppe zu rufen.»

Kommentar: In der letzten Ausgabe des lvb.inform schrieb Michael Weiss mit Bezug auf die BKSD-Broschüre «Pädagogische Kooperation», Teamarbeit sei «nicht per se besser». Wie es scheint, steht er mit dieser Ansicht nicht alleine da. Ob Pädagogik, Didaktik oder Arbeitstechnik – in all diesen Bereichen reagiert der LVB jeweils mit einem relativierenden Reflex, sobald wieder irgendwo ein spezifisches Mittel als heiliger Gral angepriesen wird. Mehr Bescheidenheit tut Not. Denn Pädagogik, Didaktik und Arbeitstechnik sind allesamt viel zu komplexe Felder, als dass man ihnen mit einfachen Handreichungen beikommen könnte.

Perle 3 wurde dem LVB am 11. April 2014 von Karl-Jürgen Müller, Lehrer und Mitinitiator des «Arbeitskreises Schule und Bildung in Baden-Württemberg», zugeschickt, verbunden mit dem Wunsch nach einem Abdruck des Textes mit dem Titel **«Baden-Württembergs Lehrer kritisieren grün-rote Bildungspolitik – Ergebnisse einer Umfrage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft»** im lvb.inform. Gerne kommt der LVB dieser Bitte nach.

• **Perle 3:** «Die Unzufriedenheit mit der grün-roten Bildungspolitik in Baden-Württemberg ist sehr gross. Das zeigt erneut eine Umfrage der dortigen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW, an der sich rund 3000 Lehrerinnen und Lehrer beteiligt haben (https://www.gew-bw.de/Binaries/Binary36694/Umfrage-Ergebnisse_Auswahl.pdf). [...] In einer Pressemitteilung der Gewerkschaft heisst es dazu: «In allen Schularten fehlt Klarheit über getroffene und geplante Entscheidungen, es werden fehlende Kommunikation und die schlechten Kommunikationswege in die Schulen sowie die mangelhafte Ausstattung kritisiert. [...] Mehr als 10'000 Lehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen erwarten endlich klare Perspektiven für ihre Zukunft, wenn Schulstandorte aufgelöst werden, die fehlende Unterstützung für die Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen beim Umgang mit den heterogenen Klassen löst dort Ängste und Widerstand aus, an Sonderschulen herrscht Ratlosigkeit angesichts der fehlenden Konzepte für Inklusion und an Beruflichen Schulen und Gymnasien schieben die Lehrerinnen und Lehrer eine Bugwelle an Überstunden vor sich her.» [...] Besonders interessant an den Umfrageergebnissen ist, dass die seit Regierungsantritt im Jahr 2011 von Grünen und SPD hochgelobten Gemeinschaftsschulen – alle am Schulleben der Gemeinschaftsschulen Beteiligten sollen nach den Werbeaussagen



der Landesregierung im höchsten Masse zufrieden sein – die dort tätigen Lehrer keineswegs zufriedener gemacht haben. 92 Prozent der Lehrer an Gemeinschaftsschulen sehen sich durch permanenten Zeitmangel bei der Erfüllung ihrer Aufgaben als hoch bis sehr hoch belastet an, das ist der höchste Wert bei allen Schularten. Auch die Arbeitsbelastung wird von den Lehrern an Gemeinschaftsschulen von mehr als 90 Prozent der Befragten als hoch bis sehr hoch beurteilt, auch hier der höchste Wert. 70 Prozent der Gemeinschaftsschullehrer geben an, schlecht oder sehr schlecht auf diese neue Schulart vorbereitet worden zu sein. Insbesondere die Unterstützung durch das Kultusministerium und die Schulverwaltung wird im Durchschnitt als schlecht bis sehr schlecht beurteilt. Die Folge: Immer mehr Lehrer an Gemeinschaftsschulen, aber auch an den anderen Schulen, melden sich krank. [...] Die Aussage, bei den grün-roten Schulreformen in Baden-Württemberg seien realitätsferne Ideologien am Werk, hört man nicht nur von Seiten der Oppositionsparteien. Sachverständige aus anderen Bundesländern, die dabei sind, wenn zum Beispiel Lehrerverbände und Vertreter der Landesregierung aufeinandertreffen, betonen genau dies. In der Tat hat die grün-rote Landesregierung nach ihrem Regierungsantritt ganz vorrangig ein Ziel verfolgt: keine umsichtige und sorgfältige Arbeit und Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, die den Konsens sucht; statt dessen so schnell wie möglich und ohne Rücksicht auf die Realität in der Bildungspolitik Fakten schaffen, die dann nur mit grösster Mühe wieder korrigiert werden können. Schon wenige Monate nach Regierungsantritt wurde die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schulen abgeschafft. Die Folge: Deutlich mehr Schüler als bislang besuchen Schularten, für die sie nicht geeignet sind. Die Zahl der Umschulungen und Nichtversetzungen hat deutlich zugenommen. Im April 2012 wurde eine Schulgesetzänderung durchgepaukt und gegen breiten Widerstand wurden sogenannte «Gemeinschaftsschulen» als neue Schulart eingeführt. [...] Die Bildungspläne sollen total umgekrempelt und fragwürdigen Zeitgeistströmungen angepasst werden. Jetzt steht erneut eine Schulgesetzänderung an. Kernstück der grün-roten Bildungspolitik ist die sogenannte «neue Lernkultur» für alle Schularten. Der Lehrer soll nur noch «Lernbegleiter» sein, Klassengemeinschaften sollen für eine weitgehende Vereinzelung der Schüler aufgelöst werden, und die konstruktivistische Willkürtheorie in Form des sogenannten «selbstgesteuerten» Lernens soll überall durchgesetzt werden. Das entspricht aber nicht dem Willen der Lehrer im Land. Die meisten von ihnen verstehen sich nach wie vor als Pädagogen mit einem Erziehungs- und Bildungsauftrag. [...] Nun arbeitet die Bildungspolitik landesweit auf dem Rücken der Lehrer. Das wird auch den Schülern nicht gut bekommen. Cui bono?»

Kommentar: Endlich ist Europa geeint! Die offensichtlich wachsende Entfremdung zwischen Politik und Planungsbehörden einerseits sowie den Unterrichtenden andererseits treibt grenzüberschreitend imposante Blüten.

Auf unterhaltsame Weise illustrierte Urs Kalberer seine Ansichten zur Problematik des **Fremdsprachenunterrichts** im Rahmen eines «**Kleinen Tests**» (dessen Antworten er sogleich mitlieferte) in der «Südostschweiz» vom 13. Mai 2014.

• **Perle 4:**

- «1. Seit wann wird in Deutschbünden Italienisch in der Primarschule unterrichtet?
2. Um wie viel ist seither der kantonale Zusammenhalt gestärkt worden?
3. Was ist wichtiger: der kantonale oder der nationale Zusammenhalt?
4. Wie viele verschiedene Lehrmittel wurden für den Italienischunterricht an der Primarstufe bisher verwendet?
5. Unter welcher Bedingung wurde der Italienisch-Unterricht seinerzeit eingeführt?
 - a) Damit die Motivation hoch bleibt, geniessen die Schüler regelmässig italienische Spezialitäten.
 - b) Italienisch soll ein Plauschfach sein, es dürfen deshalb keine oder nur ganz einfache Prüfungen gemacht werden.
 - c) Wer schon Italienisch kann, darf früher nach Hause gehen.
6. An welche Altersgruppe wendet sich das Italienisch-Lehrmittel «Espresso» der Oberstufe?
 - a) Primarschüler
 - b) Oberstufenschüler
 - c) Erwachsene
7. Welchen Ausdruck müssen die Primarschüler obligatorisch lernen?
 - a) mit einem Känguru jassen
 - b) auf einer Kuh reiten
 - c) mit einem Bären tanzen
8. Welche Kenntnisse haben die Schulabgänger nach sieben Jahren Italienisch-Unterricht?
9. Finden Sie dies (Antwort auf Frage 8) nicht auch schade? Was würden Sie dagegen tun?
 - a) Beginn des Italienisch-Unterrichts ab der 1. Primar und gleichzeitige Verdoppelung der Lektionszahlen.
 - b) Intensive Weiterbildung der Lehrkräfte und sofortige Überarbeitung der Lehrmittel.
 - c) Verschiebung des Italienisch-Unterrichts an die Oberstufe.
10. Wie viele Lektionen anderer Fächer mussten wegen dem Italienisch-Unterricht in der Primarschule gestrichen werden?
 - a) 152
 - b) 304
 - c) 456

Antworten:

1. Seit 2001.
2. Schwierig zu sagen, tendenziell würde ich sagen, ist er geschwächt worden.
3. Individuelle Antworten möglich.
4. Drei (und keines vermochte die Lehrpersonen zu überzeugen). Es gibt Kinder, die innert vier Jahren dreimal mit einem neuen Lehrmittel wieder ganz von vorne begonnen haben. An der Oberstufe wird im August das zweite Lehrmittel eingeführt. Nach über zehn Jahren schaffen wir es aber noch immer nicht, den Übergang von der Primar an die Oberstufe mit aufeinander abgestimmten Lehrmitteln zu erleichtern.
5. b) Die Begegnungssprache Italienisch sollte weder benotet noch zur Selektion benutzt werden.
6. Erwachsene. OK, das war ja einfach – Trefferwahrscheinlichkeit 50%.
7. b) – tatsächlich!
8. Antwort: Fragen Sie Ihre Kinder oder Ihnen bekannte Jugendliche und scheuen Sie deren Antwort nicht. Offizielle Antworten (es gab Evaluationen durch die PHGR) sind nicht öffentlich erhältlich.
9. a) Wird nicht viel bringen, aber noch mehr Probleme für die anderen Fächer produzieren.
- b) Seit Einführung des Primaritalienisch werden die Lehrer andauernd weitergebildet. Auch die Lehrmittel werden ständig erneuert. Offenbar gibt's nichts Schlaues.
- c) Die Lösung, welche andere Fächer nicht belastet, die Kompetenzen der Schulabgänger gegenüber heute stärkt und die erst noch Kosten spart.
10. b) – Das entspricht etwa der Anzahl Deutschlektionen von zwei Jahren.»

Kommentar: Ein jeder denke sich dazu, was er mag. Selbstverständlich auch in der Sprache, die ihm beliebt.

«**Studenten können keine Rechtschreibung mehr**» aus der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 27. März 2014, ein Gastbeitrag von Prof. Hannah Bethke von der Universität Greifswald, dürfte so manchem Deutschlehrer resp. mancher Deutschlehrerin ein Déjà-vu bereiten haben.

• **Perle 5:** «In den Semesterferien gehört es an deutschen Hochschulen zu den Aufgaben der Dozenten, Hausarbeiten von Studenten zu korrigieren, die zu einem Thema des von ihnen besuchten Seminars angefertigt wurden. [...] Was sich dem Leser dieser Arbeiten mittlerweile zunehmend darbietet, ist nun allerdings eklatant. Man kann von Glück reden, wenn eine Hausarbeit vorliegt, die Mängel in der wissenschaftlichen Analyse aufweist – denn das setzt voraus, dass das Einstiegsniveau immerhin so hoch ist, dass man überhaupt von einer wissenschaftlichen Arbeit sprechen kann.

In erschreckend vielen Fällen lässt sich dies nicht einmal ansatzweise behaupten. Dabei geht es nicht um [...] «Expertenwissen» und Scheingefechte im belächelten Elfenbeinturm der Wissenschaft, sondern um eine leider völlig abhanden gekommene Selbstverständlichkeit, die eigentlich bereits mit dem Erreichen der Mittelstufe gegeben sein sollte: die Beherrschung der deutschen Grammatik. Nun ist es nicht nur so, dass der KonjunktivI grundsätzlich falsch oder gar nicht angewendet wird («Konjunktiv ist das Gegenteil von Imperativ», lautete eine der abenteuerlichen Antworten auf meine Nachfrage im Seminar [...]), die Regeln der Kommasetzung weder verstanden noch umgesetzt werden und die Gross- und Kleinschreibung ein grosses Rätsel des Universums zu sein scheint. Es werden vielmehr auch Fehler gemacht, mit denen man nicht einmal einen Hauptschulabschluss kriegen dürfte [...]: Ein «Beispiel hier führ» schreibt einer, «ein Probartes Mittel» eine andere, «vermeidlich» (die Autorin meint: vermeintlich), «Vorraussetzung», «wiederrum», «Kommultionen» (gemeint ist: Kommilitonen) – der Kreativität der Rechtschreibfehler sind keine Grenzen gesetzt. Besonders beliebt scheint in diesem Semester auch das «ie» zu sein. Regelmässig muss ich lesen: «Wiederstand», «Wiederspruch», «wiederspiegeln». [...] Das gilt auch für den Satzbau, sofern man davon überhaupt sprechen kann, denn oft genug handelt es sich nicht um blosse Fehler in der Satzlogik, sondern schlichtweg um unvollständige Sätze. Eine tiefgreifende Unkenntnis der deutschen Grammatik liefert auch das folgende Beispiel, das bei weitem keine Seltenheit ist: «Zu dem (sic!) liege darin die Gefahr eine Abhängigkeit der personenbezogenen Form der Anerkennung, weg von der erkämpften worden Selbstachtung.» Das Lesen solcher Arbeiten ist [...] eine Zumutung. [...] Wird dieser Missstand laut artikuliert, sieht man sich zumeist sofort dem Vorwurf ausgesetzt, man sei zu streng und dürfe die armen Studenten (oder, um es gemäss der grassierenden Partizipienseuche zu formulieren, die politisch angeblich korrekt, sprachlogisch jedoch falsch ist: die «Studierenden») nicht überfordern. Immer häufiger wird dies auch mit der Belehrung verbunden, dass es eine Krankheit gebe, die sich Legasthenie nennt. Das argumentative Muster dieser engagierten Kritiker ist bekannt. Hat es sich schon durchgesetzt, allen, die in der Schule nicht aufpassen oder sich durch anderes «abweichendes Verhalten» vom «normalen» Durchschnitt unterscheiden, [...] die Krankheit ADHS zuzuschreiben, gelten nun alle, die der deutschen Rechtschreibung nicht mächtig sind, als Legastheniker. [...] Dabei liegen die Dinge für jeden, der sehen will, klar zutage: An deutschen Schulen und Universitäten hat eine systematische Niveaunivellierung stattgefunden, die das Ergebnis einer wachsenden Scheu ist, [...] schlechte Leistungen als solche zu benennen, Unterschiede zu sehen und zu akzeptieren, anstatt

allen – ob sie dafür geeignet sind oder nicht – alles eröffnen zu wollen. In der erschütternden Unkenntnis der deutschen Orthographie drückt sich nicht nur aus, dass offensichtlich kaum noch Bücher gelesen werden. [...] Der Verzicht auf Anleitung führt dazu, dass eine Fehlerkontrolle ausbleibt und die Schüler in ihrem oftmals falschen Selbstbild von ihren Leistungen nicht nur bestärkt, sondern paradoxerweise gleichzeitig auch alleine gelassen werden. Allzu oft wird an den Universitäten dieses Problem nicht etwa behoben, sondern durch die (verantwortungslose!) inflationäre Vergabe guter Noten fortgesetzt. Ich will mich nicht einreihen in den Chor derer, die den Untergang des Abendlandes heraufbeschwören; wenngleich es zur Bestätigung dieser kulturpessimistischen These sicher lohnenswert wäre, eine Umfrage unter Studenten zu machen, wer von ihnen überhaupt noch weiss, was das Abendland eigentlich ist – und wie man es schreibt. [...] Die angeführten Beispiele zeigen jedoch überdeutlich, dass das deutsche Bildungssystem an gravierenden Stellen versagt. Gymnasien, die nicht einmal in der Lage sind, dafür zu sorgen, dass ihre Absolventen nach Erlangen der allgemeinen Hochschulreife die deutsche Rechtschreibung beherrschen, stellen sich selbst ein Armutszeugnis aus. Über kurz oder lang wird dieses System, das bei konsequenter Fortführung zu einer nachhaltigen Verdummung der Gesellschaft führen würde, keinen Bestand haben.»

Kommentar: Der «Perlenfischer» verzichtet an dieser Stelle auf seinen Kommentar zugunsten der wunderbar sarkastischen Wortmeldung eines Lesers, der sich im Online-Forum der FAZ zum Inhalt des Artikels geäußert hat: «Das Beharren auf der Grammatik ist eine rückwärtsgewandte Verweigerung der neuesten Ergebnisse der Lehr-Lern-Forschung, die besagen, dass jeder Schüler/Student sich intrinsisch motiviert und eigenverantwortlich Sprachkompetenzen aneignen kann, so er denn nicht frontalstmöglichst vom Lernbuffet abgehalten wird. Zudem zeugt die Versteifung auf angeblich unabkömmliche «Regeln» und «Deutsch als Landessprache» doch von nationalem Gedankengut; hier huldigt man quasi der unrühmlichen Vergangenheit Deutschlands und diskriminiert gleichzeitig nichtautochthone Neubürger in ihrer freien Entfaltung (siehe auch die Benachteiligung bei der Jobsuche). Zuletzt würde man mit der Rückbesinnung auf das individuenfeindliche Selektionskriterium (Jawohl, «Selektion»!) der Sprachbeherrschung viele Haupt- und Sonderschüler vom Studium abhalten und das kann sich dieses Land nicht leisten. Deswegen bitte ich, in Zukunft auf solche rechtschreibungspopulistischen Artikel zu verzichten. Guten Abend! Land!»



Bank Coop: Exklusive Vergünstigungen für LCH-Mitglieder



Sie profitieren von:

- Vorzugszinsen auf Hypotheken
 - Rabatten im Wertschriftengeschäft
 - Reduktionen bei Kartengebühren
- sowie von weiteren attraktiven Produkten und Dienstleistungen zu fairen Konditionen.

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf: 0800 88 99 66, www.bankcoop.ch/lch

fair banking
bank coop

Ausgezeichneter Service und günstige Prämien für LCH-Mitglieder



**Jetzt Prämie
berechnen
und Offerte
einholen!**

Exklusiv versicherbare Zusatzleistungen in der Haushaltversicherung:

- Persönliche Sachen im Klassenzimmer bis maximal CHF 10'000, ausgenommen einfacher Diebstahl
- Schlossänderungskosten
- Rechtsschutz für Strafverfahren wegen Nichterfüllung der Aufsichtspflicht
- Lehrer-Haftpflichtversicherung

zurichconnect.ch/partnerfirmen

ID: LCH, Passwort: klasse

0848 807 804

Mo – Fr von 8.00 – 17.30 Uhr

Exklusive Telefonnummer für LCH-Mitglieder



**ZURICH
connect®**

LVB-Informationen

Factsheet der LVB-Medienkonferenz vom 18. März 2014 in Liestal

Teil 1: 1156 Baselbieter Lehrkräfte fordern eine Neuausrichtung der Ausbildung angehender Sekundarlehrerinnen und Sekundarlehrer

Das Komitee «Qualität an den Schulen und in der Ausbildung der Sek-I-Lehrkräfte» unter dem Vorsitz von Otto Schwarzenbach (Sek Oberwil) setzt sich aus LVB-Mitgliedern zusammen und hat in nur zwei Monaten mehr als 1100 (!) Lehrpersonen und Schulleitungsmitglieder aus dem Kanton BL davon überzeugen können, ihr Anliegen zu unterstützen. Dies ist ein höchst aussergewöhnlicher Vorgang!

Hintergrund: Die fachliche Ausbildung der angehenden Sekundarlehrpersonen an der PH FHNW ist bescheiden (nur gerade 23 ECTS-Punkte pro Fach). Durch die Schaffung der im Lehrplan 21 vorgesehenen Kombifächer wie z.B. «Natur und Technik» (mit Biologie, Chemie und Physik) droht ein weiterer Abbau auf gerade noch 7-8 ECTS-Punkte für diese Teilfächer. Das ist viel zu wenig!

Die drei Kernforderungen der Unterzeichnenden lauten deshalb:

- Die Teilfächer der neuen Kombifächer sollen nur von fachwissenschaftlich adäquat ausgebildeten Lehrpersonen unterrichtet werden (d.h. konkret, dass der Unterricht eines Kombifachs, falls nötig, auf mehrere Personen verteilt werden soll, anstatt unzulängliche Schnellbleiche-Weiterbildungen zu verordnen).
- Der fachwissenschaftliche Anteil der Ausbildung an der PH muss deutlich erhöht werden.
- In der Ausbildung angehender Sekundarlehrpersonen muss jedes Teilfach der neuen Kombifächer als eigenständiges Fach zählen.

Wird die Ausbildung nicht in diesem Sinne angepasst, ist zu befürchten:

- ein herber Qualitätsabbau des Unterrichts
- Sicherheitsrisiken z.B. im praktischen Chemie-Unterricht
- eine nachhaltige Beschädigung des Ansehens des Berufsstandes
- ein grosser Vertrauensverlust der Eltern in die Qualität der Volksschule

Ein möglicher Lösungsansatz aus Sicht des LVB:

Es gibt momentan zwei verschiedene Ausbildungsgänge für angehende Sekundarlehrpersonen: den integrativen (gesamte Ausbildung an der PH) sowie den konsekutiven (fachwissenschaftlicher Bachelor an der Universität, anschliessend didaktische und pädagogische Ausbildung an der PH). Die integrative Ausbildung verlangt fachwissenschaftlich deutlich weniger von den Studierenden und dauert weniger lang als die konsekutive, ausserdem werden Abgänger der konsekutiven Ausbildung in BL lohnmassig tiefer eingestuft, weil sie nur zwei Fächer unterrichten können.

Der LVB schlägt nun vor, die beiden Ausbildungsgänge einander in Dauer und Lohnreihung so anzupassen, dass sie gleichermassen attraktiv sind. Dabei ist eine gewisse Profilierung der beiden Ausbildungen durchaus erwünscht und würde den Beruf für unterschiedliche Persönlichkeiten interessant machen:

- konsekutive Ausbildung mit stärkerer Gewichtung des fachwissenschaftlichen Anteils (insb. mit Fokus auf die spätere Lehrtätigkeit in den leistungsstärkeren Niveaus)
- integrative Ausbildung mit stärkerer Gewichtung des (heil-)pädagogischen Anteils bei gleichzeitig moderaterer Anhebung des fachwissenschaftlichen Anteils im Vergleich zu heute (insb. mit Fokus auf die spätere Lehrtätigkeit in den schwächeren Niveaus)

Factsheet der LVB-Medienkonferenz vom 18. März 2014 in Liestal

Teil 2: Haltung der LVB-Mitglieder zur angekündigten HarmoS-Austritts-Initiative

2006: In BL sagen 91% der Stimmberechtigten Ja zum Harmonisierungs-Verfassungsartikel.

2010: In BL sagen noch 56% der Stimmberechtigten Ja zum HarmoS-Konkordat.

2014: Nur noch 22% der LVB-Mitglieder votieren für einen HarmoS-Verbleib.

Die LVB-Geschäftsleitung ist überzeugt davon, dass die *inhaltliche* Harmonisierung der schweizerischen Schul-landschaft weiterhin ein erstrebenswertes Ziel darstellt, auch für die klare Mehrheit seiner Mitglieder. Das überaus deutliche Verdikt der Umfrage aber zieht die Interpretation nach sich, dass ...

- eine gewaltige Ernüchterung eingetreten ist über die Art und Weise, wie diese «Harmonisierung» angepackt wurde.
- in den vergangenen Jahren ein tiefgehender Vertrauensverlust den Verantwortlichen gegenüber stattgefunden hat.
- die Fülle der unter dem Label «Bildungsharmonisierung» angerissenen Reformen ein bewältigbares Mass überschritten hat und auch inhaltlich von vielen Lehrpersonen nicht (mehr) mitgetragen wird.
- die konkrete Umsetzung von HarmoS als Etikettenschwindel wahrgenommen wird, der zwar «hyperaktiv» Projekt um Projekt startet, aber das entscheidende Versprechen nicht einlöst: die Beseitigung der Mobilitätshindernisse. Im Gegenteil: Die kantonalen Schulsysteme sind seit 2006 weiter auseinandergedriftet als zuvor!

Für die Bevölkerung ist HarmoS bisher primär ein Kostenfaktor: Gemeinden investierten in BL 500 Mio. Fr. für Schulhausbauten, der Kanton bewilligte 13 Mio. Fr. für Umschulungen. Wenn der Gegenwert in Form des versprochenen Abbaus der Mobilitätshindernisse ausbleibt, ist Widerstand auf breiter Front wenig überraschend.

Was ein Austritt aus HarmoS nicht bedeuten würde:

- eine «Bildungsinsel BL»: Das Beispiel Aargau zeigt, wie man auch als Nicht-HarmoS-Kanton den Verfassungsartikel erfüllen kann.
- einen neuerlichen Systemwechsel zurück zu 5/4
- eine Rücknahme der Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts
- eine Aufgabe der integrativen Schulung

Was ein Austritt aus HarmoS ermöglichen würde:

- «Sorgfalt vor Tempo» nicht nur deklarieren, sondern auch umsetzen, z.B. hinsichtlich der Einführung des Lehrplans 21
- nur jene Harmonisierungs-Schritte mitmachen, die wirklich die Kompatibilität der kantonalen Schulsysteme verbessern
- sinnvolle Detaillösungen realisieren können, z.B. auf die nicht nachvollziehbare Zusammenlegung von Geschichte und Geographie verzichten oder die leistungsschwächsten Schülerinnen und Schüler von einer Fremdsprache entlasten

Für den LVB ist die HarmoS-Türe noch einen Spalt weit offen: Aber BKSD und EDK müssen nun die Bedenken und Kritikpunkte endlich ernst nehmen und zu Kompromissen bereit sein, anstatt die Skeptiker und ihre Anliegen ins Lächerliche zu ziehen. Es braucht ein Bekenntnis dazu, dass die genannten Punkte auch mit HarmoS zu realisieren sind. Ausserdem muss sich der Harmonisierungsprozess endlich dem Kernanliegen des Stimmvolkes, nämlich dem Abbau der Mobilitätshindernisse, widmen, anstatt weiterhin auf den «Bildungsmessbarkeitswahn» zu fokussieren und damit in Zukunft der mächtig gewachsenen Verwaltung noch mehr Beschäftigung zu verschaffen – mit Ressourcen, die dann an den Schulen selber fehlen.

«Bekenntnisse des Schulentwicklers Felix Walldorf»

Dritter Teil

Eine Fortsetzungsgeschichte von Michael Weiss

Timo, der Theologie und antike Geschichte studiert hatte, war ein herzensguter Mensch. Während vieler Jahre schon hatte er an unserer Schule im Auftrag der katholischen Kirche Religion unterrichtet, und er tat dies auch an der Primarschule Sulzwil. Die Kinder liebten ihn sehr, und das Lager, das er jeweils in den Sommerferien leitete, war immer sofort nach der Ausschreibung bereits ausgebucht.

Im Religionsunterricht ging es bei ihm allerdings drunter und drüber. Er konnte oder wollte die Minimaldistanz, die er als Lehrer seinen Schülerinnen und Schülern gegenüber hätte wahren müssen, nicht aufbauen, und so gelang es ihm auch nicht, elementare Verhaltensregeln durchzusetzen.

Timos Frau hatte eine Teilzeitstelle als Pflegerin im Altersheim. Da die beiden aber eine grosse Familie hatten, war das Geld immer knapp. Schon mehr als einmal hatte Timo sich daher an unserer Schule für eine Stelle als Geschichtslehrer beworben. Obwohl er über kein Lehrdiplom verfügte, wurde er letztes Jahr sogar zu einer Probelektion eingeladen, die ihm jedoch so eklatant misslang, dass wir uns hinterher fast schämten, ihm diese absehbare Peinlichkeit nicht erspart zu haben.

Timo für das «Lernen in Motivationswelten» zu begeistern, war ein Leichtes. Überzeugen musste ich ihn lediglich davon, dass ich ihm die Rolle als Lerncoach wirklich zutraute, denn seit der Geschichte mit der Probelektion war sein pädagogisches Selbstvertrauen etwas angekratzt. Ich versicherte ihm jedoch, dass sich die Pilotklasse ohnehin nur aus den motiviertesten Schülerinnen und Schülern zusammensetzen würde, sodass disziplinarische Schwierigkeiten gar nicht erst aufkommen könnten. Schliesslich hatte ich ihn in der Tasche. Ich atmete auf.

Nach und nach gelang es mir, weitere Lehrkräfte für das Projekt «Limowelten», wie wir das Lernen in Motivationswelten jetzt offiziell nannten, zu überreden. Zwei Monate vor den Sommerferien hatte ich endlich genügend Lehrkräfte beieinander. Nun mussten diese natürlich noch für die neue Lernform geschult werden. Wiederum bat ich Herrn Graber von der Bezirksschule Moostborn um Rat. Da sei ich jetzt aber schon ein wenig spät dran, meinte er. Aber wenn ich interessiert sei, könne er Herrn Baldegger bitten, ein Seminar zu organisieren, es müsse allerdings an einem schulfreien Tag stattfinden. Wir einigten uns auf den Freitag nach Auffahrt.

Ich teilte den zehn Lehrkräften des «Limowelten»-Projekts den Termin per Mail mit und wies sie darauf hin, dass sie diese Zeit selbstverständlich im Berufsauftrag als Weiterbildung eintragen dürften. Die Beteiligten waren damit einverstanden, jedenfalls habe ich nichts anderes gehört. Einzig

Serge, der neben seinem Job an der Sek Sulzwil noch im Vorstand des kantonalen Lehrerverbands tätig war, sah sich bemüssigt, mich darauf hinzuweisen, dass ein Einsatz in der unterrichtsfreien Zeit mindestens ein Jahr im Voraus angekündigt werden müsse. Ich entgegnete ihm, dass sich halt bei mir melden solle, wer nicht einverstanden sei. Ich vernahm nichts mehr in dieser Angelegenheit. Das Weiterbildungsseminar fand wie geplant statt.

Am Donnerstag vor Beginn der Sommerferien konnten wir im Beisein von Erziehungsdirektorin Elisabeth Flückiger auch unsere beiden «Limowelten»-Zimmer feierlich eröffnen. Frau Flückiger hatte sich trotz der prekären Finanzlage im Kanton dafür stark gemacht, diesen Umbau mit 60'000 Fr. aus einem Sonderkredit finanziell zu unterstützen. Die Gestaltung, an der unsere Schulrätin Stücki-Baldegger als Innenarchitektin massgeblich mitgewirkt hatte, war denn auch prächtig gelungen: 24 iPads, eine Handbibliothek, mit Paravents abgetrennte und mit Sofas und Liegematten ausgestattete Rückzugsnischen, dazu vier Lehrerarbeitsplätze, ein Smartboard und sogar ein Massagestuhl gehörten dazu. An der Wand hing ein persönlich signiertes Portrait Sigmund Schäfers.

Zwar waren nicht allzu viele Lehrkräfte an den Eröffnungsapéro gekommen. Diejenigen aber, die da waren, darunter natürlich die zehn Pilotlehrkräfte, bestaunten ausgiebig die technische Einrichtung. Insbesondere der Massagestuhl stiess auf grosse Neugier und lud zu allerlei Spielereien ein. Frau Stücki-Baldegger und Frau Flückiger, die sich schon von ihrer Primarschulzeit her kannten, unterhielten sich sicht- und hörbar prächtig, nur meine Schulleitungs-Co-Mitglieder Jacqueline und Reto standen ein wenig abseits und schienen in die allgemeine Fröhlichkeit nicht so richtig einstimmen zu wollen. Ich gesellte mich zu ihnen.

«Erstaunlich, wie sich unsere Schule in der kurzen Zeit seit Jürgs Abgang entwickelt hat, findet ihr nicht auch?»

«Schon», entgegnete Jacqueline, aber ihr Blick verriet wenig Überzeugung.

«Jetzt komm schon: Wir haben die modernsten Schulzimmer im ganzen Kanton. Wir haben Unterstützung bis hinauf zur Bildungsdirektorin. Und die Eltern prügeln sich darum, dass ihre Kinder nach der «Limowelten»-Methode unterrichtet werden! Es hat sogar schon Einsprachen gegeben von Eltern, deren Kinder nicht berücksichtigt wurden!»

«Siehst du, genau das macht mir Sorgen, oder verursacht zumindest ein mulmiges Gefühl in meinem Magen», sagte Jacqueline. «Das ist doch irgendwie alles nicht mehr normal!»

«Natürlich ist das nicht normal! Es ist eine Sensation!»

«Eine Sensation – oder ein Hype! Ich meine: Der Schulrat. Die Flückiger. Die ganzen Eltern. Und gestern hat bei mir noch einer vom «Tages-Anzeiger» angerufen. Die, die sonst nie irgendetwas Schlaues über Bildung schreiben. Und alle erwarten sie sich Wunder von einem Projekt, das noch nirgends evaluiert wurde, auch in Moostborn nicht!»

«Sieh mal: In Moostborn steht für mich eindeutig fest, dass es funktioniert. Dort verlassen diesen Sommer die ersten Schülerinnen und Schüler die Bezirksschule und gehen an die Kanti oder machen eine Lehre. Das läuft dort jetzt schon drei Jahre – Pilotphase nicht eingerechnet. Ich meine, wenn das nicht funktionieren würde, dann hätte man doch längst etwas gemerkt!»

«Also erstens einmal steht ihnen, wie du selbst sagst, die Nagelprobe erst noch bevor. Und zweitens: Selbst wenn das in Moostborn funktionieren sollte, heisst das noch nicht, dass es bei uns funktioniert! Moostborn liegt hoch oben im Toggenburg, mit einem Ausländeranteil von knapp fünf Prozent. Die Kinder dort kommen mehrheitlich aus sogenannten intakten Familien. Was man von Sulzwil nun halt beim besten Willen nicht behaupten kann, und zwar nicht nur wegen der 70% Ausländer!»

«Was mir Kopfschmerzen bereitet», mischte sich nun auch Reto ein, «ist, was wir da mit unseren Lehrkräften anstellen, schon allein im Hinblick auf die Anstellungsbedingungen. Dass sie ihre Unterrichtszeit mittels Agendaführung erfassen müssen, ist ja im Grunde genommen wirklich ein Unding. Weder wir noch sie wissen, wie viel sie am Ende des Jahres verdient haben werden.»

«Also ich bitte dich, es war ja deine Idee, es so zu machen. Mit der 20-Prozent-Regel, die wir ursprünglich vorgesehen hatten, hätten wir keine Probleme.»

«Schon, aber das wäre doch erst recht nicht gegangen: Pausen für die Unterrichtszeit! Da können wir ja gleich Gratisarbeit einführen. Mir fällt halt leider im Moment auch keine bessere Lösung ein.»

«Come on, jetzt hast du aber einfach den falschen Hut auf. Du bist Schulleiter, nicht Gewerkschafter!»

«Entschuldige mal, nur weil ich Schulleiter bin, heisst das noch lange nicht, dass ich mich nicht auch für korrekte Arbeitsbedingungen einsetze.»

«Schon klar, ich hab mal gehört, du würdest sogar noch an die Mitgliederversammlungen des Lehrerverbands gehen ...»

«Ja, das stimmt, und ich sehe nicht, mit welcher Berechtigung du das jetzt ins Lächerliche ziehst. Ausserdem schweifst du ab. Fakt ist, dass die Entlohnungsfrage im Zusammenhang mit «Limowelten» nicht gelöst ist.»

«Wie machen sie das eigentlich in Moostborn?», fragte Jacqueline.

«Dort ist die Arbeitszeit der Lehrkräfte zu 100 Prozent Präsenzzeit», wusste ich. «42 Stunden pro Woche, bei einer Vollanstellung. Aber das geht natürlich nur, wenn man wirklich für alle Lehrkräfte Arbeitsplätze an der Schule hat.»

«Und das geht für mich noch immer nicht auf!», wandte Reto ein. «Die müssen ja dort alle Schülerinnen und Schüler individuell betreuen. Das gibt doch einen riesigen Vorbereitungsaufwand! Wie machen sie denn das?»

«Durch Kooperation. Alle Lehrkräfte legen alle Unterrichtsmaterialien, die sie herstellen, auf einem gemeinsamen Server ab. Von dort können dann alle, die anderen Lehrkräfte und sogar die Schüler selbst, die Unterlagen herunterladen.»

«Und das verstösst nicht gegen das Urheberrecht?», fragte Reto erstaunt.

«In Moostborn scheint das jedenfalls zu funktionieren.»

«Eine Sache ist für mich ganz klar», sagte Jacqueline bestimmt. «Das Projekt wird nächstes Jahr bei uns sehr eng begleitet und sauber evaluiert.»

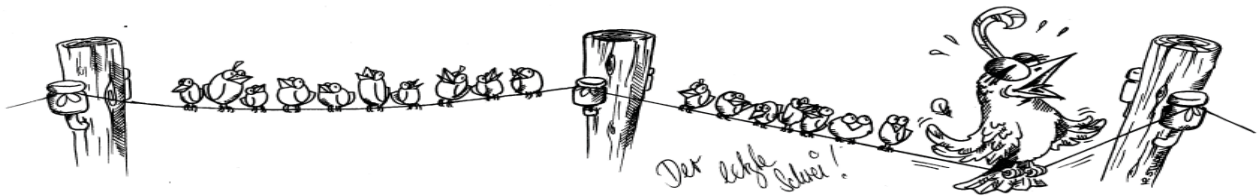
«Und ich werde mich mit Serge zusammensetzen und mit ihm zusammen ein Modell ausarbeiten, wie wir unsere Lehrkräfte in dieser neuen Unterrichtsform korrekt entlohnen können. So wie das jetzt läuft, passt es mir gar nicht, und die Moostborner scheinen mir den Stein der Weisen auch noch nicht gefunden zu haben.»

«Na gut, nach den Ferien dann. Aber jetzt wollen wir erst einmal anstossen! Jacqueline, Reto, auf das Projekt «Limowelten»! Santé!»

«Zum Wohl!»

«Zum Wohl!»

Fortsetzung im nächsten lvb:inform



Herr Von Arx im Elektrodiskounter

Von Roger von Wartburg

Sie thront mitten im Bücherregal hinter mir in meinem Schulzimmer: eine schwarze Stereoanlage. Zuunterst ein Doppel-Kassetendeck, darüber der Verstärker, noch eine Stufe höher der CD-Player und ganz zuoberst der Tuner, links und rechts flankiert von zwei mächtigen Boxen. Den Plattenspieler, ich gebe es ungern zu, habe ich während meiner Studentenzeit verkauft.

Früher oder später geschieht mit fast jeder meiner Klassen dasselbe: Irgendwann während des Unterrichts kommt das Gespräch auf diese Stereoanlage, die ich nach wie vor einsetze, um die Texte und Lieder des Englisch-Lehrmittels abzuspielen. Und jedes Mal ruft das, was ich über diese Stereoanlage zu erzählen weiss, bei vielen meiner Schülerinnen und Schülern ungläubiges Erstaunen hervor, und dies in mehrfacher Hinsicht:

- Dass diese Anlage wirklich keine einzige USB-Schnittstelle hat.
- Dass es einmal eine Zeit gegeben haben muss, in der technische Geräte mit Absicht so gebaut wurden, dass sie Jahrzehnte lang funktionstüchtig bleiben.
- Dass man mit so einem Gerät tatsächlich auch so pfleglich umgehen kann, dass es nach 25 Jahren noch gleichermassen in Schuss ist wie direkt nach dem Kauf.
- Dass man – für den seltenen Fall, dass doch einmal irgendeine Kleinigkeit an dem Gerät nicht mehr funktionierte – es problemlos zur Reparatur bringen konnte, ohne dass einem beschieden wurde, das lohne sich sowieso nicht mehr und man solle stattdessen doch lieber gerade ein neues Gerät kaufen.
- Dass Fachgeschäfte für Radio und TV existierten.
- Dass Stereoanlagen einmal ein ähnliches Statussymbol unter Jugendlichen dargestellt haben wie heute Smartphones oder Markenklamotten. (Wohl existierten auch schon Kompaktanlagen, doch die waren in unseren Kreisen verpönt. Eine «richtige» Stereoanlage hatte aus einzelnen Komponenten zu bestehen, das stand ausser Frage.)
- Dass man als Schüler zwei Jahre lang während seiner Ferien beim Reinigen des Schulhauses mithalf mit nur einem Ziel vor Augen: dem Erwerb dieser teuflisch schönen schwarzen Stereoanlage aus dem Schaufenster.
- Dass man sich dann auch wirklich volle zwei Jahre lang gedulden musste, bis man sie sich schliesslich voller Stolz leisten konnte – ohne dass es vorher einem erwachsenen Familienmitglied in den Sinn gekommen wäre, sie einem einfach zu kaufen.



Oh ja, unzählige Male hatte ich sie mir sehnsüchtig angesehen in der Auslage der «Von Arx TV und HiFi AG»: «meine» Stereoanlage.

An Herrn von Arx, dem Inhaber des Geschäfts, war uns Kindern und Jugendlichen als Erstes aufgefallen, dass er immerzu – Winter wie Sommer – ziemlich dicke Kittel trug, zumeist grün, braun, grau oder irgendetwas dazwischen, kariert oder einfarbig, in jedem Fall aber von fast schon ausnehmender Hässlichkeit, wie uns schien. Und dann pflegte er seine entsetzlichen Kittel auch noch jeweils mit beigen, blauen oder schwarzen Rollkragenpullovern, zu eng geschnittenen Manchesterhosen und braunen Ledergürteln zu kombinieren! Nie, wirklich nie haben wir ihn in all den Jahren in einer anderen Aufmachung gesehen.

Ich weiss noch, wie wir Kinder uns heimlich lustig machten über seine quer über den ansonsten recht kahlen Schädel gelegten Haarsträhnen, die uns an Gilbert Gress, damals Trainer von Neuenburg Xamax, erinnerten. Wir lachten über die Schweissperlen auf seiner Stirn, die nie zu versiegen schienen – bestimmt als Folge der zu dicken Rollkragenpullover und Kittel, wie wir mutmassten. Ausserdem assoziierten wir seinen Gang, seine Mimik und Gestik mit einer Schildkröte, weshalb jeder von uns genau wusste, wer gemeint war, wenn von «Schildi» die Rede war.

Doch diesen kindlich-boshaften Gemeinheiten über an sich vernachlässigbare Äusserlichkeiten zum Trotz genoss Herr Von Arx bei uns allen eine tief empfundene Hochachtung, einen ernst gemeinten Respekt. Der Grund hierfür war sonnenklar: Herr Von Arx wusste alles. Einfach alles. Ohne nachschauen zu müssen. Er wusste alles über jedes einzelne Gerät, das in seinem Laden zu finden war. Dasselbe galt für alle Geräte, die früher einmal in seinem Geschäft gestanden hatten, all die Vorgänger-Modelle, die Spezialanfertigungen,

genauso wie für die erst im Entstehen begriffenen Innovationen.

Ganz egal, welche Frage man ihm stellte, Herr Von Arx wusste Bescheid. Über die technischen Details, die Produktionsweise, allfällige Probleme bei der Entwicklung, in anderen Ländern aufgetauchte Defekte, ja selbst die Handelsrouten seiner Einkäufe aus Übersee. Andächtig lauschten wir seinen Ausführungen, wenn er uns etwas über die Geräte erzählte, von deren Anschaffung wir träumten. Haarklein konnte er uns erklären, was im Innern der Anlage passierte, wenn man diesen oder jenen Knopf bediente oder welchen Einfluss es hatte, wenn man die Position der Boxen in x-beliebiger Weise veränderte.

Hätte dieser Begriff damals als 12-Jährige bereits zu unserem aktiven Wortschatz gezählt – ich bin mir sicher, wir hätten Herrn Von Arx «kompetent» geheissen.

Voriges Jahr erweckte ein Prospekt eines Elektrodiskounters im Briefkasten mein Interesse. Mit dem Prospekt in der Hand suchte ich die nächstgelegene Filiale auf und stellte zu jenen Produkten, die mich angesprochen hatten, vier Fragen an den Verkäufer. Seine vier Antworten waren identisch: «Das weiss ich leider nicht. Da müsste ich nachschauen.» Worum ich ihn dann auch bat. Woraufhin er verschwand. Ich wartete. Fünfzehn Minuten vergingen. Vom Verkäufer keine Spur. Auch keiner seiner Kollegen war zu sehen. Also begab ich mich, einigermassen verärgert und den Prospekt zerknüllend, unverrichteter Dinge wieder zu meinem Auto zurück.

Auf dem Heimweg schaltete ich das Radio ein. Es lief gerade eine Sendung über den Lehrplan 21 und die Kompetenzorientierung. Ein Bildungsfachmann sagte: «Das Faktenwissen ist im Zeitalter des Internets ein Relikt, das es nicht weiter zu pflegen gilt. Wir müssen damit aufhören, die Gehirne der Kinder von heute und morgen

mit Informationen von gestern zu belasten, deren Halbwertszeit sich in immer höherem Tempo verringert. Kompetent ist doch nicht derjenige, der Fakten aus seinem Gedächtnis abrufen kann!»

In diesem Moment dachte ich kurz lächelnd an Herrn Von Arx zurück. Seine «Von Arx TV und HiFi AG» gibt es schon längst nicht mehr. Da fiel mir der Verkäufer aus dem Elektrodiskounter ein, der auf der Suche nach meinen gewünschten Informationen im Bermuda-Dreieck seines Warenlagers verloren gegangen war.

Ich schaltete das Radio wieder aus.

Kontakte

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
4133 Pratteln

Kantonalsektion des Dachverbands
Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
LCH

Website www.lvb.ch
info@lvb.ch

Präsident ad interim & Geschäftsstelle

Michael Weiss

Sonnenweg 4
4133 Pratteln
Tel 061 821 50 21
michael.weiss@lvb.ch

Aktuariat

Gabriele Zückert

Rheinstrasse 51
4410 Liestal
Tel 061 599 48 51
gabriele.zueckert@lvb.ch

Beratung & Rechtshilfe

Heinz Bachmann

Madlenweg 7
4402 Frenkendorf
Tel/Fax 061 903 96 08
heinz.bachmann@lvb.ch

Publikationen & Pädagogik

Roger von Wartburg

Rebgutstrasse 12
4614 Hägendorf
Tel 079 261 84 63
roger.vonwartburg@lvb.ch